

Die Politische Meinung



D I E N S T

Menschen schützen. Menschen helfen

ZUM SCHWERPUNKT Ulrich Lilie, Facetten des „Diakonie-Spirits“; Peter Tauber, Recht und Freiheit verteidigen; Andreas Westerfellhaus, Pflege – Impulse zu einem Angstthema

AUS DER BASIS Schwester Theresa-Maria Neuhaus, Seelsorge und Zuwendung

INTERVIEW Gerda Hasselfeldt – Deutsches Rotes Kreuz, ehrenamtliches Engagement und internationale Katastrophenhilfe

IMPULSE Henning von VierEGge, Spirale des Positiven: Heimat und Vertrauen

HERBSTWAHLEN 2019 Viola Neu, Alles offen! Die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen aus Sicht der Wahlforschung

SEITENBLICK Stefan Reith, Aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika

Editorial

Ralf Thomas Baus, Redakteur

„Menschen helfen in Not ist unser Gebot!“ Diesen Leitspruch kann man bis heute finden, auf den Fassaden und Fahnen Freiwilliger Feuerwehren. Er geht, wie im mittelfränkischen Stetten-Maicha, wo die Freiwillige Feuerwehr am 23. Mai 1893 gegründet wurde, auf eine mehr als 125-jährige Geschichte zurück.

Das gereimte „Helfen in Not ist unser Gebot“ mag in manchen Ohren altbacken klingen. Aber die Aussage zählt heute umso mehr. Das Gebot, für andere da zu sein, ihre Sicherheit zu schützen, nimmt unsere Gesellschaft für zu selbstverständlich. Helfer benötigen mehr Respekt und Anerkennung.

Beunruhigend ist, dass die 1,7 Millionen Polizisten und Rettungskräfte in Deutschland immer öfter selbst zu Opfern von Hass und Gewalt werden. Nach aktuellen Zahlen des Bundesinnenministeriums, das in diesen Tagen die Kampagne „Polizei und Rettungskräfte – Für ein sicheres Deutschland“ gestartet hat, ist die Zahl der Angriffe beispielsweise auf Notärzte und Sanitäter im Jahr 2018 um dreizehn Prozent auf 1.969 gestiegen. Feuerwehrleute wurden in 911 Fällen attackiert und angepöbelt, ein Plus von elf Prozent, und mehr als 80.000 Polizisten wurden Opfer von „versuchten und vollendeten“ Straftaten.

Menschen schützen, Menschen helfen – „Dienst“ leisten für andere, für das Gemeinwohl – ist deshalb Themenschwerpunkt dieser Ausgabe. Aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet sie, in welchen Bereichen unserer Gesellschaft Menschen im professionellen und im ehrenamtlichen Bereich füreinander eintreten. In Deutschland gibt es wesentlich mehr Gemeinsinn, als viele glauben. Dieser wird in der vorliegenden Ausgabe in seiner Vielfalt sichtbar, aber auch Probleme und Herausforderungen werden hinterfragt.

Mehr als dreißig Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Deutschland freiwillig und unentgeltlich für Gesellschaft und Staat. In diesem Engagement wird gesellschaftlicher Zusammenhalt gelebt – bei den Feuerwehren, der Polizei, der Bundeswehr, dem Technischen Hilfswerk, dem Deutschen Roten Kreuz, bei der Caritas, der Diakonie und zahllosen weiteren sozialen Einrichtungen und Initiativen.

Ein „Land der Vereine“ lebt von Beteiligung und Einsatz. Denn ehrenamtliches und professionelles Engagement ermöglichen individuelle Teilhabe und soziale Bindungen, gesellschaftliche Integration und stabile demokratische Strukturen ebenso wie kulturelles Leben und Wohlstand.

Menschen, die Menschen schützen, und Menschen, die Menschen helfen, verdienen mehr Beachtung. Ihr Dienst erfordert den Respekt und die Unterstützung aller.



Erstmals verliehen: Bundespräsident Theodor Heuss überreicht dem Bergmann Franz Brandl „das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“.

© Bundesregierung, B 145 Bild-00160088, Foto: Georg Munker, 19. September 1951

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Dienst – Menschen schützen. Menschen helfen

16 **DIE GRÖSSTE
BÜRGERINITIATIVE**
Frank Hachemer
Mehr Anerkennung für die Feuerwehren

20 **RECHT UND FREIHEIT
VERTEIDIGEN**
Peter Tauber
Innere Führung und deutsches
Soldatentum im 21. Jahrhundert

29 **EHRENAMT STATT
EGOISMUS**
Matthias Zimmer
Eine Einordnung aus Sicht der
CDU-Programmatik

37 **INTERVIEW:
IN ALLEN LEBENSLAGEN**
Die Präsidentin des Deutschen
Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt,
über ehrenamtliches Engagement
und internationale Katastrophenhilfe

43 **DIENEN UND
DAZWISCHENGEHEN**
Ulrich Lilie
Facetten des „Diakonie-Spirits“

47 **KULTUR DER
MITVERANTWORTUNG**
Peter Neher
Die Caritas als zivilgesellschaftliche
Akteurin

51 **AUS DER BASIS**
Vier Beispiele aus der Praxis

62 **ENTWICKLUNG
NACHHALTIG GESTALTEN**
Tanja Gönner
Das weltweite Engagement der
Deutschen Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit

67 **„PFLEGEKRÄFTE LEISTEN
GROSSARTIGES“**
Andreas Westerfellhaus
Impulse zu einem Angstthema

72 **INTERVIEW:
MENSCHEN IN NOT HELFEN**
Gerhard Wittmann, Fachbereichsleiter
Flugbetrieb der ADAC Luftrettung, über
die „gelben Engel“ im Einsatz

78 **DAS „BLAUE VIRUS“**
Albrecht Broemme
Zivil- und Katastrophenschutz
im In- und Ausland

82 **SICHERHEIT STATT DUNKLE
ECKEN**
Thomas Strobl
Mehr Aufmerksamkeit für Polizistinnen
und Polizisten

86 **LAND DER VEREINE**
Marco Wanderwitz
Deutschland lebt vom Ehrenamt

Impulse

25 **SPIRALE DES POSITIVEN**
Henning von Vieregge
Heimat, Vertrauen, Engagement

34 **DIENST UND PFLICHT?**
Paul Ziemiak
Anreize zur Stärkung von Zusammenhalt

Kommentiert

90 **MENSCHLICHKEIT UND
KONSEQUENZ**
Armin Schuster
Aus dem CDU-Werkstattgespräch
Migration, Sicherheit und Integration

Herbstwahlen 2019

94 **ALLES OFFEN!**
Viola Neu
Die Landtagswahlen in Brandenburg,
Sachsen und Thüringen aus Sicht der
Wahlforschung

97 **DREIKAMPF UM DIE
LUFTHOHEIT**
Stephan Raabe
Brandenburg vor der Landtagswahl

101 **ERFOLGREICH, ABER
IRRITIERT**
Joachim Klose
Ein Stimmungsbild vor der Sachsen-Wahl

105 **KOPF AN KOPF**
Daniel Braun
Thüringen wählt am 27. Oktober

Seitenblick

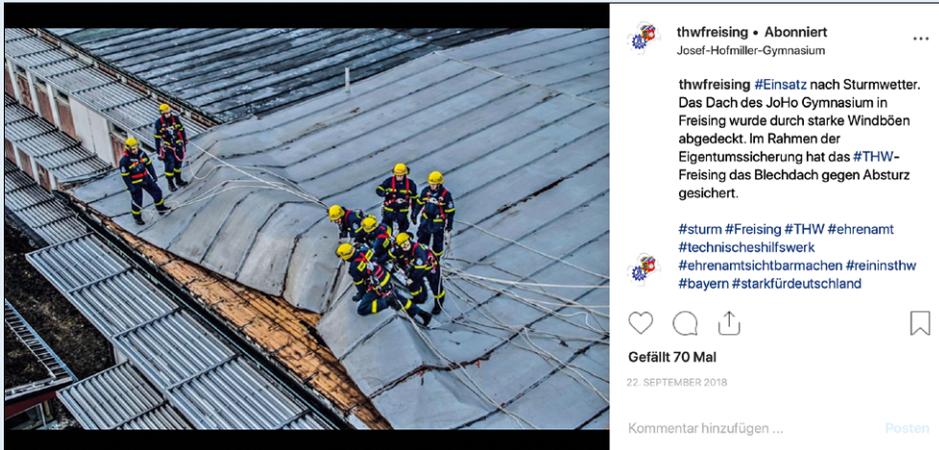
109 **KRISEN- UND
PARTNERREGION**
Stefan Reith
Aktuelle Entwicklungen in
Lateinamerika

115 **VENEZUELA UND DAS
„NÖRDLICHE DREIECK“**
Christian Bilfinger
Migrationskrisen in Lateinamerika

Gelesen

119 **EIN PYRRHUSFRIEDEN**
Jan Philipp Wölbern
Der Versailler Friedensvertrag im
Lichte neuerer Literatur

124 **AUS DER STIFTUNG**



instagram.com/thwfreising

Im Dienst

Posts von Menschen, die für andere eintehen

Gemeinsinn und Solidarität sind Begriffe, die inflationär verwendet werden und bisweilen wie müde Allerweltsfloskeln erscheinen. In der alltäglichen Arbeit werden sie jedoch in einem Ausmaß und in einer Vielfalt gelebt, die der Beschreibung der modernen Gesellschaft als Ansammlung von Egoisten widersprechen. Auf die zunehmend verzweifelte Soziologen-Frage, was die Gesellschaft zusammenhalten könnte, gibt es bereits Antworten.

Vielleicht hilft es, Menschen zuzuhören, von denen tagtäglich die eigene Sicherheit abhängt.

Die Bildstrecke zeigt einige dieser meist unspektakulären Experten des Zusammenhalts mit ihren Posts in Sozialen Netzwerken.

Dienst

—
Menschen schützen.
Menschen helfen



tagebucheinerpolizistin • Folgen ...
HWR Berlin Campus Lichtenberg, Alt-Friedrich...

tagebucheinerpolizistin Tag 1092.

Der Tag der Tage. Der Tag, auf den wir drei Jahre lang gewartet und drauf hingearbeitet haben. Ein ganz besonderer Tag, den ich niemals vergessen werde: die Graduierung und Ernennung des Jahrgangs Frühling 2016.



Heute war es so weit. Die Gefühle gingen mit mir durch und ich bin so dankbar für alles, was ich erleben durfte. Ich habe heute die Abschlussrede gehalten und war super nervös. Ich habe auch kurz geheult - Ja... Schande über mein Haupt 😊 aber nach Einer Minute hatte ich mich gefangen und dann ging es wieder. Ich danke meinen Liebsten für alles! ❤️❤️ ich bin jetzt offiziell Polizeikommissarin



Gefällt 1.178 Mal

29. MÄRZ

Kommentar hinzufügen ...

Posten

instagram.com/tagebucheinerpolizistin



polizeiberlin • Abonniert ...
Treuenbrietzen

polizeiberlin 🔥 Wer kann, der hilft 🔥

In #Treuenbrietzen vor den Toren von #Berlin brennt ein Feuer riesigen Ausmaßes. Natürlich helfen auch wir den Brandenburger Kolleginnen und Kollegen mit unseren Wasserwerfern den #Waldbrand zu bekämpfen.



Mit drei Wawe, wie wir sagen, haben unsere Kollegen seit heute Morgen 250.000 Liter Wasser eingesetzt. #Goodjob unserer Technischen Einsatzinheit. #Dafürdich #police #fire #polizeiberlin #polizei #instacops #instapolice #brandenburg

36Wo.



Gefällt 2.776 Mal

24. AUGUST 2018

Kommentar hinzufügen ...

Posten

instagram.com/polizeiberlin



 **brk.uas** • Folgen
Bayern, Germany

brk.uas - Einsatz -
Letzte Nacht unterstützten wir auf
Anforderung der Landkreis-
Feuerwehführung eine
Vermisstensuche.
Weitere Infos zum Einsatz findet ihr auf
unserer Facebook-Seite "BRK
Fachgruppe UAS".
 #deutschesroteskreuz #drk
#bayerischesroteskreuz #brk
#fachdienst
#informationundkommunikation #iuk
#fachgruppe #uas #multicopter #einsatz
#vermisstensuche #feuerwehr #polizei

3Wo.



Gefällt 77 Mal

11. APRIL

Kommentar hinzufügen ... [Posten](#)

instagram.com/brk.uas



 **bundeswehr** • Folgen

bundeswehr #Classix: Welttag der
#Berge 🏔️ Einsatzort für unsere
#Gebirgsjäger (hier 1960). Unwegsames
Gelände sowie extreme Kampf- und
Witterungsbedingungen meistern sie
müheles. Sie sind Spezialisten für den
Kampf in schwierigen Einsatzgebieten
und Einsatzlagen: zu Fuß oder auf
Skiern. Selbst die höchsten Berge
besteigen sie mit besonderer
militärischer Ausrüstung. // Day of
#mountains - this is where our mountain
infantry works. With special equipment
they accomplish missions at high
altitude. (Foto: #Bundeswehr)
#milstagram #welttagderberge

21Wo.



Gefällt 7.536 Mal

11. DEZEMBER 2018

Kommentar hinzufügen ... [Posten](#)

instagram.com/bundeswehr



instagram.com/sandropee

 sandropee • Folgen ...

sandropee In den Momenten wo wir für den älteren und kranken Menschen als Pflegekraft von Mensch zu Mensch mit Herz da sind = sind unbezahlbare Momente für diese Menschen.

 #altenpfleger #demenz #stark #altenpflege #pflege #pflegen #moment #den #menschen #die #seele #bewegen #leben #krankenpflege #pflegekräfte #pflegeheim #altenpflegerin #arbeit #arbeiten #arbeit

Gefällt 733 Mal

5. JULI 2018

Kommentar hinzufügen ... [Posten](#)



 diakonie • Folgen ...

diakonie „Wir müssen schauen, dass kein #Kind zurückbleibt. Kinder benötigen vor allem das Zutrauen in ihre #Fähigkeiten, ohne Stigmatisierung: Wenn uns ständig gesagt wird ‚Du bist blöd‘ und ‚Du schaffst eh nichts‘ – wie soll man da was hinkriegen? Wichtig ist, ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, wo es diese #Wertschätzung gibt für #Kinder und #Jugendliche, und die Unterstützung, die sie brauchen.“ Morgen, am 1. September tritt unsere neue #Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser ihr Amt an! WILLKOMMEN! Weiterlesen: diakonie.at

35Wo.

 bookflix_official 

Gefällt 50 Mal

31. AUGUST 2018

Kommentar hinzufügen ... [Posten](#)

instagram.com/diakonie



 drkbundesverband • Folgen ...

drkbundesverband Gut angekommen: Gestern wurden die 7,5 Tonnen Hilfsgüter an unsere iranischen Kollegen übergeben und heute sind sie schon auf dem Weg ins Katastrophengebiet.

@iranian_rcs
#nothilfe #iran #redcrescent #floos #iranfloods #katastrophe #spenden #menscheninnot #DRK #DeutschesRotesKreuz #AusLiebezumMenschen #Retterherz

4Wo.



 nahidalibayat  

4Wo. Gefällt 2 Mal Antworten

Gefällt 894 Mal

9. APRIL

Kommentar hinzufügen ... [Posten](#)

instagram.com/drkbundesverband



 die_johanniter • Folgen ...

die_johanniter Fast 40 Grad im Schatten, rund 50 Patienten pro Tag: Unsere Soforthelfer wie die Ärztin Lorena Steinbach leisten Großartiges, um Menschen in Mosambik nach dem Tropensturm Idai medizinisch zu versorgen. @lena_mucha

#mosambik #nothilfe #idai #einsatz #ueberschwemmung #naturkatastrophe #ngo #katastrophen #ehrenamt #katastrophenschutz #zyklon #cycloneidai #katastrophenhilfe #medizin #auslandshilfe #internationalassistance #worldwide #weltweit #humanitarian #humanitaerhilfe #relief #johanniter #JohanniterUnfallHilfe

Gefällt 480 Mal

12. APRIL

Kommentar hinzufügen ... [Posten](#)

instagram.com/die_johanniter



 freiwilligefeuernrw • Folgen ...

freiwilligefeuernrw Hinter den Kulissen unseren Imagefilms – es waren lange, und anstrengende, aber auch lustige Tage in #WetteranderRuhr und #Dortmund! Noch einmal vielen Dank an alle Beteiligten – ihr wart und seid spitze! 🙌 #fürmichfüralle #FreiwilligeFeuerwehr #FreiwilligeFeuerwehrNRW #Teamwork #BehindTheScenes #HinterDenKulissen

41Wo.



fstopproduction very nice post! i like it!!!!

40Wo. Antworten



Gefällt 631 Mal

22. JULI 2018

Kommentar hinzufügen ...

Posten

instagram.com/freiwilligefeuernrw



 feuerwehrechte • Folgen ...

feuerwehrechte Wir wünschen Euch einen tollen #Weltfrauentag! 😊 #internationalwomensday #Feuerwehr #firefighter #Frauen #women #girls #bnw #Aktionstag #Niedersachsen #thursday #potd #bomberos #pompiers

60Wo.



Gefällt 213 Mal

8. MÄRZ 2018

Kommentar hinzufügen ...

Posten

instagram.com/feuerwehrechte

Die größte Bürgerinitiative

—
Mehr Anerkennung für Feuerwehren

FRANK HACHEMER

Geboren 1969 in Andernach,
Vizepräsident des Deutschen
Feuerwehrverbandes.

Eine der ältesten und größten „Bürgerbewegungen“ dürften im deutschen Sprachraum die Freiwilligen Feuerwehren sein: Geboren aus dem Geist der Eigenverantwortung, der sich in der Zeit des Vormärz un-

ter den Bürgern ausbildete, formierten sich örtliche Zusammenschlüsse engagierter Menschen, die den Brandschutz zu ihrer Sache machten und in ihrer Umgebung schlagkräftige Organisationen aufstellten. Bisherige Initiativen, etwa der Handwerker mit ihren Spezialkenntnissen und aller Bürger, hatten immer wieder bewiesen, dass ihre Effektivität zu wünschen übrig ließ. Disziplinlosigkeiten, das „Herauskaufen“ Wohlhabender aus ihren Verpflichtungen und eine entsprechend allgemeine Demotivation ließen viele Zeitgenossen nicht kalt. Sie wollten einfach selbst anpacken und die Missstände, die ein obrigkeitlich verordneter Brandschutz aufwies, abstellen.

In einzelnen Fällen hatten solche Gruppen Gelegenheit, ihre Schlagkraft unter Beweis zu stellen: So fiel 1847 bei einem verheerenden Theaterbrand in der Residenzstadt Karlsruhe das erst kurz zuvor vom Stadtbaumeister

Christian Hengst gegründete „Pompier-Corps“ (*pompier*, französisch = Feuerwehrmann) aus Durlach, einem heutigen Stadtteil von Karlsruhe, durch sein diszipliniertes und mutiges Vorgehen auf. Hengst teilte jedem seiner Männer feste Aufgaben zu: als Steiger, Pumpenbediener und Rohrführer. Diese einzelnen Tätigkeiten hatten sie zuvor so lange mit militärischem Drill eingeübt, bis jeder Handgriff saß. Der „Ernstfall Karlsruhe“ bestätigte Hengsts Methode nachdrücklich. Sein „Pompier-Corps“ erschien, obwohl von außerhalb der Stadt kommend, bereits 36 Minuten nach Alarmierung an der Großbrandstelle und konnte immerhin die angrenzende Orangerie und andere Liegenschaften retten.

Das Feuerwehrwesen in Deutschland besteht seitdem zu mehr als neunzig Prozent aus ehrenamtlichen Aktiven, die rund um die Uhr bereit sind, bei einem Alarm alles stehen und liegen zu lassen, um in den Einsatz zu gehen und den Menschen in ihrer Umgebung Hilfe in Notlagen zu bringen – nicht selten unter erheblicher Gefahr für die eigene Gesundheit und das eigene Leben. Knapp eine Million solcher Aktiver gibt es zurzeit in Deutschland, die dies weitgehend unentgeltlich leisten – lediglich Fachkräfte mit Sonderfunktionen, wie Gerätewarte, Ausbilder in Landkreisen und Führungskräfte, erhalten geringe Aufwandsentschädigungen. Die Feuerwehren erfüllen dabei Pflichtaufgaben, die per Gesetz den Gemeinden zukommen; sie sind also hoheitlich tätig.

Dieses Feuerwesen ist ein Erfolgsmodell: Derart flächendeckend kann kein anderes Modell Brandschutz anbieten – und zwar weltweit. Andere Staaten blicken teils verblüfft auf die Effektivität des Systems, das in puncto Schnelligkeit, Verfügbarkeit und geringe Kosten nirgendwo seinesgleichen findet.

GEWALT GEGEN EINSATZKRÄFTE

Leider steht das Feuerwehrwesen – und das ist auch weithin bekannt – sowohl technisch als auch personell vor Umbrüchen. Die demografische Entwicklung, verändertes Freizeitverhalten sowie eine sich wandelnde Arbeitswelt sorgen für zurückgehende Aktiven-Zahlen. Vielfach fehlt es innerhalb des Feuerwehrwesens an dem Bewusstsein, sich auf zahlreiche Probleme einstellen zu müssen. Personalengpässe bestehen bereits vielerorts: im Ehrenamt wie im Hauptberuf. Viele Verantwortliche haben das noch nicht verstanden. Andere reagieren mit scheinbarem Gesundschumpfen, schließen kleine Einheiten, anstatt sich um Aufbau zu kümmern. Angeraten wäre indes, in die Offensive zu gehen, und zwar vor Ort, was jedoch trotz hervorragender Beispiele leider nicht überall geschieht.

Die Situation der Feuerwehr wird leider allzu oft in der Gesellschaft falsch eingeschätzt. Eine gesunkene Hemmschwelle führt zu vermehrter Respektlosigkeit bis hin zu Gewalt gegen Einsatzkräfte, die häufiger als früher

nicht als Helfer in der Not, sondern als Vertreter einer Staatsmacht angesehen werden, die es zu kritisieren oder sogar zu bekämpfen gilt. Ein rauerer Umgangston, der sich schleichend aus einem veränderten Kommunikationsverhalten in den Sozialen Medien auch auf den allgemeinen Umgang der Menschen untereinander zu bilden scheint, trägt vermutlich zu dieser negativen Entwicklung bei.

Gut gemeinte Kampagnen – des Deutschen Feuerwehrverbandes, der Landesfeuerwehrverbände und auch einzelner Feuerwehren gemeinsam mit anderen Organisationen der „Blaulicht-Familie“ – haben in diesem Punkt bisher noch keine Trendwende erzeugt. Kampagnen allein werden dazu auch kaum ausreichen. Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, der auch die Bewusstseinsbildung von Eltern und Erziehenden, Schulen, andere Bildungseinrichtungen und so viele gesellschaftliche Akteure und Gruppen wie irgend möglich einbezieht.

KULTURTRÄGER FEUERWEHR

Für das weltweit effektivste Feuerwehrsysteem gilt in jedem Fall: Wenn es flächendeckend und mit hoher Effizienz weiter existieren soll, muss es sich selbst bewegen. Dazu muss wesentlich bekannter werden, welch grundlegende Bedeutung dieses System, das sich hauptsächlich auf das Ehrenamt stützt, für unsere gesamte Gesellschaftsstruktur hat. Die Feuerwehr ist nicht einfach nur eine Sicherheitseinrichtung, sondern vielmehr die größte Bürgerinitiative unseres Landes.

Die Feuerwehr ist ein Kulturträger – und damit meine ich nicht, dass Feuerwehren auch beim Aufstellen von Kirmesbäumen oder bei Festumzügen helfen und selbst Veranstaltungen anbieten. Ich meine damit den Grundcharakter, auf dessen Basis sich Menschen vieler Schichten und Altersgruppen unserer Gesellschaft freiwillig zusammenfinden, um gemeinsam in hoheitlichem Auftrag für die Sicherheit und das Leben ihrer Mitmenschen einzustehen. Das ist in dieser verfassten Form einzigartig. Sie weist zutiefst demokratische Elemente in der Führungskräftewahl, in der Organisation und durch das Verbandswesen auf. Hinzu kommt, dass die Feuerwehr nicht zentral, sondern örtlich aufgestellt ist. Wenn dieses so effektiv organisierte Feuerwehrsysteem wegbricht, bricht ein Pfeiler unserer Gesellschaft. Hauptamtliche und Dienstleister können es keinesfalls ersetzen.

Gibt es eine Möglichkeit, dieses „Winning-System“ dauerhaft zu erhalten, oder ist es nicht zu retten? In meinen Augen ist es definitiv zu „retten“ – jedoch gibt es nicht die *eine* „Zauberformel“, mit der das gelingen wird. Viele kleine Maßnahmen sind notwendig, um unser Feuerwehrsysteem in der bis jetzt erfolgreichen Form zu erhalten, und diese könnten eine „Zauberformel“ bilden.

Dazu zählen nur zu einem kleinen Teil klassische Werbekampagnen um Nachwuchs und um das Ansehen der Feuerwehr. Wichtig ist die Unterstützung der Politik, deren Protagonisten die tatsächliche Rolle des Feuerwehrwesens für unsere Gesellschaft zu verstehen aufgerufen sind und in ihrem politischen Handeln die Rahmenbedingungen für ein Weiterbestehen setzen müssen: eine differenziertere Anerkennungskultur – Auszeichnungen und Orden sind wichtig und gut, jedoch nicht mehr ausreichend –, eine bessere Absicherung, etwa auch von Familien von Aktiven nach Unfällen oder gar Todesfällen, und damit meine ich auch moderne, familienähnliche Gemeinschaftsformen. Dazu gehört auch Unterstützung von Familien im Einsatzfall: Wer kann spontan die Betreuung kleiner Kinder übernehmen, wenn den in der Feuerwehr engagierten Elternteil ein Alarmruf erreicht? Und vielleicht müssen wir auch so mutig sein, das Thema der Altersversorgung für Aktive anzugehen.

DAS „BLAULICHT“-EHRENAMT

Manch ein Arbeitgeber hat leider nicht verstanden, dass die Feuerwehr auch die Wirtschaft schützt und dass es unterm Strich kein Nachteil ist, wenn man Beschäftigte für den Feuerwehrdienst freistellt. Hier muss Bewusstseinsbildung betrieben werden, etwa gemeinsam mit Wirtschaftsorganisationen, wie sie teilweise in Deutschland bereits vonseiten der Feuerwehrverbände, auch gemeinsam mit Ministerien, in Gesprächen und medial betrieben wird.

Das sind nur einige wenige Beispiele möglicher und notwendiger Maßnahmen. Der Katalog ist ungleich länger und würde hier viele Seiten füllen. Die Feuerwehrverbände halten Informationen dazu bereit.

Was leider ebenfalls oftmals hemmt, ist der Vergleich des Ehrenamtes in den Blaulicht-Organisationen mit anderen Ehrenämtern. Völlig unbestritten ist Ehrenamt, etwa in der Brauchtumpflege, im Sport, in der Jugendarbeit, in sozialen Bereichen und auf vielen anderen Gebieten, hoch anerkannt und wichtig. Dennoch gibt es Unterschiede: Die Feuerwehr übernimmt eine Pflichtaufgabe, sie ist hoheitlich unterwegs, und ihre Ehrenamtlichen stehen rund um die Uhr bereit. Es ist nicht zu kühn, zu sagen, dass dieser Einsatzform kein anderes Ehrenamt außer dem in anderen Blaulicht-Organisationen gleichkommt. Da dies weithin nicht so gesehen wird, werden die Anliegen der Feuerwehr schnell vernachlässigt. Und wer das anspricht, zieht sich rasch den Widerstand anderer Interessenvertreter zu, denn es geht auch um die Verteilung finanzieller Mittel. Das muss sich ändern. Es muss sich einiges ändern, damit sich am erfolgreichen Feuerwehrsysteem nichts zum Negativen ändert.

Recht und Freiheit verteidigen

—
Innere Führung und deutsches Soldatentum im 21. Jahrhundert

PETER TAUBER

Geboren 1974 in Frankfurt am Main, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 2013 bis Februar 2018 Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, seit März 2018 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung.

„Der Soldat hat die Pflicht, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“¹ So fordert es seit 1956 das Soldatengesetz, so versprechen es die Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr seit mehr als sechzig Jahren in ihrem Eid oder Gelöbnis.² Auch wenn der Gesetzgeber das „treue Dienen“ als Grundpflicht des Soldaten normiert, entzieht sich die Begrifflichkeit doch einer klaren Definition.³ In einem engeren Verständnis bleibt der Begriff des Dienens auf die Gruppe der Soldaten

beschränkt, findet aber auch auf die Statusgruppe der Beamten und in einem weiteren Sinne auf die der Bundesangestellten – heute die Gruppe der Tarifbeschäftigten – Anwendung.

Dessen ungeachtet, bleibt der Begriff des Dienens für das Verständnis des Soldatenberufes von zentraler Bedeutung. Er umschreibt gemeinsam mit den Kategorien „Führen“, „Gehorchen“, „Ausbilden“, „Erziehen“ und „Verwalten“ den Kern dessen, was den Dienst in der Bundeswehr als Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses im Militär auszeichnet.⁴ „Nur wer zum Dienen bereit ist“, so das erste *Handbuch Innere Führung* von 1957, könne auch führen.⁵ Führung verlangt jedoch immer die Übernahme von Verantwortung; für sich selbst und für das Leben anderer. Der Dienst in den Streitkräften ruht unverändert auf dem Ideal des freiwillig übernommenen Dienstes an der Gemeinschaft und meint in erster Linie das tapfere Eintreten für unsere freiheitliche demokratische Ordnung.

Die Bundeswehr wird in Situationen gefordert, in denen andere Instrumente ihre Wirkung oftmals nicht mehr entfalten können. Sie lebt daher in besonderem Maße von der Vielfalt und der Motivation ihrer Angehörigen, deren Professionalität und Einsatzbereitschaft entscheidend davon abhängen, dass sie Herausforderungen schnell und innovativ zu begegnen vermögen. Neben einer guten Ausrüstung kommt es also vor allem auf die Menschen an, die in der Bundeswehr dienen – auf ihr professionelles Können und ihre Kreativität, vor allem aber auf ihre Bereitschaft zum Dienst und ihre Loyalität; man könnte auch von Treue sprechen. Als einer der größten Arbeitgeber steht die Bundeswehr im scharfen Wettbewerb um die besten Talente in unserem Land. Nicht nur, aber auch in diesem Zusammenhang schließt Dienst in der Bundeswehr heute mehr denn je auch Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion ein.

INNERE FÜHRUNG

Auch wenn das „Dienen“ verschiedene Bedeutungsfelder und auch unterschiedliche Statusgruppen umfasst, beruht sein Kern auf der Konzeption der Inneren Führung und ihrem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform.⁶

Die Konzeption der Inneren Führung schuf den Typus des modernen Soldaten, der „freier Mensch, guter Staatsbürger und vollwertiger Soldat zugleich“⁷ sein sollte. Dieser Anspruch ist zeitlos und heute sicherlich nicht weniger anspruchsvoll als vor sechzig Jahren.

Die wenigsten Menschen entsprechen diesem hohen Ideal aus sich selbst heraus. Wir sind geprägt durch unsere Erfahrung, durch Erziehung und Bildung. Im Soldaten das mündige Individuum zu sehen und zu hinterfragen, in welchem Umfeld er sein geistiges Rüstzeug erwirbt, war und ist der wesentliche Gedanke der Inneren Führung. So soll nicht nur der militärische Führer

befähigt werden. Vielmehr sollen im Denken aller Soldatinnen und Soldaten jene Normen und Werte verankert werden, die es ermöglichen, motiviert den gestellten soldatischen Auftrag zu erfüllen, denn letztlich geht es der Inneren Führung immer um einsatzbereite Streitkräfte.

Das klare Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist Grundvoraussetzung für treues Dienen im Sinne der Inneren Führung. Diese Erkenntnis aber – das gilt es zu erkennen – kann nur individuell und aus freien Stücken erwachsen. Daher galt schon 1957: „Nur was lebenswert ist, ist auch verteidigungswert.“⁸

Wie kann man jedoch in einer Armee – gründend auf Befehl und Gehorsam als unerlässlichem militärischem Ordnungsprinzip – demokratische Werte verankern? Zu erkennen, dass „verteidigungswert“ ausschließlich das ist, was „lebenswert“ ist, gelingt nur, wenn diese Werte für den Soldaten und die Soldatin im dienstlichen Alltag erfahrbar werden. Der Soldat muss also die Grundwerte, für deren Schutz und Erhalt er eintritt, auch selbst erfahren.

BEZUGSRAHMEN FREIHEITLICHE DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG

Doch was bedeutet das heute? Kein Soldat handelt eigenständig. Der Bezugsrahmen unserer Soldatinnen und Soldaten ist die freiheitliche demokratische Grundordnung mit dem Grundgesetz und den geltenden Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland. Der Soldat ist nicht nur dem deutschen Volk verpflichtet, sondern auch der demokratischen Staatsform, die sich die Deutschen 1949 zunächst als Teil des Vaterlandes gegeben haben: der freiheitlichen Republik. In letzter Instanz aber ist er seinem Gewissen verpflichtet und an die Sittlichkeit menschlichen Tuns gebunden.

Die Innere Führung schafft also ein berufsethisches Ideal soldatischen Dienens. Dieses begreift den Soldaten nicht nur als Staatsdiener, sondern als Staatsbürger, dessen Pflicht sich eben nicht allein auf die Verteidigung seines Vaterlandes, sondern auch auf das Mitwirken am Gemeinwohl im Hier und Heute erstreckt. Davon zu unterscheiden ist der Söldner, der sich einzig auf das militärische Handwerk konzentriert, ohne sich an unsere Werteordnung zu binden.

Wir verlangen also viel von unseren Soldatinnen und Soldaten. Die Bindung an unsere Werteordnung muss jedoch intrinsisch erfolgen. Die Innere Führung ist kein bevormundendes Regelwerk. Ihr geht es um Selbsterziehung! Der Dienstherr muss dazu die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen – durch historische, politische und ethische Bildungsangebote und durch die Pflege wertorientierter Tradition.

Wer sich eingehender mit der Gründungsgeschichte der Bundeswehr⁹ und auch mit der Ideengeschichte der Inneren Führung beschäftigt, wird

feststellen, dass die Väter der Inneren Führung auf Werte zurückgriffen, deren Wurzeln weit in die Geschichte zurückreichen.

Die ethische Fundierung des Soldatenberufs ist christlich-protestantisch begründet, an preußischen Vorbildern orientiert und daher auf den Staat bezogen. Ist ein solches Fundament damit nicht Anlass, die Innere Führung kritisch zu hinterfragen oder zumindest ihren heutigen Nutzen anzuzweifeln? Ich meine nicht. Die einzigartige Verbindung von persönlicher Unterordnung im Dienst an der Allgemeinheit mit dem Ideal innerer Freiheit, wie sie für Preußen kennzeichnend wurde und die uns in der Konzeption der Inneren Führung begegnet, ist auch als Kern des Dienstes in unserer Bundeswehr sinnstiftend. Das Ideal der „überzeugten Freiwilligkeit“ finden wir bei den Soldaten des 20. Juli 1944,¹⁰ allen voran bei Generalmajor Henning von Tresckow. Anlässlich der Konfirmation seiner Söhne sagte er: „Wahres Preußentum heißt Synthese zwischen Bindung und Freiheit, zwischen selbstverständlicher Unterordnung und richtig verstandenem Herrentum, zwischen Stolz auf das Eigene und Verständnis für Anderes, zwischen Härte und Mitleid.“¹¹

Der Appell, stets das richtige Maß und die Mitte zu suchen, klingt deutlich aus diesen Worten. Auch darum geht es in der Inneren Führung. Und nicht jedem ist bewusst, wie sehr das preußische Erbe noch heute unsere Streitkräfte prägt – im besten Sinne.

Doch wie ist das mit dem Christlich-Protestantischen in der Konzeption der Inneren Führung? Dazu gibt es ein, wie ich finde, eindrucksvolles Zitat des *Handbuchs Innere Führung* von 1957. Ich halte es gerade vor dem Hintergrund vieler aktueller gesellschaftlicher Debatten und angesichts des Erstarkens der politischen Ränder für außergewöhnlich bedeutsam. Es erinnert die Soldaten daran: „Menschlichkeit ist nicht teilbar. Soll sie nur noch bestimmten Gruppen vorbehalten bleiben, so wird sie ganz und gar verloren gehen. Der Soldat, der keine Achtung vor dem Mitmenschen hat – und auch der Feind ist sein Mitmensch –, ist weder als Vorgesetzter, noch als Kamerad oder als Mitbürger erträglich.“¹²

DIENT BEDEUTET ANERKENNUNG VON VIELFALT

Nun ist die Innere Führung kein exklusiv christliches Konzept des Dienens. Aber sie übersetzt christliche Grundgedanken in säkulare Werte. Zwar muss niemand heute „preußisch“ denken oder Christ sein, um die Grundsätze der Inneren Führung zu verstehen und in seinen Dienstalltag zu integrieren. Wir sollten uns jedoch der Wurzeln unseres Denkens bewusst sein.

Dienst in der Bundeswehr bedeutet die Anerkennung von Vielfalt. Vielfalt bedeutet jedoch nicht die Abkehr von gemeinsamen Grundwerten. Der Dienst in der Bundeswehr fordert weiterhin von unseren Soldatinnen

und Soldaten die Fähigkeit, im Kampf erfolgreich zu bestehen – als Kombatant wie auch als Mensch.

Dienen meint zudem unverändert ein Unterordnen aus freien Stücken. In diesem Verständnis ist Dienen von innerer Freiheit nicht zu trennen. Ebenso wenig ist dieses Verständnis zu trennen vom Dienst an der Gemeinschaft und von der zu übernehmenden Verantwortung für das Leben anvertrauter Frauen und Männer. Es bleibt so der überzeitliche Kern des Dienstes in der Bundeswehr im Sinne ihrer Gründerväter, der zugleich als Auftrag an die dem Volk dienende Politik verstanden werden kann: Verteidigungswert ist, was lebenswert ist.

¹ Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz), BGBl I, S. 114 vom 19.03.1956, § 7.

² Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit schwören, wohingegen die Soldaten, die nach Maßgabe des Wehrpflichtgesetzes Wehrdienst leisten, geloben.

³ Karl Heinz Fuchs / Friedrich Wilhelm Kölper (Hrsg.): Militärisches Taschenlexikon. Fachausdrücke der Bundeswehr, Bonn 1958, S. 71; Sven Bernhard Gareis / Paul Klein (Hrsg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden 2004.

⁴ Evangelisches Kirchenamt der Bundeswehr (Hrsg.): De officio. Zu den ethischen Herausforderungen des Offizierberufs, 2. Auflage, Hannover 1985.

⁵ Bundesministerium für Verteidigung, FÜB (Hrsg.): Handbuch Innere Führung. Hilfen zur Klärung der Begriffe, September 1957 (= Schriftenreihe Innere Führung), S. 12.

⁶ Zu den Anfängen Innerer Führung siehe Frank Nägler: Der gewollte Soldat und sein Wandel. Personelle Rüstung und Innere Führung in den Aufbaujahren der Bundeswehr 1956 bis 1964/65, München 2010 (= Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, 9).

⁷ Zitiert nach Nägler, Der gewollte Soldat (wie En. 6), S. 31 f., FN 4.

⁸ Handbuch Innere Führung (wie En. 5), S. 23.

⁹ Agilolf Keßelring / Thorsten Loch: „Himmerod war nicht der Anfang. Bundesminister Eberhard Wildermuth und die Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik“, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 74 (2015), 1/2, S. 60–96; Keßelring/Loch: „Der ‚Besprechungsplan‘ vom 5. Januar 1950. Gründungsdokument der Bundeswehr? Eine Dokumentation zu den Anfängen westdeutscher Sicherheitspolitik“, in: Historisch-Politische Mitteilungen 22 (2015), S. 199–299.

¹⁰ Winfried Heinemann: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019 (= Zeitalter der Weltkriege, 21).

¹¹ Sigrid Grabner / Hendrik Röder (Hrsg.): Henning von Tresckow. Ich bin, der ich war. Texte und Dokumente, 4. Auflage, Berlin 2017, S. 52.

¹² Handbuch Innere Führung (wie En. 5), S. 64.

Spirale des Positiven

Heimat, Vertrauen, Engagement

HENNING VON VIEREGGE

Geboren 1946 in Lübeck, Politologe und Publizist, Assoziierter Wissenschaftler am Maecenata Institut, Berlin und am Sozialwissenschaftlichen Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Hannover.

Wer keine Heimat haben will,¹ neigt dazu, sich denjenigen, denen Heimat wichtig ist, als vermeintlich heimatwurzelfreier Weltbürger meilenweit überlegen zu fühlen, wie Ijoma Mangold in seinem Buch

Das deutsche Krokodil bestätigt. Seinen Vater aus Nigeria hat er erst spät kennengelernt und sich als Jugendlicher angewöhnt, seiner Mutter folgend, auf die Frage, wo er denn herstamme, zu antworten: „Wir sind aus Schlesien vertrieben.“ Diese Mitteilung löste negative Reaktionen aus, nicht nur, weil eine afrikanisch-rührende Geschichte erwartet wurde: „Neuerdings war es öfter vorgekommen, dass Mama mir ihren Missmut anvertraute über Freunde und Bekannte, die es nicht ertrugen, wenn sie die Vertreibung

unserer Familie aus Schlesien erwähnte. Schon die Nennung des Namens Schlesien führe bei Abendessenseinladungen zu eisernen Reaktionen, als wäre das Erzählen von der eigenen Kindheit bereits ein erster Schritt zur Rückholung Schlesiens ins Reich.“²

Inzwischen sind die zwölf bis vierzehn Millionen Heimatvertriebenen integriert, was nicht bedeutet, dass ihre Sehnsucht und die ihrer Nachkommen nach der alten Heimat erloschen ist. Jeder Ortswechsel ist ein Neustart, der gelingen kann, aber nicht immer gelingt. Bei Flüchtlingen gibt es beide Erfahrungen, wie sich an einer Passage aus dem Buch *Herztier* von Herta Müller zeigen lässt: „Das ist nicht unser Haus, dort wohnen jetzt andere“, schrieb ich der Mutter. „Zu Hause ist dort, wo du bist ...“ Und die Mutter schrieb mir zurück: „Was zu Hause ist, kannst du nicht wissen. Wo der Uhrmachertoni die Gräber pflegt, das ist sehr wohl zu Hause.“³

BRISANTE VERLASSENHEITS-ENTWICKLUNG

Die Diskussion um Heimat hat nicht zufällig an Fahrt aufgenommen. Das liegt an einer dritten Gruppe neben Heimatdistanzierten und Heimatliebenden, den Heimatverlassenen, die an Bedeutung zugenommen und sich teils politisiert und radikalisiert hat. Die französische Gelbwesten-Bewegung zeigt die Brisanz einer solchen Verlassenheits-Entwicklung, wobei die Funktionsweise der Sozialen Medien eine solche Gefühlslage (die objektive Fakten vernachlässigt) anheizt. Heimat wird in dieser Sicht zur Wagenburg. Ausgrenzung von allem, was ver-

meintlich nicht zur Heimat gehört, wird zur Leitschnur des eigenen und vom Staat eingeforderten Handelns. Die Politik, auch die hiesige, hat, zumindest formal, darauf reagiert. Die Heimatministerien sowie die zahlreichen offiziellen und offiziellen Heimateaktionen kommen nicht von ungefähr, ergänzt um Heimatbekenntnisse von Politikern, die bisher mit solchen Äußerungen nicht aufgefallen waren.

DAZUGEHÖREN UND SICH WOHLFÜHLEN

Die Zivilgesellschaft und damit jeder Einzelne in seinem Handeln gegenüber dem Nächsten stehen in einem Zusammenhang mit der Heimat-Diskussion. Wer sich gut beheimatet fühlt, fühlt sich wohl, aufgehoben und zugehörig, wo und wie er (sie) lebt; das ist die umfassendste Definition von Heimat. Dieses „Dazugehören und sich wohlfühlen“ hat viele Stellschrauben, die sich in Richtung Beheimatung oder in Richtung Entheimatung drehen können.

Exemplarisch für den Facettenreichtum des Heimatbegriffs ist ein Definitionsversuch aus einer Ausstellung des Frankfurter Fotografen Andreas Varnhorn unter dem Titel „Heimat“ über Sorben in Deutschland: „Heimat bedeutet für mich, mit Freunden und Familie verbunden zu sein, sich jedes Mal auf's Neue freuen, wenn man zurückkommt in die Heimat. Heimat ist, wo die Familie lebt, wo man aufgewachsen ist und was man auf keinen Fall missen möchte. Es ist die Mentalität, der Glaube. Heimat ist dort, wo die Menschen noch grüßen und wo den Menschen etwas an einem liegt.“⁴

Heimat, genauer betrachtet, entsteht durch Beziehungen, aus denen Zugehörigkeit und Vertrautheit erwächst: „Hier bist du richtig und hier kannst du bleiben.“ Vertrauen braucht eine faktische und eine emotionale Basis. Vertrauen ist ein Angst- und Verunsicherungsbekämpfer.

Es ist ja gerade der Wert des (deutschen) Heimatbegriffs, dass er den familialen Raum überschreitet und Nächste einschließt. Mit dieser Bemerkung ist das Tor zur Zivilgesellschaft geöffnet. Die Zivilgesellschaft ist durch rund 800.000 Organisationen gekennzeichnet. Jeder Verein ist ein Akteur heimatlicher Bindung. Diese Gemeinschaften bieten ebenso „wichtige Heimaten wie durch Herkunft, Geburt oder gar Staatsangehörigkeit begründete. Sie sind oft, wenn auch nicht notwendigerweise, enträumlicht und doch fest verankert im Netz personaler Beziehungen. Sie genießen Vertrauen und haben daher im Verhältnis zum Staat alter Prägung keine nachrangige Ergänzungsfunktion, sind auch nicht nett, sondern wichtig“,⁵ so der Zivilgesellschaftsexperte Rupert Graf Strachwitz.

ENGAGEMENT IST VERSTÄRKTE KOMMUNIKATION

Am Anfang einer Beziehung steht die bloße freundliche Duldung des Nächsten. Schritt zwei ist die informelle Zuwendung. Sie umfasst, so der Altenbericht,⁶ drei Formen: kleine und kurzfristige instrumentelle Hilfen im Alltag, alltagsrelevante Informationen und Ratschläge und emotionale Unterstützung. Der große Vorteil der informellen Nachbarschaftshilfe ist räumliche Nähe, Niedrigschwelligkeit, so-

fortige Verfügbarkeit und Selbstverständlichkeit. Allerdings ist diese Zuwendung unverbindlich. Man möchte tätig sein, aber weder kontinuierlich noch verbindlich. Schritt drei ist alles, was Menschen im Nahraum zueinander bringt. Ein Großteil der Freiwilligenarbeit ist hier angesiedelt. Andere Begriffe sind bürgerschaftliches Engagement oder Ehrenamt.

Zu diesem Engagement gibt es verschiedene empirische Erhebungen. Den Goldstandard liefert seit 1999 der im Abstand von fünf Jahren durchgeführte, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanzierte Freiwilligen survey. Das Engagement ist im Umfang über die Jahre nicht nur stabil geblieben, sondern die Zahl der Engagierten hat sich sogar erhöht, insbesondere in den oberen Altersklassen. Lange galt die Ein-Drittel-Faustregel: ein Drittel ist engagiert, ein Drittel nicht, ein Drittel steht in Wartestellung. Die Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen seit 2015 hat bewiesen, dass die „Reservisten“ in erheblichem Umfang in besonderen gesellschaftlichen Situationen einspringen. Umfragen gehen von 23 Prozent Neulingen in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit aus. Ob die neu Engagierten aktiv bleiben, wünschenswerterweise auch in anderen Engagementfeldern, lässt sich zurzeit nicht absehen. Im letzten Freiwilligen survey, veröffentlicht 2016, aber noch ohne das Flüchtlingsengagement, wird eine Steigerung gegenüber den Vorläufern auf nun 43,6 Prozent der Bevölkerung ab vierzehn Jahre angegeben, das wären 30,9 Millionen Menschen.⁷

Engagement ist verstärkte Kommunikation. Sie wirkt horizontal, das heißt unter den Engagierten, und vertikal. Engagement beheimatet schnell und nachhaltig.

Es gibt zwei konträre Heimatbilder: „Heimat als Wagenburg“ und „Heimat schrankenlos“. Beide Strömungen sind im politischen Spektrum vertreten. Sie sind demokratisch unverträglich und somit politisch wie gesellschaftlich brisant.

„MAKING HEIMAT“

Es gibt eine dritte Metapher: das teils geöffnete Haus. Und: Dieses Bild wurde realisiert. Die Macher des deutschen Beitrags zur Architekturbienale in Venedig 2016 brachen dabei am Haus des Deutschen Pavillons, einer Gründerzeit-Villa, an drei Seiten des Gebäudes Löcher in die Wand, groß genug wie eine Tür und abgestützt. Das war die Ansage: Aufgelockerte Begrenzung, Neues darf eintreten, Heimatbildung ist nie abgeschlossen. Sie nannten die Ausstellung „Making Heimat“.⁸ Diese Botschaft führt auf kurzem Weg zur Frage an Individuen und Organisationen: *Was ist dein Beitrag zur Beheimatung?*

¹ Im Folgenden beziehe ich mich an verschiedenen Stellen direkt oder indirekt auf mein Buch „Wo Vertrauen ist, ist Heimat. Auf dem Weg in eine engagierte Bürgergesellschaft“, München 2018.

² Ijoma Mangold: Das deutsche Krokodil, Hamburg 2017, S. 166.

³ Herta Müller: Herztier, Frankfurt am Main 2007 (4. Auflage 2009), S. 245.

⁴ „Heimat/Domizna“ – Ausstellung über katholische Sorben in der Oberlausitz. Zitiert wird Marko Jurk, ein Mann mittleren Alters, in seiner Heimat als Hochzeitsbitter tätig.

⁵ Rupert Graf Strachwitz: „Ein Begriff im Wandel. In Zeiten weltweiter Migration erfährt das alte Wort ‚Heimat‘ eine neue Bedeutung“, in: Rotary Magazin, Februar 2019, S. 60–63, hier S. 63.

⁶ Der 7. Altenbericht, auf den ich mich hier beziehe, stammt aus 2016. Es handelt sich um die Arbeit einer Expertenkommission unter Vorsitz des Heidelberger Gerontologen Andreas Kruse im Auftrag des Bundesfamilienministeriums (www.bmfsfj.de).

⁷ Allerdings weisen Kenner wie Roland Roth unter dem prägnanten Titel „Gewinnwarnung“ auf die, wie er es nennt, „wundersame Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014“ hin, was mit einem Wechsel des Erhebungsinstituts und der Erhebungsmethoden zusammenhängen könnte (bbe-Newsletter Nr. 10/2016).

⁸ Peter Cachola Schmal / Oliver Elser / Anna Scheuermann (Hrsg.): Making Heimat. Germany, Arrival Country. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung, Ostfildern 2016.

Ehrenamt statt Egoismus

—
Eine Einordnung aus Sicht der CDU-Programmatik

MATTHIAS ZIMMER

Geboren 1961 in Marburg, 2017 bis Januar 2018 Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag, seit 2018 Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Das berühmte Diktum des Staats- und Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde lautet bekanntlich, dass der Staat nicht jene Ressourcen erzeugen kann, die die Grundlage seiner Existenz sind. Böckenförde meinte damit Gemeinschaftsgefühl, Pflichtbewusstsein, eine Ader für das Gemeinwohl, Solidarität. In der Tat: Diese Ressourcen beruhen auf individuellen Tugenden. Der Staat kann sie nicht erzeugen, aber dort, wo sie sich manifestieren, unterstützen. Und diese Tugenden manifestieren sich vor allem in freiwilligen Diensten und ehrenamtlicher Tätigkeit. Sie sind der Quellgrund zivilgesellschaftlicher Aktivität. Und eine starke Zivilgesellschaft ist Voraussetzung für eine stabile, robuste demokratische Ordnung.

Diktaturen mögen kein zivilgesellschaftliches Engagement. Es ist das Alleinstellungsmerkmal demokratisch verfasster Gesellschaften. Ehrenamt

und Hilfsdienste haben eine weitere Dimension: Sie entlasten staatliche Strukturen. Das tun sie sicherlich auch monetär, wichtiger ist jedoch ihr subsidiärer Charakter. Subsidiarität ist aus Sicht der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip, das die Freiheit schützt.

Ein letzter Punkt kommt hinzu: In einer zunehmend digitalisierten und individualisierten Welt sind freiwillige Dienste und Ehrenamt auch ein Ausdruck gelebter Solidarität. Wir sind eine teilhabeorientierte Gesellschaft. Über Teilhabe entstehen neue Formen von Engagement und Gemeinschaft, auch im digitalen Bereich. Teilhabe und Engagement sind eine große Chance, der Vereinsamung entgegenzuwirken, weil man die Möglichkeit hat, sich auf diese Weise einzubringen, und bieten übrigens auch eine große Chance in der Herkulesaufgabe der Integration von Zuwanderern. Dort, wo sich freiwillige Dienste und ehrenamtliche Arbeit für Migranten und Zuwanderer öffnen, gelingt die Integration schneller und gründlicher.

VOLLBESCHÄFTIGUNG FÖRDERT ENGAGEMENT

Allerdings leben das Ehrenamt und die freiwilligen Dienste von bestimmten Voraussetzungen. Eine erste Voraussetzung ist eine intakte Arbeits- und Sozialstruktur. Als der österreichisch-amerikanische Soziologe Paul Felix Lazarsfeld in den 1930er-Jahren seine Studie *Die Arbeitslosen in Marienthal* – einen Klassiker der empirischen Soziologie – anfertigte,¹ machte er eine verblüffende Entdeckung: In dem österreichischen Ort Marienthal hatte es nach der Schließung einer großen Fabrik eine hohe Zahl von Arbeitslosen gegeben. Lazarsfeld fand heraus, dass die Wirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit nicht nur individuelle Schicksale betrafen, sondern tief in den sozialen Zusammenhalt einschneideten. Stück für Stück zersetzte sich der soziale Zusammenhalt; es kam auch zur Auflösung von Vereinsstrukturen.

Lazarsfelds Befund ist in vielen anderen Studien bestätigt worden. Dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist, sinkt die Bereitschaft für freiwillige Dienste oder ehrenamtliches Engagement. Umgekehrt bedeutet dies: Eine gute Beschäftigungslage ist auch eine gute Voraussetzung für alle Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements. Mehr noch: Viele Untersuchungen zeigen, dass diese Bereitschaft in der Altersgruppe der Vierzig- bis Sechzigjährigen, die einen Beruf ausüben und mitten im Leben stehen, besonders hoch ist. Vollbeschäftigung fördert also ehrenamtliches Engagement und freiwillige Dienste, hohe Arbeitslosigkeit führt zu einer Abnahme der Bereitschaft, sich zu engagieren.

Eine zweite Voraussetzung ist staatliche Hilfe. Dies betrifft im elementarsten Sinn den Schutz von Diensten und Ehrenamt. Erst kürzlich hat der

Spiegel eine Titelgeschichte über die zunehmende Verrohung der Gesellschaft publiziert.² Zunehmend werden Polizisten und Feuerwehrleute, Ärzte, Krankenschwestern und andere Helfer bedroht, angegriffen, in ihrer Arbeit behindert. Es ist richtig, ein solches Verhalten unter verschärfte Strafanandrohung zu stellen, weil es asoziales Verhalten zeigt, das dem Dienen und dem Ehrenamt diametral entgegensteht und im Namen eines hemmungslosen Egoismus Grenzen auslotet.

RÜCKSICHTSLOSIGKEIT UND VERROHUNG DER GESELLSCHAFT

Rettungseinsätze werden ohne Rücksicht gefilmt, auch wenn die Rechte der Opfer dadurch mit Füßen getreten werden oder die Arbeit der Rettungskräfte erschwert wird; Einsatzkräfte werden behindert, bedroht und geschlagen. Der Staat muss klarmachen: Wer so etwas tut, stellt sich außerhalb der Rechtsordnung und außerhalb jeglicher Gemeinschaft. Man mag darüber streiten, ob ein solches Verhalten nicht auf einen falsch verstandenen Liberalismus setzt und Durchsetzungswillen, Erfolg und Egoismus höher bewertet als Mitmenschlichkeit, Zusammenhalt und gegenseitige Hilfe. Damit wird das Gegenteil von Dienen und Ehrenamt markiert: die Herrschaft der „Ichlinge“.

Eine weitere Dimension staatlicher Hilfe ist die finanzielle Förderung. Vor allem im Bereich des Ehrenamts ist sie entscheidend, denn sie entspricht dem Gebot der Subsidiarität und bedeutet ja nicht nur ein Kompetenanzmaßungsverbot, sondern auch ein Hilfestellungsgebot. Der Staat ist also verpflichtet, subsidiäre Strukturen zu unterstützen. Dies erfolgt durch die Finanzierung von Infrastruktur (etwa bei den Freiwilligen Feuerwehren) bis hin zu Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeit, etwa durch eine Ehrenamts-card mit verbilligtem Zugang zu öffentlichen Leistungen. Wichtig ist jedoch auch: Das Ehrenamt darf nicht missbraucht werden, um staatliche Strukturen zu ersetzen.

Auch die Wirtschaft kann einen Beitrag zur Stärkung des Ehrenamtes leisten. Hier sind noch viele Gestaltungsspielräume offen. In ehrenamtlichen Strukturen wird Führung und Organisation gelernt und umgesetzt. Im Zuge des Ehrenamts erworbene Erfahrungen können auch für die berufliche Welt wichtig sein, obwohl sie dort kaum abgefragt werden. Warum können Führungserfahrungen aus dem ehrenamtlichen Bereich nicht stärker ins Berufsleben übertragen werden? Warum kann bei Einstellungen oder Beförderungen nicht auch eine Rolle spielen, ob sich ein Bewerber ehrenamtlich engagiert? Ich habe viele Jahre an einer kanadischen Universität gelehrt. Dort flossen in die Gehaltsfestsetzung nicht nur Lehre und Forschung, sondern auch „community service“ mit ein – warum sollte das nicht auch für deutsche Arbeitgeber ein sinnvolles Kriterium sein?

Bürgerschaftliches Engagement kennt viele Formen: Themenanwaltschaft, organisierte Selbsthilfe, Dienstleistung, als Form der Gemeinschaftsbildung, als Mitgestaltung der Politik vor allem auf kommunaler Ebene und in den Parteien. Die Formen des Engagements sind dabei in den letzten Jahrzehnten flüssiger und vielfältiger geworden.

Die Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages hat dies schon 2002 festgestellt und als Folgeprojekt die sogenannten Freiwilligensurveys auf den Weg gebracht, die Höhe, Formen und Bereiche des freiwilligen Engagements in Deutschland einschätzen. Allerdings vollziehen sich die Formen dieses Engagements eben nicht mehr in herkömmlichen Institutionen wie Vereinen oder Parteien. Das merkt man vor Ort, wenn – trotz hervorragender Jugendarbeit – Vereine über Nachwuchsmangel klagen. Das merken auch die Parteien. Die Mitgliederzahl der großen Volksparteien hat sich in den letzten drei Jahrzehnten mehr als halbiert.

„FRIDAYS FOR FUTURE“

Aus Umfragen wissen wir, dass gerade in der jungen Generation die Bereitschaft, sich mit gesellschaftlichen und politischen Fragen auseinanderzusetzen, in den letzten zwanzig Jahren wieder deutlich ansteigt.³ Jugendlichen ist es wieder wichtiger, sich sozial zu engagieren, sich für Fragen des Umweltschutzes einzusetzen. Das erleben wir aktuell bei den Demonstrationen „Fridays for Future“. Wie geschärft das gesellschaftliche Problembewusstsein ist, haben viele Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag erfahren, als es um die Frage der sogenannten Uploadfilter ging: Die Zahl der Zuschriften gerade von Jugendlichen in dieser Frage war ausgesprochen hoch.

Es gibt also ein gesellschaftliches Problembewusstsein, das sich auch in der Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement konkretisiert, oftmals anlassbezogen, vielleicht auch spontan und urwüchsig, jedenfalls aber abseits der herkömmlichen institutionellen Strukturen. Hier ist Klugheit gefragt, Plattformen in den Parteien zur Verfügung zu stellen, um diese Energien zu kanalisieren und für die politische Arbeit nutzbar zu machen. Jedenfalls wird man argumentativ bei den „Fridays for Future“-Demonstrationen nicht weit kommen, wenn man sich lediglich auf die Einhaltung der Schulpflicht zurückzieht und damit den Fall für erledigt hält. Hier erwarten junge Menschen deutlich mehr von den etablierten Parteien. Und was können wir von den jungen Menschen erwarten? Vielleicht den Enthusiasmus, die Welt zu verändern. Das ist zumindest ein guter Antrieb für Politik.

Ein Punkt in der Landschaft des Ehrenamts bereitet allerdings Sorge: die ungleiche geografische Verteilung ehrenamtlichen Engagements in der Bundesrepublik. Vereinfacht formuliert: Je wohlhabender eine Region, desto

höher ist der Anteil der ehrenamtlich Engagierten. Dem liegt kein Stadt-Land-Gefälle zugrunde, weil zu den Regionen mit einem niedrigen Anteil Engagierter auch die Städte Berlin und Bremen gehören. Dieses „Raumordnungsdilemma“⁴ scheint ein Nachhall der Forschungen von Paul Felix Lazarsfeld zu sein. Auf jeden Fall sollte die Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, die unter dem Vorsitz des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat ihre Arbeit aufgenommen hat, sich dieser Problematik widmen. Wenn es richtig ist, dass wirtschaftliche Prosperität und die Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement wie zwei kommunizierende Röhren funktionieren, würde die besondere Förderung von Engagement in strukturschwachen Regionen auch einen Baustein für die wirtschaftliche Gesundung liefern können.

LÄSTIGE HÜRDEN BESEITIGEN

Die Förderung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements ist eine Daueraufgabe. Wir haben mit zwei großen Gesetzen 2007 und 2013 die Rahmenbedingungen verbessert. Daran wollen wir anknüpfen und durch einen Abbau bürokratischer Hemmnisse wie etwa Nachweispflichten und einer Vereinfachung von Antragsverfahren im Zuwendungsrecht lästige Hürden beseitigen. Bei der Gesetzesfolgenabschätzung sollen künftig auch die Auswirkungen auf das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement betrachtet werden. Wir wollen Beratungsangebote für Ehrenamtler ausbauen, etwa durch eine Ehrenamtsstiftung oder eine bundesweite Ehrenamts-Hotline. In den Blick zu nehmen ist auch der Sanierungsstau in der Infrastruktur, bei Sportanlagen, Schwimmbädern und gemeinnützigen Begegnungsorten. All dies wird jedoch nichts nützen ohne eine Stärkung der Anerkennungskultur, in der sich die Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Dienste ausdrückt. Wir können vielleicht nicht, gemäß dem Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde, die Quellen jener normativen Selbstbindung reproduzieren, von denen der moderne Staat lebt. Aber wir können – und sollten – es zumindest versuchen.

¹ Paul Felix Lazarsfeld et al.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit, Erstveröffentlichung 1933.

² „Tierisch wütend: Warum so viele Menschen im Alltag die Nerven verlieren und ausrasten“, in: Der Spiegel 12/2019, 16.03.2019.

³ Thomas Gensicke: „Jugend: Partizipation und Engagement im Wandel“, in: Rolf Frankenberger / Siegfried Frech (Hrsg.): Soziale Milieus. Lebenswelten in Deutschland, Schwalbach/Ts. 2017, S. 203–216.

⁴ Begriff bei Anna Butzin und Stefan Gärtner: „Bürgerschaftliches Engagement, Koproduktion und das Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen“, in: Raumforschung und Raumordnung, Nr. 6/2017, S. 513–526.

Dienst und Pflicht?

—
Anreize zur Stärkung von Zusammenhalt

PAUL ZIEMIAK

Geboren 1985 in Stettin (Polen), von September 2014 bis März 2019 Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands, seit 2017 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit Dezember 2018 Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Unsere Lebenswirklichkeit ist von tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen geprägt. Während der Prozess der Globalisierung und Digitalisierung für jeden spürbar ist, erleben wir den

demografischen Wandel in Deutschland und Europa als schleichenden Prozess. Richtig ist, dass er unser Land und unsere Gesellschaft verändert: Die Menschen leben länger. Das ist erst einmal erfreulich. Zugleich werden weniger Kinder geboren. Wenngleich es uns durch eine gute Familienpolitik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) gelungen ist, die Geburtenrate in den letzten Jahren zu steigern, gehört Deutschland zu den Ländern mit der ältesten Bevölkerung weltweit. Die hohe Zahl von Flüchtlingen stellt uns vor außergewöhnliche Herausforderungen im Bereich der Integration.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft künftig gewahrt werden kann. Für die CDU steht der Mensch im Mittelpunkt des Geschehens. Er hat die Freiheit, sein eigenes Leben verantwortlich zu gestalten. Gleichzeitig sind wir aber auch davon überzeugt, dass sich der Mensch nur in der Gemeinschaft voll entfalten kann. Daher ist es uns wichtig, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sich die Menschen mit dem Gemeinwesen positiv verbunden fühlen und sich gesellschaftlich engagieren.

Für die CDU hat bürgerschaftliches Engagement Tradition und Zukunft. Wie keine andere Partei haben wir uns für die Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements in all seinen Facetten eingesetzt. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die die Initialzündung für die Befassung des Parlaments mit dem Thema „Ehrenamt“ auslöste und 1995 die erste Arbeitsgruppe „Ehrenamt“ ins Leben rief.

NEUE FORMATE FÜR DAS BÜRGERENGAGEMENT

Seitdem die Union regiert, wurde das Ehrenamt wie nie zuvor gestärkt. Die steuerlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement wurden kontinuierlich verbessert, der Versicherungsschutz erweitert und ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie entlastet. Heute engagieren sich insgesamt knapp 44 Prozent der Menschen in unserem Land ab vierzehn Jahren freiwillig. Das ist ein großer Erfolg. Die Bereiche der Freiwilligendienste und des bürgerschaftlichen Engagements sind so vielfältig wie

die Interessen und Lebensentwürfe unserer Bürgerinnen und Bürger. Ohne das Engagement dieser Menschen – in den Vereinen, Verbänden, Stiftungen, der Flüchtlingshilfe, den Kirchen und Rettungsdiensten bis hin zum Katastrophenschutz – wäre unser Land ein gutes Stück kälter.

Um bürgerschaftliches Engagement an die jeweils neuen gesellschaftlichen Erfordernisse anzupassen, haben wir in den vergangenen Jahren erfolgreich bewährte Modelle weiterentwickelt und um neue Formate ergänzt. Im Jahr 2006 hat das Bundesfamilienministerium das „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ ins Leben gerufen und damit Begegnungsorte für alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, sozialer Lage und sonstigen Merkmalen geschaffen. Die Freiwilligendienste der Länder für junge Menschen bis 27 Jahre, das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) wurden um die Bereiche Kultur, Bildung und Sport erweitert. Auch die internationalen Freiwilligendienste wurden ausgebaut. 2011 wurde der Bundesfreiwilligendienst errichtet. Jedes Jahr absolvieren rund 80.000 junge Menschen einen Freiwilligendienst in Deutschland – aktuell rund 53.000 im Freiwilligen Sozialen Jahr, rund 3.000 im Freiwilligen Ökologischen Jahr und rund 27.000 im Bundesfreiwilligendienst.

Heute stehen wir an einem neuen Scheideweg: Obwohl wir große Summen in bürgerschaftliches Engagement investiert haben, wird es durch den demografischen Wandel immer schwieriger, genügend Freiwillige für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Aufgaben zu finden. Zivil- und Katastrophenschützer sowie Feuerwehren beklagen gravierende Nachwuchsprobleme.

Zugleich sind neue Bedarfe entstanden: Die Menschen werden älter, viele leben ohne die Unterstützung eines Partners oder von Kindern und sind daher auf externe Hilfestellung angewiesen. Menschen mit Behinderungen benötigen Hilfe, um gleichberechtigt Teilhabe in der Mitte unserer Gesellschaft ausüben zu können. Die Flüchtlingskrise hat gezeigt, wie sehr die ankommenden Menschen der Fürsorge und organisatorischen Unterstützung bedürfen, um besser in unserer Gesellschaft zurechtzukommen.

Nicht zuletzt stellen wir fest, dass ehrenamtlich Tätige immer weniger zu langfristigen Verpflichtungen bereit sind und zeitlich begrenzte Aufgaben oder Projekte bevorzugen. Auch spielt der Wunsch nach Selbstverwirklichung und eigenen Qualifizierungsmöglichkeiten für die Entscheidung, ehrenamtlich tätig zu werden, eine immer größere Rolle. Ebenso können gestiegene Anforderungen, wie der Besuch von Ganztagskursen, Absolvierung von Auslandsstudiengängen oder Auslandsaufenthalten sowie erhöhte Mobilitätsanforderungen an junge Menschen, einem freiwilligen Engagement entgegenstehen.

ZUNEHMENDE FLIEHKRÄFTE

Vor dem Hintergrund dieses Strukturwandels stehen wir vor der Frage, wie wir Engagement künftig so organisieren können, dass unsere Sicherheit, aber auch der

Zusammenhalt in unserer Gesellschaft weiterhin gewährleistet ist. Mit Blick auf die zunehmenden Fliehkräfte müssen wir neu überlegen, wie wir beim freiwilligen Engagement wieder mehr Bewusstsein für Verantwortung schaffen können. Im Kern geht es um die Neujustierung von Rechten und Pflichten des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft. Nicht zuletzt ist die Auffassung, dass der Einzelne in der Verantwortung steht, sich im Sinne des Gemeinwohls einzubringen, ein zutiefst bürgerlicher Gedanke, der viele Christdemokraten beschäftigt. In keiner anderen Partei ist diese Haltung so ausgeprägt wie bei uns Christdemokraten. Wir denken stets Freiheit und Verantwortung zusammen.

Zur Lösung dieser Frage stehe ich mit unseren Parteimitgliedern, den Verbänden und Experten im Dialog. Wir müssen hier in alle Richtungen denken und mögliche Lösungen auf ihre konkrete Machbarkeit überprüfen. Das ist ein offener Prozess. Ich will keine Denkverbote. Alles muss auf den Prüfstand: von der Frage eines verpflichtenden Dienstes über freiwillige Selbstverpflichtungen, etwa beim Katastrophenschutz, bis hin zu besseren Anerkennungsleistungen, wie etwa die Anrechnung von Rentenpunkten bei ehrenamtlich Tätigen. Auch müssen wir uns Gedanken über neue aktivierende Angebote für Jugendliche, aber auch für die „jungen Alten“ machen. Die Generation 60+ ist die am stärksten wachsende Gruppe beim bürgerschaftlichen Engagement. Unser gemeinsames Ziel ist es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

In allen Lebenslagen

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, ehrenamtliches Engagement
und internationale Katastrophenhilfe

GERDA HASSELFELDT

Geboren 1950 in Straubing, Bundesministerin a. D., 2005 bis 2011 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, März 2011 bis September 2017 Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, seit Dezember 2017 ehrenamtliche Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes (DRK).

Vielfach wird behauptet, unsere Gesellschaft werde immer egoistischer und der gesellschaftliche Zusammenhalt schwinde. Wie erleben Sie das beim Roten Kreuz?

Gerda Hasselfeldt: Ich erlebe es tatsächlich anders. Wir haben mittlerweile 435.000 ehrenamtlich Tätige. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren ist die Zahl der freiwillig Engagierten nochmals gestiegen. Wir beobachten, dass oft nicht die langfristige Bindung an eine Organisation, sondern die spontane Hilfe im Mittelpunkt steht. Wir haben das bei der Flüchtlingsproblematik erlebt, erleben es aber auch im sozialen Wohlfahrtsbereich, wo die Menschen sagen, da kann ich helfen mit meinen Erfahrungen, mit meinen

Kenntnissen, aber ich will mich nicht unbedingt dauerhaft binden. Aber das Engagement grundsätzlich, der Blick auf Hilfebedürftige, ist zweifellos in unserer Gesellschaft vorhanden.

Das Deutsche Rote Kreuz handelt nach den sieben Grundsätzen der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung. Welche Grundsätze sind dies und welche Bedeutung haben sie für Ihre Arbeit?

Gerda Hasselfeldt: Die sieben Grundsätze sind Menschlichkeit, Freiwilligkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität, Einheit und Universalität. Ich lege ganz besonderen Wert auf die Grundsätze der Neutralität, der Unparteilichkeit und der Unabhängigkeit, denn durch sie wird deutlich, dass wir allen Menschen helfen, die Hilfe brauchen, egal, woher sie kommen oder ob die Betroffenen selbstverschuldet in eine Notlage geraten sind. Wir helfen nach dem Maß der Not und nicht danach, woher der Betroffene kommt, welche Hautfarbe oder politische Gesinnung er hat.

Das DRK ist als anerkannter Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege auf sehr vielen verschiedenen Feldern aktiv. Wo liegen die Schwerpunkte?

Gerda Hasselfeldt: Meines Erachtens muss man beim Roten Kreuz immer das gesamte Spektrum sehen. Wenn man einen Teil herausgreifen würde, würde man dem gesamten Auftrag der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung, die weltweit tätig ist, nicht gerecht werden. Zu unseren Aufgaben gehört der Rettungsdienst genauso wie der Blutspendedienst oder

die Hilfe in humanitären Fragen im In- und Ausland.

Wir begleiten die Menschen letztlich von der Kita bis zur Pflegeeinrichtung in allen Lebenslagen, in denen sie Hilfe brauchen – ob bei Unfällen, Katastrophen, Krisenfällen oder auch bei Fragen psychischer Belastungen. Das Feld ist ein so breites, wie ich es mir in Zeiten, in denen ich dieses Amt noch nicht innehatte, nicht habe vorstellen können. Diese breite Palette der Tätigkeiten im In- und Ausland, letztlich für Menschen in Not weltweit, ist schon einmalig.

Gibt es Bereiche, die in Zukunft stärker ausgebaut werden müssen, weil die Gesellschaft sich verändert?

Gerda Hasselfeldt: Die Arbeit des Roten Kreuzes verändert sich aufgrund der gesellschaftspolitischen Bedingungen. Durch den hohen Flüchtlingszustrom war in den vergangenen Jahren die Arbeit in der Migrations- und Integrationsarbeit stärker gefordert. Ein zweiter Schwerpunkt liegt im Bereich der Pflege. In den letzten Jahren sind aufgrund der demografischen Entwicklung unsere Aktivitäten im Pflegebereich größer geworden, aber auch unsere Angebote an Kindertagesstätten. Auch hier ist vonseiten der Gesellschaft ein größerer Bedarf erkennbar.

Wo kommen gesellschaftlicher Zusammenhalt und Gemeinwohl bei der Arbeit des Roten Kreuzes zum Ausdruck?

Gerda Hasselfeldt: Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird durch die Helferinnen und Helfer an der Basis in den Ortsvereinen gelebt. Zum Beispiel dann, wenn das Rote Kreuz bei Konzerten, in



Foto: © Henning Schacht / DRK

Fußballstadien und bei anderen öffentlichen Großveranstaltungen permanent mit einem Sanitätsdienst vertreten ist, der ehrenamtlich geleistet wird. Oder bei Unfällen, wenn Hauptamtliche und Ehrenamtliche Hilfebedürftigen zur Seite stehen. Ich finde, das ist nicht nur vom DRK, sondern auch von den Feuerwehren, vom Technischen Hilfswerk und anderen Hilfsorganisationen eine großartige Leistung.

Auch bei Naturkatastrophen, wo schnell und unbürokratisch geholfen wird, kommt dieser Zusammenhalt zum Ausdruck. Verschiedene Hilfsorganisationen arbeiten in solchen Fällen eng zusammen, denn eine Hilfsorganisation allein könnte das oft nicht leisten. In diesen

Situationen wird gesellschaftlicher Zusammenhalt besonders deutlich.

Auf der anderen Seite finden bei Einsätzen der Feuerwehr, Polizei, aber auch bei Krankentransporten Angriffe auf Menschen statt, die helfen möchten. Ist das ein Thema beim Roten Kreuz?

Gerda Hasselfeldt: Das ist sehr wohl auch ein Thema bei uns. Leider! Helfer berichten immer wieder, dass Menschen, die an Unfallstellen kommen, zuerst einmal Fotos mit ihrem Smartphone machen, bevor sie überlegen, ob sie helfen können. Die Bildung von Rettungsgassen im Straßenverkehr ist ebenfalls ein Thema, denn

jede Sekunde zählt, damit die Rettungskräfte zu den Verletzten durchkommen.

Wir begegnen dieser Herausforderung mit Maßnahmen zur Qualifizierung unserer Helferinnen und Helfer, auch mit Strategien der Deeskalation, insbesondere bei tätlichen Angriffen. Häufig kommen die Helfer auch zu Menschen, die alkoholisiert oder durch Drogenmissbrauch nicht voll zurechnungsfähig sind und dann erst recht zu Gewaltausbrüchen neigen. Wir schulen unsere Helferinnen und Helfer, damit sie solche Situationen bewältigen können.

Wie ist das Zusammenspiel zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen?

Gerda Hasselfeldt: Bei uns arbeiten derzeit etwa 175.000 Haupt- und 435.000 Ehrenamtliche – mit steigender Tendenz. Ich finde das sehr erfreulich, und es macht deutlich: Wir sind kein Volk von Egoisten, sondern eine Gesellschaft, die sehr wohl weiß, dass wir aufeinander angewiesen sind.

Die meisten Ehrenamtlichen sind in den sogenannten Gemeinschaften des DRK tätig; das sind die Bereitschaften, die Wasserwacht, die Bergwacht, das Jugendrotkreuz und die Sozial- und Wohlfahrtsarbeit. In anderen Bereichen wie beispielsweise den Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und Kindertagesstätten überwiegen die hauptamtlichen Kräfte. Auch da haben wir aber zur Unterstützung ehrenamtliche Helfer. Auch im Rettungsdienst funktioniert das Zusammenspiel von hauptamtlich und ehrenamtlich Verantwortlichen gut. Beide brauchen einander. Die einen sind nicht der Ersatz für die anderen, sondern sie sind Ergänzung, und bei manchen – wie in der Berg- oder Wasserwacht und im Sanitätsdienst – gibt

es vor Beginn der Tätigkeit anspruchsvolle Ausbildungen. Nicht jeder kann in der Bergwacht ehrenamtlich tätig sein, wenn er nicht die notwendigen Sportarten und Qualifikationen vorweisen kann.

Sie hatten bereits erwähnt, dass sich beim ehrenamtlichen Engagement etwas verändert hat. Inwiefern?

Gerda Hasselfeldt: Die Zahl der ehrenamtlich Tätigen geht – mit regionalen Unterschieden – nach oben. Insgesamt glaube ich aber, dass wir in unseren Bemühungen, mehr Ehrenamtliche zu gewinnen, nicht nachlassen dürfen. Die Gesellschaft wird älter, und mittlerweile sind in der aktiven Berufswelt mehr Frauen tätig, als das vor zwanzig Jahren der Fall war. Früher haben sich die Frauen leichter neben Beruf und Familie ehrenamtlich engagieren können. Das ist heute in dem Maße nicht mehr möglich.

Andererseits haben wir durch die demografische Entwicklung mehr rüstige Senioren als früher. Ich glaube, dass die Senioren ein großes Potenzial sind, nicht nur für die Arbeit im Deutschen Roten Kreuz, sondern insgesamt für das ehrenamtliche Engagement in unserer Gesellschaft. Die Menschen, die berufliche Erfahrung haben und noch rüstig sind, können durch ihr Engagement nicht nur der Gesellschaft etwas geben, sie können umgekehrt auch Dankbarkeit und Sinngebung erfahren. Durch ihr Engagement sind sie in die Gemeinschaft eingebunden. Ich glaube, das ist für einen persönlich ein hoher Mehrwert. Diesen Mehrwert den Menschen zugänglich zu machen, ihn wertzuschätzen und den Menschen zu zeigen, das ist etwas für dich, das ist eine wichtige Aufgabe.

Welche Rolle spielen beim Roten Kreuz die Ortsverbände?

Gerda Hasselfeldt: Bei uns spielen die Orts- und Kreisverbände eine große Rolle, weil wir föderal organisiert sind. Die Kreisverbände bieten ihre Dienstleistungen, zum Beispiel eigene Pflegeeinrichtungen, Kitas, ambulante Pflegedienste oder Essen auf Rädern, selbstständig nach unseren Grundsätzen an. Sie sind selbst verantwortlich dafür, obwohl sie vonseiten der Landesverbände und von unserer Seite aus fachlich unterstützt werden.

Sie sind nicht Befehlsempfänger, sondern tragen letztlich ganz wesentlich zum breiten Erfolg des Deutschen Roten Kreuzes und unserer lokalen Verankerung bei – mit der Konsequenz, dass nicht in jedem Kreisverband dasselbe angeboten wird. In dem einen Kreisverband überwiegen die Einrichtungen im Pflegebereich, in einem anderen der Rettungsdienst.

Wie wichtig ist Ihnen die Nachwuchsförderung?

Gerda Hasselfeldt: Das Jugendrotkreuz ist für mich persönlich besonders wichtig. Letztlich ist das die Zukunft des Deutschen Roten Kreuzes. Alles, was dort investiert wird, ist meines Erachtens bestens angelegt. Die Kinder und Jugendlichen werden beim Jugendrotkreuz nicht nur an den Sanitätsdienst herangeführt; sie werden auch im Sinne unserer Grundsätze dazu motiviert, zu helfen und nicht nur sich selbst, sondern immer auch die Gemeinschaft zu sehen. Ich bin wirklich stolz auf das Jugendrotkreuz mit seinen 135.000 Mitgliedern und die Arbeit, die dort geleistet wird.

In Berlin ist kürzlich in einem Stadtviertel für einen längeren Zeitraum der Strom ausgefallen. Ist Deutschland beim Zivil- und Katastrophenschutz gut aufgestellt?

Gerda Hasselfeldt: Ich glaube, dass in dieser Frage zweifellos Nachholbedarf besteht. Wir sehen uns heute anderen Gefährdungen gegenüber als noch vor einigen Jahren. Der Stromausfall ist ein Beispiel. Wir müssen aber mit Cyber-Angriffen auf unsere gesamte Infrastruktur rechnen, auch auf Gesundheitseinrichtungen, mit möglicherweise längerfristigen Störungen. Für diese Situationen sind wir nicht vollständig gerüstet. Das gilt auch für Extremwetterlagen, die im Zuge des Klimawandels zunehmen werden.

In der Flüchtlingssituation des Jahres 2015 haben wir einen Vorgeschmack davon bekommen, wie schwierig es ist, kurzfristig Hunderttausende Menschen unterbringen und versorgen zu müssen. Aufgrund dieser Erfahrungen kamen die Hilfsorganisationen unter Federführung des DRK zu dem Ergebnis, dass ein Programm zum nationalen Krisenmanagement erarbeitet werden muss, um den Staat für solche Fälle fit zu machen. Dieses Konzept liegt vor. Es wurde bereits mit Fachpolitikern diskutiert. Ich stehe derzeit in Verhandlungen mit dem Bundesinnenministerium über die finanzielle Unterlegung einer sogenannten Bundesvorhaltung – da geht es beispielsweise um Materiallager für Zelte, Feldbetten, Decken, Hygieneartikel und Wasseraufbereitungsanlagen, also um all das, was man für solche Notfälle braucht.

Nach dem Grundsatz der Universalität ist das DRK auch in der internationalen

Katastrophenhilfe engagiert. In welchen Ländern sind Sie zurzeit im Einsatz?

Gerda Hasselfeldt: Wir sind in rund fünfzig Ländern aktiv, in einigen bereits sehr lange, wie in Syrien. Seit mehreren Jahren sind wir auch im Jemen und in Bangladesch tätig. Wir helfen außerdem bei plötzlich auftretenden Naturkatastrophen wie jetzt nach den Wirbelstürmen im März und im April in Mosambik.

Unsere Erfahrung zeigt, dass die Spendenbereitschaft bei Naturkatastrophen im Ausland besonders groß ist, wenn die Medien ausführlich darüber berichten. Wir brauchen aber auch finanzielle Unterstützung, wenn das Medieninteresse abflaut. Das können wir aus eigenen Mitteln nicht leisten. Hierfür benötigen wir Spenden und Mittel der öffentlichen Hand.

Die Auslandshilfe des Deutschen Roten Kreuzes gilt als eine der leistungsfähigsten weltweit?

Gerda Hasselfeldt: Es ist in der Tat so, dass wir international als eine der leistungsfähigsten nationalen Gesellschaften innerhalb der Rotkreuz-Bewegung gelten. Wir brauchen für unsere Einsätze im Ausland zum einen die Menschen, die bereit sind, in Krisengebiete zu gehen. Das ist bei uns nach wie vor der Fall. Wir brauchen aber auch die entsprechenden finanziellen Mittel.

Wir arbeiten immer mit den nationalen Hilfsgesellschaften des Roten Kreuzes oder des Roten Halbmondes vor Ort zusammen. Ein Beispiel: Wir haben in Bangladesch im größten Flüchtlingslager der Welt lange Zeit ein Feldhospital personell unterstützt, das organisatorisch unter der

Leitung des Finnischen Roten Kreuzes stand. Das zeigt, dass die internationale Zusammenarbeit in solchen Fällen gut funktioniert und jede nationale Rotkreuz-Organisation ihre spezifischen Ressourcen und ihr besonderes Know-how einbringen kann.

In diesem Jahr feiern wir den 70. Jahrestag des Grundgesetzes. Durch die gesamte Geschichte der Bundesrepublik hat uns der DRK-Suchdienst begleitet. Wird immer noch nach Vermissten aus dem Zweiten Weltkrieg gesucht?

Gerda Hasselfeldt: In der Tat, ja. Wir haben immer noch jährlich etwa 9.000 neue Anfragen an den DRK-Suchdienst in Bezug auf Vermisste und Gefallene infolge des Zweiten Weltkrieges. Das ist eine Größenordnung, die mich persönlich auch selbst erstaunt hat. Es sind überwiegend Angehörige von Menschen, die im Zweiten Weltkrieg vermisst, in Gefangenschaft geraten oder ums Leben gekommen sind, die zum Beispiel wissen wollen, was mit ihrem Vater oder Großvater geschehen ist. Durch die Öffnung russischer Archive gibt es dazu auch immer wieder neue Erkenntnisse. Im vorletzten Jahr ist es uns sogar gelungen, zwei Geschwister, die während des Kriegs im Kindesalter getrennt wurden, wieder zusammenzuführen. Das ist ein menschlich und emotional sehr ergreifendes Erlebnis.

Das Gespräch führte Ralf Thomas Baus am 4. April 2019.

Dienen und Dazwischengehen

—
Facetten des „Diakonie-Spirits“

ULRICH LILIE

Geboren 1957 in Rhumspringe, evangelischer Theologe, seit 2014 Präsident der Diakonie Deutschland, seit 2017 Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung.

Diakonie verbindet Nächstenliebe, Professionalität und politisches Handeln – alles im Interesse der Schwächsten in der Gesellschaft. Dahinter steht eine lange Tradition. Denn das altgriechische Wort, das auf seiner Reise durch die Jahrhunderte in Deutschland zum Namensgeber für die Soziale Arbeit der evange-

lischen Kirche wurde, bezieht sich auf das im Neuen Testament zitierte *diakonein* („dienen“, „fürsorglich helfen“). Was hat das mit dem Dienst an der deutschen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zu tun?

In Deutschland ist die Diakonie als ältester der sechs Wohlfahrtsverbände seit Langem institutionalisiert – mit gesellschaftlichen Rechten und Pflichten, als großer sozialer „Player“. Das ist in einem Land mit einer jahrhundertealten christlichen und protestantischen Tradition nicht anders zu erwarten. Etwa die Hälfte der Bevölkerung gehört einer der christlichen Kirchen an, selbst wenn es Regionen gibt – in weiten Gebieten Ostdeutschlands oder in großen Städten –, in denen Christen inzwischen eine Minderheit

bilden. Dennoch: Zur Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gehören rund 21,5 Millionen Menschen. Und eine evangelische Kirche ohne eine Form der institutionalisierten Nächstenliebe lässt sich in Deutschland nicht mehr denken. Bereits Martin Luther machte die organisierte Armenfürsorge zu einem protestantischen Thema.

Heute ist die Diakonie ein Markenzeichen zivilisierter und zivilgesellschaftlich engagierter Religion. In der Selbstdarstellung der Diakonie Deutschland heißt es: „Diakonie ist der soziale Dienst der evangelischen Kirchen. Wir verstehen unseren Auftrag als gelebte Nächstenliebe und setzen uns für Menschen ein, die am Rande der Gesellschaft stehen, die auf Hilfe angewiesen oder benachteiligt sind. Neben dieser Hilfe verstehen wir uns als Anwältin der Schwachen und benennen öffentlich die Ursachen von sozialer Not gegenüber Politik und Gesellschaft.“

Hinter diesen Sätzen verbergen sich in Zahlen 31.500 stationäre und ambulante Dienste der Diakonie: stationäre Altenpflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, verschiedenste Beratungsstellen und Sozialstationen, gut 169.000 Plätze in der Behinderten- und 183.000 Plätze in der Altenhilfe. Darüber hinaus ist Diakonie ein großer Arbeitgeber mit gut 525.000 Hauptamtlichen, die unser Ethos mittragen, auch wenn sie längst nicht mehr alle der evangelischen Kirche angehören. Mit dem sogenannten „Dritten Weg“ haben wir eine hohe Flächentarifbindung und bieten eine Entlohnung, die durchschnittlich deutlich über der des Wettbewerbs liegt. Außerdem schafft die Diakonie einen organisatorischen Rahmen für etwa 2.700 Selbsthilfegruppen und die Arbeit von gut 700.000 freiwillig Engagierten.

LOBBY FÜR DIE SCHWACHEN

Wie die Arbeit der Diakonie finanziert wird, hängt von der einzelnen Aufgabe ab und ist sehr unterschiedlich: Medizinisch-pflegerische Aufgaben werden in der Regel von den Kranken- und Pflegekassen finanziert. Nach dem Subsidiaritätsprinzip vergibt der Staat die Finanzierung sozialer Aufgaben zum Beispiel auf der Basis des Bundessozialhilfegesetzes an freie Träger.

Allerdings werden selten die gesamten Kosten übernommen. Kaum ein Angebot der Diakonie kommt heute ohne Eigenmittel aus, etwa in Form von Kirchensteuern oder Spenden, die auch für Investitionen oder viele Projekte benötigt werden. So ausgestattet, übernimmt Diakonie Verantwortung für die Wohlfahrtspflege der Allgemeinheit. Dass sie das tun kann und sich nicht nur um bedürftige Evangelische kümmert, verdankt sich der subsidiären Struktur unserer Gesellschaft, in der auch die Kirchen dem Gemeinwesen dienen. Zugleich gehört dies zur ureigenen Identität christlicher Gemeinschaft: Für jede Kirche gilt, dass sie nur dann Kirche Jesu Christi ist, wenn sie diakonisch handelt.

In Deutschland kann die evangelische Kirche mit der institutionalisierten Diakonie effektiv und weit vernetzt im Interesse und als Lobby armer, alter, kranker und behinderter Menschen arbeiten, in den Kirchen anderer Länder, deren diakonisches Handeln anders organisiert ist, werden weit weniger Menschen erreicht. Auch wenn sich die Strukturen unterscheiden, bleibt Diakonie als Dienst an den Nächsten und den Schwachen ein Wesensmerkmal der Kirche.

„DIAK“ HEISST „DARAUF LOSGEHEN“

Diakonia beschrieb ursprünglich den sehr konkreten Tischdienst beim gemeinsamen Essen. Jahrhundertlang ist Diakonie deswegen vor allem mit dem Wort „Dienst“ übersetzt worden. Doch das alte Wort „Diakonie“ bedeutet mehr als nur „dienen“. Der australische Theologe John N. Collins konnte bereits in den 1990er-Jahren überzeugend zeigen, dass es sogar zutreffender sein kann, Diakonie mit „Verbindung“ oder „Vermittlung“ zu übersetzen. Die altgriechische Wortwurzel „Diak“ habe mit dem Verb „darauf losgehen“ zu tun. Und das heißt, dass Menschen, die sich der Diakonie verpflichten, nicht nur wohltätige Diener sind. Sie sind auch Kuriere, Verbinder, Abgeordnete, Begegnungen Ermöglichende und Brückenbauer. Ihre Verortung liegt im Dazwischen.

Diese noch weiter zu entfaltende Facette des „Diakonie-Spirits“ ist für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, für den Dienst am Gemeinsinn von großer Bedeutung. Denn die Diakonie ist – wie skizziert – eine Organisation, die deutschlandweit in den unterschiedlichsten Strukturen aktiv ist: ein vielfältiges zivilgesellschaftliches Netzwerk sozialer Kompetenz, das viele Menschen in unserem Land verbindet und dessen Potenziale noch lange nicht ausgeschöpft sind. Hier warten große Chancen für die Gesellschaft, vorausgesetzt, wir alle lernen noch besser, gemeinsam mit anderen, auch ungewohnten Partnern zusammenzuarbeiten. Denn was ein so naheliegender Mehrwert zu sein scheint, erweist sich gegenwärtig als unpopulär: Aktuell werden wieder die Stimmen lauter, die partikulare Interessen vertreten und eher Binnenlogiken folgen, als auf Austausch und Kooperation zu setzen. Das gefährdet offene und sozial gerechte Gesellschaften im Kleinen wie im Großen: das Projekt der Europäischen Einigung genauso wie die Gestaltung der Nachbarschaften in den Kommunen. Und beides betrifft die Arbeit der Diakonie.

Aus der diakonischen Perspektive des Dienens und Dazwischengehens ist Kooperation das Zauberwort des gesellschaftspolitischen Handelns in unserem unruhigen 21. Jahrhundert. Anders wird man den Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht werden können, die von prominenten Fachleuten als Epochenbruch auf dem Weg zur postindustriellen Gesellschaft, ähnlich dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, gedeutet wird.

Deutschland wird mit großer Geschwindigkeit ethnisch, kulturell und religiös vielfältiger, trotz Migration immer älter, sozial ungleicher und digitaler – und auch das ist nicht nur ein technisches, sondern auch ein soziales Thema von gigantischem Ausmaß.

Was bedeutet Arbeit in Zukunft? Wie finanzieren wir den Sozialstaat? Wie sorgen wir jetzt dafür, dass Menschen, die heute schon zu den Bildungsverlierern gehören, morgen nicht vollkommen den Anschluss verlieren? Wie gelingt es uns, allen Einwohnerinnen und Einwohnern eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen? Diese Fragen skizzieren nur grob die komplexen Herausforderungen, vor denen wir in Deutschland in Theorie und Praxis stehen. Dazu kommen die globalen Veränderungen: Stichwort Klimawandel. Es liegt auf der Hand: Wer dem Gemeinwohl in der Gesellschaft nachhaltig dienen will, muss sein Engagement heutzutage vor diesem Hintergrund überprüfen. Auch die Diakonie.

AUSBRUCH AUS DER BINNENLOGIK

Wir alle sollten einen Weg aus den Diktaten unserer jeweiligen Binnenlogiken und den allzu gewohnten Bahnen des Denkens, der Vorbereitung und Umsetzung von Entscheidungen, von denen für sehr viele Menschen sehr viel abhängt, finden. Wir sollten und können (neu) lernen, zunächst fremd erscheinende Denkweisen zu verstehen, trotzdem gemeinsame Ziele zu identifizieren und den Mut zu finden, ungewohnte Kooperationen einzugehen – mit Kirche und Moschee, Wohlfahrtsverband, Handwerkskammer, Kommunalverwaltung und Nichtregierungsorganisation – und vielleicht auch mit dem politischen Gegner, wo sich projektbezogen Brücken bauen lassen – in immer diverser werdenden Städten und Landkreisen.

In unserer diverser werdenden Gesellschaft gilt es, neue Gemeinsamkeiten zu entdecken. Der diakonische Blick lehrt: Die Fürsorge für unsere Kinder und Alten verbindet alle, egal, woher wir kommen und was wir glauben. Gleiches gilt für die gemeinsame Aufgabe, den eigenen, konkreten Lebensraum mit den anderen Nachbarinnen und Nachbarn verantwortlich zu gestalten, um dann davon zu profitieren. Ich bin überzeugt: Gemeinsam ausgehandelte und umgesetzte Ziele stiften eine gemeinsame Identität. Gemeinwohl vor Eigennutz. Es geht darum, das Land (und die Welt), in dem (und in der) wir leben, zusammen als menschenfreundliche, lebenswerte Gesellschaft für uns und unsere Enkelkinder zu erhalten und zu verbessern. Nur gemeinsam werden wir das schaffen.

Die Diakonie hat sich auf diesen Weg gemacht. Denn wir wollen Teil dieser neuen und ungewöhnlichen Netzwerke und Allianzen sein: dienen und dazwischengehen – Diakonie mit anderen. Aus Glauben.

Kultur der Mitverantwortung

Die Caritas als zivilgesellschaftliche Akteurin

PETER NEHER

Geboren 1955 in Pfronten (Allgäu), promovierter Theologe, seit 2003 Präsident des Deutschen Caritasverbandes.

Demokratien im Dilemma: Werte und gelebte Solidarität können nicht verordnet werden; sie müssen erlebbar sein. Daher kommt Zivilgesellschaften eine besondere Bedeutung zu: Hier wird bürgerschaftliches Engagement ge-

lebt, Solidarität geübt und Verantwortungsbewusstsein erfahrbar. Durch zivilgesellschaftliche Akteure werden nicht nur soziale Probleme zum Thema gemacht, sondern sie erproben auch neue und innovative Lösungswege. Diese Impulse bereichern die politischen Debatten und sind somit ein zentrales Element demokratischer Gesellschaften. Bürgerschaftliches Engagement stärkt den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Auch wenn die Politik auf dieses Engagement angewiesen ist, kann sie es nur bedingt fördern, etwa indem sie für geeignete und förderliche Rahmenbedingungen sorgt.

Wie wichtig es ist, zu erleben, dass man etwas verändern kann, zeigt sich bereits im frühen Kindesalter. Unter dem Titel „Demokratie in Kinderschuhen“ verfolgt der Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder

(KTK), ein Fachverband des Deutschen Caritasverbandes, ein Projekt, um mehr demokratische Beteiligung in Kitas zu verwirklichen.¹ Erzieherinnen und Erzieher werden unterstützt, eine Kultur des Miteinanders und Mitgestaltens zu entwickeln. Kinder sollen lernen, dass sie mitentscheiden können, wenn es etwa um die Gestaltung von Festen oder um die Tagesgestaltung geht. Sie sollen aber auch lernen, dass Vielfalt Regeln und Verfahren braucht, damit alle einbezogen werden können, unabhängig davon, wie gut sie die Sprache sprechen oder durch eine Behinderung beeinträchtigt sind.

Überall gilt: Zusammenhalt lässt sich nur voranbringen, wenn es gelingt, Teilhabemöglichkeiten für alle zu schaffen. Denn Engagement ist ein Ausdruck der selbstbestimmten Teilhabe von Menschen und einer gemeinsamen Verantwortung, das Zusammenleben zu gestalten. „Es vermehrt und erleichtert Zugänge zu sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen und kann auch Menschen in schwierigen sozialen Lagen helfen, Bezüge zum Umfeld und zur Gesellschaft aufrechtzuerhalten.“²

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich ein subsidiäres Verständnis vom Sozialstaat entwickelt, das stark auf die Eigenverantwortung zivilgesellschaftlicher Organisationen setzt. „Zur Gewährung der notwendigen sozialen Hilfen geht der Staat ein Kooperationsverhältnis mit anderen Trägern und Institutionen ein, die aufgrund ihrer Ressourcen, ihrer Kompetenzen beziehungsweise ihrer geschichtlich gewachsenen Rolle für die Erbringung solcher Hilfen ausgewiesen sind, und räumt diesen in gewissem Sinne sogar einen Vorrang bei der Übernahme sozialer Aufgaben ein.“³

GEGENMODELL ZUM ALLES REGELNDEN STAAT

Die Idee der Subsidiarität verdankt sich dem Sozialkatholizismus. In der Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* entfaltete Papst Pius XI. diesen Begriff als Gegenmodell zu einem alles regelnden Staat. Das Subsidiaritätsprinzip beschreibt dabei den Vorrang kleinerer Einheiten einer Gesellschaft bei der Erbringung ihrer Rechte und Pflichten. Was eine kleinere Gemeinschaft tun und leisten kann, soll sie auch umsetzen, da es sich um ihr Recht und ihre Pflicht handelt. Die übergeordneten Ebenen bis hin zum Staat stehen ihrerseits in der Pflicht, einzugreifen, wenn es notwendig ist, um der unteren Ebene bei der Erledigung ihrer Aufgaben zu helfen.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege spielen eine wichtige Rolle im subsidiären Sozialstaat, da sie in großem Maße haupt- und ehrenamtliches Engagement binden. Aktuell arbeiten etwas mehr als 650.000 Menschen in den rund 25.000 Einrichtungen und Diensten, die von etwa 6.450 selbstständigen Rechtsträgern der verbandlichen Caritas getragen werden. Eine Auswertung der Zahlen zeigt, dass mehrere Hunderttausend Ehrenamtliche im

Bereich der verbandlichen Caritas aktiv sind, hauptsächlich im Bereich Kinder- und Jugendhilfe, in der Altenhilfe und den Migrationsdiensten. „Drei Viertel waren weiblich, ebenfalls drei Viertel katholisch, der Ausländeranteil betrug sieben Prozent und die Hälfte der Ehrenamtlichen gehörte der Altersgruppe der 50- bis 74-Jährigen an.“⁴ Diese Zahlen verdeutlichen nicht nur eine kirchliche Verankerung der Caritas. Sie zeigen auch, dass es gelingt, Menschen über unterschiedliche Milieus und weltanschauliche Zuordnungen hinweg für ehrenamtliches Engagement zu begeistern.

Seit den 1990er-Jahren hat die Sozialpolitik Raum für privat-gewerbliche Anbieter geschaffen. Sie setzt bewusst auf Markt und Wettbewerb, um sozialpolitische Ziele zu erreichen. Mit der stärkeren Marktorientierung ist die betriebswirtschaftliche Steuerung bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen auch für die Caritas deutlich verstärkt worden. Die Caritas als Verband gemeinnütziger Organisationen zeichnet sich unter diesen Vorzeichen mehr denn je durch eine Rollenvielfalt aus, die nicht nur zu Spannungen führt, sondern auch eine Chance darstellt. So ist sie in mehrfacher Hinsicht tätig, „als Teil der Kirche und als Wohlfahrtsverband ebenso wie als Unternehmen und Unternehmensverbund, als Trägerin von Einrichtungen und Diensten ebenso wie als Anwältin von Nutzer(inne)n/Klient(inn)en, von zivilgesellschaftlichen und Gemeinwohlinteressen und als Plattform und Verbund zivilgesellschaftlich engagierter Bürgerinnen und Bürger“.⁵

Gerade digitale Möglichkeiten erleichtern es Menschen, sich unabhängig von klassischen Großorganisationen für ihre Belange einzusetzen. Dies stellt eine Herausforderung für Wohlfahrtsverbände dar, deren Rolle sich im Kontext der Willensbildung verändert. „Will die verbandliche Caritas ernst machen mit dem Anspruch als Solidaritätsstifterin und zivilgesellschaftliche Akteurin, muss sie bereit sein, solche selbst organisierten Strukturen als Gesprächs- und Kooperationspartner zu akzeptieren und zu fördern.“⁶

CHRISTLICHER WERTEHORIZONT

Spontane Initiativen bieten gerade dann Entwicklungsperspektiven für die verbandliche Caritas, wenn es gelingt, ehrenamtliches Engagement mit professionellen Strukturen in Verbindung zu bringen. Dies zeigt beispielsweise das ökumenisch-kirchliche Engagement in Osnabrück-Lüstringen.⁷ Ausgehend von der Unterstützung benachteiligter Kinder und deren Familien im Rahmen der Kirchengemeinden, hat sich ein Netzwerk mit unterschiedlichen Partnern und über siebzig ehrenamtlich Engagierten entwickelt. Begonnen hat dieses Engagement mit einer Hausaufgabenbetreuung für benachteiligte Kinder des Stadtteils. Durch dieses Engagement hat sich bei vielen Engagierten der Blick für den Sozialraum ihres Viertels verändert. Nach und nach kamen weitere Projektbausteine hinzu. So entstand unter anderem das

Beratungsangebot „Hilfen im Alter“, das auf das Älterwerden der Stadtteilbewohner reagieren sollte, ohne dass es zunächst durch öffentliche Mittel finanziert gewesen wäre.

2017 wurde eine Beratungsstelle eröffnet, die Hilfen für Seniorinnen und Senioren bündelt: „Wohnraumberatung der Stadt; Sozialberatung mit dem Schwerpunkt Senior/innen der Caritas, Budget- und Schuldnerberatung der Diakonie; Pflegeberatung; Lenkung zu den richtigen Ansprechpartner/innen.“ Die Vielfalt der Kooperationspartner beeindruckt: Neben den Kirchengemeinden sind Arbeitsbereiche der Stadt, die Verbände von Diakonie und Caritas sowie weitere Sozialverbände eingebunden. Dieses Beispiel belegt die Innovationskraft spontaner Initiativen. Es zeigt jedoch auch, dass ehrenamtliches Engagement dann an Grenzen stoßen kann, wenn es um Verstetigung und Finanzierung von Projekten geht.

Wohlfahrtsverbände können zu Begegnungsorten einer vielfältigen Gesellschaft werden, wo Werte erlebbar sind. Dadurch leisten sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Dies gilt auch dann, wenn sie sich in politischen Debatten einmischen und auf Problemlagen hinweisen. Denn unsere Demokratie lebt von einer starken Zivilgesellschaft, die für die Grundprinzipien und Werte der Demokratie eintritt. Dem kommt unser sozialstaatliches Verständnis der Subsidiarität entgegen. Die verbandliche Caritas ist ein konfessioneller Wohlfahrtsverband, der sich einem christlichen Wertehorizont verbunden weiß. Aus diesem Grund sieht er seine Aufgabe darin, über trennende Kategorien hinweg zu verbinden. Durch die Verbindung haupt- und ehrenamtlichen Engagements stärkt er nicht nur die Teilhabe der Menschen. Er stellt auch deren Bedarfe in den Mittelpunkt.

¹ Vgl. www.ktk-bundesverband.de/unserangebotunserearbeit/projekt-demokratie-in-kinderschuhend/das-projekt/das-projekt [Zugriff am 05.04.2019].

² Deutscher Caritasverband: „Eckpunkte zum bürgerschaftlichen Engagement im Verständnis der Caritas. Für eine Kultur der Mitverantwortung“, Fulda, den 15. Oktober 2014, in: neue caritas spezial (2017) 2, 9 (DCV, Eckpunkte).

³ Herbert Haslinger: Diakonie. Grundlagen für die soziale Arbeit der Kirche, Paderborn/Stuttgart 2009, S. 122.

⁴ Martin Becker u. a.: „Ehrenamt – damit der Funke überspringt“, in: neue caritas 120 (2019) 3, 11.

⁵ DCV, Eckpunkte, S. 8.

⁶ Ebd., S. 10.

⁷ Vgl. Petra Potz: „Osnabrück-Lüstringen. Kirchliches Engagement im sorgenden Stadtteil“, in: Karin Vorhoff, Doris Beneke (Hrsg.): Kirche findet Stadt. Zusammenleben im Quartier – Entwicklungspartnerschaften für lebenswerte Quartiere. Leitfaden, Deutscher Caritasverband, Diakonie Deutschland, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung, Berlin 2018, S. 27–29.

Menschen schützen, Menschen helfen

—
Vier Beispiele aus der Praxis

Krankenhausseelsorge: Die Sorge um Kranke und Sterbende ist seit jeher ein zentraler Auftrag der Kirche. Im spezialisierten und ökonomisierten Gesundheitssystem hat er nicht an Bedeutung verloren. Bei der seelsorglichen Zuwendung zu den Kranken geht es vorrangig darum, den einzelnen Menschen in seiner besonderen Würde wahrzunehmen und zu achten – in Angst und Ohnmacht, Aggression, Hilflosigkeit, angesichts von

Sterben und Tod. Es sind schwere Krisen, Grenzsituationen, existenzielle Erfahrungen und persönliche Lebensgeschichten, in die wir als Seelsorger einbezogen werden. Es darf sich nie eine Routine dabei entwickeln; stets handelt es sich um den konkreten Menschen in seiner persönlichen Lebenslage – es gilt, ihm darin von Angesicht zu Angesicht zu begegnen. In einer tieferen Dimension wird die Beziehung zum Herrn lebendig: „Ich war krank und ihr habt mich besucht“ (Mt 25, 36).

Für mich persönlich begann es damit, dass ich berufsbegleitend über zwei Jahre lang die Katholische Akademie des Erzbistums Köln besuchte und dort die Ausbildung zur Krankenhausseelsorgerin erfuhr. Seit 2005 lebe ich in einem Konvent von zurzeit zehn Thuiner Franziskanerinnen am Franziskus-Krankenhaus in Berlin. Während dieser vierzehn Jahre habe ich immer wieder erlebt, was es bedeutet, hart an Grenzen zu arbeiten, dicht bei den Menschen zu sein – direkt vor Ort, nicht anonym, nicht fremd –, im oft hektischen Krankenhausalltag Zeit zum Zuhören mitzubringen, das Leben durch einen anderen Geist zu beleuchten und Ruhe hineinzubringen. Eine besondere Ressource meiner Arbeit erfahre ich im gemeinsamen und persönlichen Gebet und im Gottesdienst. Jesus Christus ist der Maßstab – ER ist Quelle von Trost und Kraft, von Heilung und Segen. ER ist ein Freund des Lebens, der Kleinen, der Schwachen, der Ausgegrenzten und Kranken. Diese „Quelle“ trägt und belebt meinen Einsatz. Ich darf für jeden Einzelnen da sein, ihn in seiner Lebensgeschichte kennenlernen, ihm Empathie und Mitgefühl entgegenbringen und in der persönlichen Begegnung Trost und Kraft vermitteln. Oft bin ich erstaunt über das Vertrauen und die Offenheit, mit denen die Menschen mir begegnen. Wir können miteinander beten oder schweigen, in der Bibel lesen oder einfach über

Gott und die Welt sprechen. Auch Segnungen und Rituale können guttun und wahre Wunder wirken.

Ein Beispiel war eine schwerkranke ältere Frau, sie kam aus Südamerika, und die Tage ihres Lebens waren gezählt. In ihrer Heimat wurde ein Enkelkind geboren, dessen Taufe bevorstand, aber die Großmutter konnte nicht mehr in die Heimat reisen. So kam das junge Elternpaar mit dem Kind zu uns. Im Krankenzimmer organisierten wir kurzerhand, sehr unkonventionell, die Taufe. Es war für die schwerkranke Frau die Erfüllung ihres letzten Wunsches.

Dann gab es ein Paar, das vor Ausbruch einer lebensbedrohlichen Krankheit des Mannes keine Möglichkeit mehr hatte, zu heiraten. So wurden innerhalb kürzester Zeit die notwendigen Dokumente zusammengebracht und durch die Eltern des erkrankten Sohnes eine Blitzhochzeit im Krankenzimmer mit der Standesbeamtin organisiert. Es war für alle Beteiligten ein sehr bewegendes Fest.

Dann erinnere ich mich an einen ehemaligen Piloten, der sich weit vom Glauben entfernt hatte. Durch viele Begegnungen und Gespräche entstand der Wunsch, wieder in die Kirche aufgenommen zu werden, der ihm erfüllt werden konnte. Ebenso lebhaft ist mir die Begleitung eines etwa fünfzigjährigen Mannes in Erinnerung, der angsterfüllt und sehr unruhig, bereits vom Tod gezeichnet, den Wunsch

hatte, noch vieles mitzuteilen. Nach jedem Gespräch bat er, ich möge ihm den Psalm 23 vortragen: „Der Herr ist mein Hirte, nichts wird mir fehlen.“ Er empfing dadurch immer sehr viel Ruhe. So war es nahezu wundersam für seine Frau und eine frühere Partnerin, dass er in großem Frieden gehen konnte. Sein letztes Gebet war dieser Psalm.

Einige Male wurde auch deutlich, wie viel Unversöhntheit das Leben und Sterben noch belastet. Ein Weg zur Versöhnung ist oft möglich. Doch gibt es auch überraschend viele Menschen, die nie besucht werden. Da ist es mir wichtig, einfach da zu sein und ihnen zuzuhören.

Seelsorgliche Begleitung wird vom christlichen Glauben getragen, und so ist

es unerlässlich, sich gegenseitig in der Gemeinschaft und im Glauben zu stärken. Das geschieht konkret in der Teamarbeit der mit mir tätigen Seelsorger, einer evangelischen Pfarrerin und einem katholischen Ordenspriester, die Entlastung und Bereicherung bringt. Großartigen Teamgeist erfahre ich auch auf unserer Palliativstation. Kollegialer Austausch und gegenseitige Unterstützung sowie die Begegnungen und Gespräche mit Ärzten und allen Mitarbeitenden sind mir daher sehr wichtig.

*Schwester Theresa-Maria Neuhaus
Geboren 1953 in Münster (Westfalen),
seit vierzehn Jahren hauptamtliche Seelsorgerin
im Franziskus-Krankenhaus in Berlin.*

Fuerwehr: Es ist Sonntagmorgen, 03.36 Uhr, ich wache von einem lauten, penetranten Piepton auf. Mein Melder geht. Ich lese die kurze Information, „B3-BMA Bahnhof“. Der kurze Text auf dem Display gibt erste Informationen zum Einsatz. In diesem Fall die einlaufende Brandmeldeanlage und der Einsatzort. Ich springe aus dem Bett und in die Kleidung, fahre zur Feuerwache. Die hauptamtlichen Kollegen sind mit dem ersten Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug bereits unterwegs. Wir ziehen uns zügig die Schutzausrüstung, bestehend aus Helm, Brandschutzkleidung, Stiefeln und Handschuhen, an und besetzen das Löschgruppenfahrzeug. Mit Blaulicht und Martinshorn fahren wir angespannt los. Auf dem Weg kommt die Nachricht über Funk: „Fehlalarm!“ Wir werden nicht mehr gebraucht. Rückkehr zur Wache. Um kurz vor fünf geht es wieder nach Hause.

Das ist nur ein Beispiel für einen Einsatz bei der Freiwilligen Feuerwehr. Die Feuerwehr liegt meiner Familie im Blut; meine Brüder sind ebenfalls Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr. Mein Bruder war derjenige, der mich überzeugte, dass die Feuerwehr das Richtige für mich sei. Und so besuchte ich im Mai 2017 den „Tag der offenen Tür“. Mich hat die offene Umgangsweise der Kameraden sehr begeistert, und auch die kommunikative Art der Löschgruppenführung beeindruckte mich sehr. Wir tauschten Kontaktdaten aus, und ich wurde zum ersten Übungsabend eingeladen. Ein halbes Jahr besuchte ich jeden zweiten Montag die Übungen und lernte die anderen Kameraden kennen. Auch der feuerwehrtechnische Umgang mit den Geräten und Fahrzeugen wurde mir nähergebracht.

Im Januar 2018 begann meine Grundausbildung für den Feuerwehrdienst. Über zehn Wochen lang lernte ich die Grundsätze im Feuerwehreinsatz und schloss den ersten Teil der Ausbildung ab. Im laufenden Jahr folgten zwei weitere Ausbildungseinheiten über den Umgang mit Atemschutzgeräten und das Verhalten im „Innenangriff“. Zu diesem Zweck besuchten wir eine Wärmegewöhnungsanlage und erfuhren am eigenen Leib, wie es sich anfühlt, in einem komplett brennenden Raum zu sein.

Auf den Lehrgängen legen die Ausbilder großen Wert auf die korrekte Ausführung der Einsatzszenarien, um im Ernstfall möglichst gut vorbereitet zu sein und Unfällen und Verletzungen vorzubeugen. Aktuell befinde ich mich im letzten Modul der Ausbildung: der Technischen Hilfe. In diesem Lehrgang wird uns zur Rettung eingeklemmter Personen der sichere Umgang mit hydraulischen Spreizgeräten beigebracht.

Es gibt viele Gründe, warum ich mich gern bei der Feuerwehr engagiere. Einer davon ist die Möglichkeit, in Not geratenen Menschen professionell helfen zu können, sei es bei einem Brand, einem Verkehrsunfall oder einer Unwetterlage. Ich schätze den Zusammenhalt als Kameraden untereinander sehr. Man ist im Einsatz- oder Übungsdienst nie allein und kann sich immer auf mindestens einen Truppkameraden verlassen. Es gibt klare Anweisungen, wie ein Einsatz abgearbeitet wird. Nicht jeder Einsatz verläuft nach dem gleichen Schema. So wird für einen Brandeinsatz ein Fahrzeug mit viel Wasser benötigt, und für eine Ölspur ein Fahrzeug, das Bindemittel mit sich führt. Den Umgang mit den Fahrzeugen lernen wir ebenfalls bei unseren Übungsdiensten. Auch das Aufstellen der Drehleiter oder die Wasserversorgung aus einem offenen Gewässer wird uns gelehrt. Dabei helfen erfahrene Kameraden denjenigen, die im Umgang mit manchen Geräten noch nicht so geübt sind.

Insgesamt lebt die Feuerwehr einen freundschaftlichen Umgang; deshalb habe ich mich dort auch sofort wohlfühlt. Es ist schön, zu sehen, wie dankbar Menschen sein können, wenn wir als Feuerwehr helfen konnten.

Deborah Hentschel

Geboren 1991 in Bergisch Gladbach, seit neun Jahren medizinische Fachangestellte in einer chirurgischen Praxis in Köln, ehrenamtliches Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Siegburg als Feuerwehrfrau.

Lohmar hilft – Hilfsprojekt für Hilfsbedürftige, Obdachlose, Brandopfer und zugewanderte Menschen: Was wäre 2015 ohne Internet passiert? Die Botschaft „Wir schaffen das“ ging einher mit Bildern von Millionen flüchtender Menschen, die sich plötzlich in Bewegung setzten – in Richtung Europa. Viereinhalb Jahre später unterschreibe ich diesen Satz der Bundeskanzlerin weiterhin. Runde Tische entstanden, man musste über künftige Aufgaben und ihre Verteilung nachdenken, und all das führte zu einem Sprung ins kalte Wasser.

Jahre vorher hatte ich mich um obdachlose Menschen und Brandopfer gekümmert, Spendenaufrufe sorgten für die notwendigen Dinge und halfen weiter. Ab Januar 2015 standen dann die ersten Menschen aus zig Nationen vor uns, die erst einmal in Lohmar bleiben sollten. Mit Händen und Füßen verständigten wir uns, gemeinsam ging es an die Abholung von Spendenmöbeln, damit wir ein „Zuhause“ schaffen konnten. Soziale Medien boten enorme Hilfe, Unterstützer waren schnell gefunden. Noch heute – Jahre später – bin ich ein großer Fan von Mitwirkung. Die Menschen, die wir damals einbezogen haben, die durch ihre Arbeit mitbestimmen konnten, welche Möbel sie bekamen, haben sich bei uns besonders gut integriert.

Sofortiges Erlernen der deutschen Sprache wurde in den von der Gemeinde organisierten Kursen ermöglicht. In einem Gewächshaus wurden Bekleidungs Spenden gesammelt, eine alte Scheune diente als provisorisches Möbellager. Städtische Lagerkapazitäten gab es keine. Um jeden LKW-Transport mussten wir kämpfen, und so war es nicht weiter verwunderlich, dass mein damaliger PKW in sechs Monaten rund 10.000 Kilometer zurückgelegt hatte. Ohne nennenswerte Unterstützung organisierten wir alles, was gebraucht wurde, und halfen dort, wo es nötig war. Nach sechs Monaten Willkommenskultur gab ich – als Ehrenamtler für die Stadtverwaltung – entnervt auf und wurde über Facebook selbst initiativ: Ein Flüchtlingsnetzwerk Lohmar musste her, um Freiwillige aus dem weiteren Umkreis zu vernetzen.

Mitte 2015 entstanden neue Aufgaben. Turnhallen wurden für die ankommenden Menschen zwischenzeitlich zu einem neuen Zuhause. Für diese Erstaufnahmen wurden Dolmetscher gesucht. Unmengen Kleidung waren notwendig. Mit einer Handvoll Menschen, Schülern aus den internationalen Klassen des Berufskollegs als Dolmetscher, ging es los.

Meine damalige Zeit im Katastrophenschutz des DRK Köln war mir eine Riesenhilfe. Unsere Hilfsorganisationen vor Ort kümmerten sich um Erstaufnahmen. Wenn um 23.00 Uhr ein Anruf kam und etwa die Ankunft von 150 Menschen um 05.00 Uhr morgens in Halle X ankündigte, riefen wir über soziale Netzwerke zu Spenden auf, richteten Spendenannahmestellen ein und organisierten einen Shuttle. Alle Helfer wurden zusammengetrommelt, und los ging es. Nach der Erstaufnahme wurde dann die Organisation der Kleiderkammer an die jeweilige Stadt übergeben – und dann weiter zum nächsten Ort.

Während des ganzen Sommers 2015 organisierten wir im gesamten Rhein-Sieg-Kreis die logistische Unterstützung von Hallen zur Unterbringung von 150 bis 300 Menschen. Wir waren „Wandervögel“, die mit einem enormen Aufwand an Zeit und Fahrtkosten – die nie erstattet wurden – loslegten.

Versichert waren wir ebenfalls nicht, da wir ohne öffentlichen Auftrag unterwegs waren, und sogar die Hepatitis-Impfungen der Helfer mussten selbst finanziert werden. Zur Gründung eines gemeinnützigen, eingetragenen Vereins blieb keine Zeit.

Drei Monate lang unterhielten wir mit rund fünfzig Helfern in Siegburg eine Sammelstelle für Spenden, im hiesigen Schulzentrum Neuenhof wurden 300 Menschen zunächst dauerhaft in einer Turnhalle untergebracht. Der Materialbedarf war enorm.

Aufgrund einer Neuvermietung mussten wir im Herbst 2015 dort ausziehen und standen mit 8.000 Kartons Spendenmitteln auf der Straße. 1.500 Euro Fahrgeld, Helferverpflegung und Verpackungsmaterial waren von uns selbst finanziert worden. Erstattung Fehlanzeige. Die Firma Thurn in Troisdorf stellte uns kostenlose Lagermöglichkeiten in einem Hochregallager zur Verfügung. Bis 2018 wuchs unser Lagerbestand auf 359 Paletten, rund 200 Tonnen Bekleidung. Ein erneuter Umzug mit Unterstützung des THW Bonn-Beuel führte uns ins Gewerbegebiet Stadtpark nach Troisdorf. Hier unterhalten wir nun Hallenlagerflächen von rund 900 Quadratmetern.

Inzwischen gibt es auch eine Arbeitseingliederung für motivierte zugewanderte Menschen, die über ein bestimmtes Deutsch-Level (mindestens A2) verfügen. Nach einem Praktikumseinsatz in unserem Lager erfolgt eine Vermittlung mit Probearbeit in Ausbildung oder Festanstellung. Fünfzehn Ausbildungsverträge und rund dreißig Vollzeitstellen gingen 2018 auf unser Konto. Viele 450-Euro-Stellen wurden für Teilnehmer noch laufender Deutschkurse gefunden. Jeder, der bei uns mitarbeitet, erhält darüber hinaus Unterstützung bei der Wohnungssuche und -einrichtung.

Auch unsere Obdachlosenarbeit haben wir dabei nie aus den Augen verloren. Inzwischen verteilen sechs Helfergruppen in Köln und Bergisch Gladbach rund 450 warme Mahlzeiten pro Woche. Administrativ werden diese

Gruppen mit Material aus unserem Lagerbestand und mit Fremdmitteln zum Lebensmitteleinkauf unterstützt. Ich selbst betreue zwanzig obdachlose Menschen, die auf einem Campingplatz leben.

Die Vernetzung mit allen lokalen Sozialträgern im Umkreis und allen Sozialkaufhäusern ermöglicht eine bürokratiefreie Arbeit. Wir bieten soziale Praktika für Schüler der umliegenden Schulen sowie Suchtberatung an.

Der Finanzaufwand unserer Initiative „Lohmar hilft“ ist inzwischen auf rund 24.500 Euro angestiegen, wobei darin die Kosten für die Lagerhallenmiete nicht enthalten sind. Allein schon aus dieser fiskalischen Notwendigkeit heraus ist die Gründung eines gemeinnützigen Vereins als „e.V.“ nun überfällig.

Der NRW-Finanzminister hat mir in einem „netten“ Brief mitgeteilt, dass das, „was Sie da treiben“, eine „Liebhaberei“ sei. Würden mir nicht jeden Tag gut integrierte Menschen begegnen, die heute nach fast viereinhalb Jahren mit beiden Beinen im Leben stehen, deren damals kleine Kinder inzwischen auf dem Weg zum Abitur sind, die Weihnachten mit uns zusammen feiern oder einfach zu Freunden geworden sind, würde ich ihm möglicherweise recht geben.

„Wir schaffen das“ ist auch 2019 noch ein Thema. Die Zusammenarbeit mit Behörden hat sich entscheidend verbessert, wir sind alle aufeinander eingespielt; sogar mit den Stadtverwaltungen ist eine Zusammenarbeit inzwischen fast ohne Reibungsverlust möglich.

Im Sommer 2018 richtete ein Großbrand in Siegburg neben einer Trasse der Deutschen Bahn an sieben Häusern enorme Schäden an. Durch unser Lager konnten wir alle Betroffenen schnell versorgen; die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung lief so gut ab, dass in nur zwei Wochen über fünfzig Wohnungen zur Unterbringung evakuierter Bewohner gefunden wurden, zwanzig LKW-Ladungen Spendenmöbel und neun Tonnen Bekleidungs-spenden verarbeitet werden konnten. Die Häuser sind inzwischen wieder aufgebaut, und wir stehen immer noch in Kontakt zu den damaligen Betroffenen. Wir schaffen das ...

Manu Gardeweg

Geboren 1964 in Bergisch Gladbach, Versicherungskauffrau mit Ausbildereignung, seit 1999 freiberuflich als Dozentin in der Erwachsenenbildung, Berufsbegleiterin und private Arbeitsvermittlerin (ehrenamtlich mit Schwerpunkt Asylrecht für ihre Klienten) tätig.

Bundeswehrein-sätze im Ausland: Dienen ist out? Verdienen ist in? Die deutschen Einsatzkräfte im Irak agieren unter dem Mandat des Deutschen Bundestages zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung Iraks. Damit sind sie der irakische Teil des Kontingents; der andere Teil mit der Gesamtkontingentführung ist in Jordanien stationiert.

Unser Auftrag hier in Kurdistan und im Zentralirak ist die Beratung der Partner auf ministerieller Ebene, die Ausbildung von Streitkräften und die Ertüchtigung dieser Streitkräfte durch Baumaßnahmen oder Übergabe etwa von Ausbildungshilfsmitteln. Dabei sind diese Aufgaben nicht nur am jeweiligen Bedarf und der Zielsetzung der Ausbalancierung, das heißt sowohl in Kurdistan als auch im Zentralirak, sondern auch insbesondere an einer Nachhaltigkeit ausgerichtet. Schwerpunkt ist die Ausbildung, bei der wir

sowohl in Erbil als auch in Taji (nordwestlich von Bagdad) innerhalb verschiedener thematischer Vorgaben (ABC-Abwehr [Reduzierung der Wirkung von ABC-Kampfmitteln auf eigene Truppen und Infrastruktur], Logistik, Pionierwesen, militärische Führerausbildung) die hiesigen Streitkräfte befähigen, ihre Ausbildungen in diesen Bereichen eigenständig durchzuführen. Die Lehrgänge dauern zwischen zwei und sechzehn Wochen, abhängig vom Thema und vom Ausbildungsort.

Im Bereich der Ertüchtigung unterstützen wir unter anderem beim Bau eines Militärkrankenhauses oder Ausbildungseinrichtungen, meist in Containerbauweise. Außerdem stellen wir Rechner, Beamer, Whiteboards und anderes zur Verfügung, um eine Ausbildung zu ermöglichen. Die Berater sind sowohl im irakischen Verteidigungsministerium als auch im kurdischen Ministerium der Peschmerga tätig – von der Beratung im Bereich Organisationsstrukturen bis hin zu Personalmanagement und Budgetfragen. Ferner werden unsere Soldaten sowohl vor Ort im deutschen als auch im multinationalen Stab der Task-Force einer internationalen Allianz gegen den Islamischen Staat (*Combined Joint Task Forces der Operation Inherent Resolve*, HQ CJTF OIR) eingesetzt, davon der Großteil in Bagdad, wenige in Kuwait.

Das Kontingent im Irak wird derzeit hauptsächlich durch die Kräfte des Fallschirmjägerregiments 26 aus der Luftlandebrigade 1 gestellt. Insgesamt waren zeitweilig jedoch parallel Soldatinnen und Soldaten aus vierzig verschiedenen Truppenteilen im Einsatz. Das macht die Sache interessant, aber auch herausfordernd,

denn der gemeinsame Erfolg hängt nicht zuletzt vom Zusammengehörigkeitsgefühl ab. Und da jeder seine eigenen Erfahrungen und Vorstellungen einbringt, kann man viel voneinander lernen, es gibt aber auch viele unterschiedliche Ansätze, an Dinge heranzugehen, die man koordinieren und unter einen Hut bringen muss.

Unabhängig von der Herkunft, dem Hintergrund und der Aufgabe wird eine markante Eigenschaft der Angehörigen des Kontingents jedoch deutlich: das Engagement, der Wille, mehr zu leisten, als man erwarten kann und das andere generell zu tun bereit sind. Und das erinnert mich an eine Aussage eines meiner früheren Kommandeure: „Dienen ist out, verdienen ist in.“ Wenn ich an meine Soldaten gegenwärtig im Einsatz denke, weiß ich, dass dies hier *nicht* gilt. Man kann über den Sinn und Zweck von Auslandseinsätzen denken, was man will. Hier hat jeder seine persönliche Meinung. Aber wenn einmal im Bereich der Politik die Entscheidung für einen Einsatz getroffen wurde, sind es letztlich die Soldaten, die dieser politischen Absicht ein Gesicht verleihen und Wege finden, sie pragmatisch umzusetzen.

Man hört auch immer wieder Aussagen, dass bestimmte Soldaten nur wegen des Auslandsverwendungszuschlags in einen Einsatz gehen. Für mich zeigt dies aber nur, wie wenig manche Leute von unserer Motivation als Soldat grundsätzlich und bezüglich Einsätzen im Besonderen verstehen. Der Einsatz für das Allgemeinwohl, und so sehe ich einen Einsatz, ist, wie es immer so schön heißt, eben kein Dienst wie jeder andere und damit weit weg von rein monetären Gründen. Ich

sehe bei den Soldaten durch die Bank ein deutliches Engagement über das Durchschnittliche hinaus. Und dieses Engagement ist eben genau das, was unsere Gesellschaft weiterbringt und auch Berufe wie unseren von vielen anderen unterscheidet. Und dies betrifft nicht nur uns. Auch die vielen anderen Berufe und Aufgaben, wie zum Beispiel bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem Fußballverein, dem Naturschutzbund und den vielen anderen Vereinen in allen Bereichen unserer Gesellschaft, wo sich Menschen jeden Tag oder jedes Wochenende freiwillig und ohne Bezahlung engagieren, fordern nun einmal mehr, als mancher „Durchschnittsbürger“ zu geben bereit ist, und dies verlangt eben auch Anerkennung.

Sicherlich kann man vieles outsourcen beziehungsweise für Geld bereitstellen, aber wenn jeder nur darauf schaut, wo er oder sie mehr Geld verdienen kann und wo man die höchste materielle Anerkennung erhält, sind wir leider an einem Punkt angekommen, der uns nicht weiterbringt und damit langfristig den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet. Der Staat kann viel für uns regeln und bereitstellen, aber letztlich sind wir es, die diesen Staat mit Leben füllen, aber auch mit unseren Steuern die Leistungen finanzieren.

Und Soldaten sind genau dazu bereit: sich diesem Dienst zu stellen. Sie sind bereit, unter sehr widrigen Bedingungen (Hitze, Kälte, Staub, eingeschränkte Hygiene), weit weg von Familie, Freunden und dem gewohnten Umfeld, viele Stunden am Tag und in der Woche, in einem fremden Kulturkreis, oftmals unter ständiger Bedrohung und somit unter Einsatz

ihres Lebens eine Aufgabe zu erfüllen, für die sie ausgebildet sind, was aber nicht immer durch Außenstehende honoriert wird.

In einem finden Soldaten jedoch ihre Bestätigung: in der Zusammenarbeit mit den eigenen und multinationalen Kameraden hier im Einsatz. Wenn man als Team eine Aufgabe schafft, merkt, wie die Teile zusammenarbeiten, dann stellt sich Zufriedenheit weit weg vom monetären Verdienst ein. Und gerade in unserem Einsatz zeigt sich das häufig. Wenn die Ausbilder es schaffen, den irakischen Soldaten etwas zu vermitteln, dabei auch erkennen, dass dies auf einem Plan basiert, der durch einen Kameraden im Hauptquartier in Verbindung mit anderen Nationen erstellt wurde, und dies mithilfe des Bereichs Ertüchtigung durch die Bereitstellung eines Klassenraums ermöglicht wird, zeigt sich, wie Hand in Hand gearbeitet wird. Auch wenn die Kameraden aus den unterschiedlichsten Truppenteilen und Organisationsbereichen der Bundeswehr kommen: Spätestens beim Sport oder abends in unserer Betreuungseinrichtung ist jede Unterschiedlichkeit vorbei. Dann zählt nur die Gemeinsamkeit, dass man zusammen einen Auftrag erfüllt, aber auch gemeinsam die Familie und andere Dinge vermisst.

Oberst i. G. Markus Schneider
Geboren 1966 in Siegen, Dezember 2018
bis Juli 2019 im Einsatz als Fhr DEU Kr
Capacity Building Iraq (Einsatz Counter
Daesh / Capacity Building Iraq), in Deutschland
Abteilungsleiter Logistik (G4) der Division
Schnelle Kräfte in Stadtallendorf.

Entwicklung nachhaltig gestalten

Das weltweite Engagement der Deutschen Gesellschaft
für Internationale Zusammenarbeit

TANJA GÖNNER

Geboren 1969 in Sigmaringen,
Vorstandssprecherin, Deutsche
Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH.

Viele Unternehmen haben in den letzten zehn Jahren dem gesellschaftlichen oder sozialen Engagement, oft auch *Corporate Social Responsibility* genannt, einen wachsenden Stellenwert beigemessen. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) als Bundesunternehmen nimmt in diesem Bereich eine besondere Rolle ein, denn ihr „Unternehmenszweck“ fußt auf gesellschaftlichem Engagement und drückt sich in der Vision aus: „Wir arbeiten weltweit für eine lebenswerte Zukunft.“

In den letzten Jahren ist die Zahl der Kooperationsländer, in denen Konflikte schwelen oder bereits ausgebrochen sind, stark angestiegen. Aber auch in Kooperationsländern, in denen Frieden herrscht, sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen oft schwierig. Dennoch zieht die Perspektive, „etwas zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen zu können“, mehr als

3.000 Auslandsmitarbeiter und Entwicklungshelfer in die Ferne.¹ Unterstützt werden sie von mehr als 14.000 einheimischen Ortskräften in den jeweiligen Ländern. Außerdem sind an den Standorten innerhalb Deutschlands mehr als 4.000 Mitarbeiter verschiedenster Funktionen beschäftigt.

Gesellschaftliches Engagement findet in der GIZ auf zwei verschiedenen Ebenen statt: als unternehmerisches Ziel und im persönlichen Engagement und Gemeinsinn der Mitarbeiter. Beide Ebenen sind eng miteinander verflochten. Als Bundesunternehmen unterstützt die GIZ die Bundesregierung bei der Verwirklichung ihrer Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung. Weltweit sind wir außerdem in der internationalen Bildungsarbeit aktiv.

Dabei ist Nachhaltigkeit das Leitprinzip unseres Handelns. Nachhaltigkeit ist uns Auftrag und Verpflichtung zugleich. Wir arbeiten in der Überzeugung, dass nur das Zusammenspiel von sozialer Verantwortung, ökologischem Gleichgewicht, politischer Teilhabe und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auch künftigen Generationen ein Leben in Sicherheit und Würde ermöglicht. Deshalb ist eine nachhaltige Entwicklung nicht erst seit der 2016 in Kraft getretenen „Agenda 2030“, sondern bereits seit Beginn des neuen Jahrtausends das Leitprinzip der GIZ.

„ENTWICKLUNGSPOLITIK 2030“

Hauptauftraggeber für unsere vielfältigen Projekte unterschiedlicher thematischer Ausrichtungen ist im gemeinnützigen Bereich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das zusammen mit dem Bundesministerium der Finanzen auch die Gesellschafterin vertritt. Zudem werden wir von weiteren Bundesressorts, wie beispielsweise dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat beauftragt. In unserem steuerpflichtigen Wirtschaftszweig (*GIZ International Services*) arbeiten wir gewinnorientiert. Auftraggeber können andere Staaten, andere Geber, weitere Organisationen oder auch Unternehmen sein.

Etwa achtzig Prozent aller Aufträge erhält die GIZ vom BMZ, immer häufiger auch im Wettbewerb. Das BMZ trifft die Entscheidung, in welchen Bereichen und zu welchen Fragestellungen die Bundesrepublik im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aktiv wird. So hat es im Jahr 2018 sein strategisches Dokument „Entwicklungspolitik 2030“ erarbeitet. Grundlage dieser Strategie sind politische und wirtschaftliche Interessen Deutschlands sowie multilaterale Abkommen, zu deren Umsetzung sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat, wie zuletzt die „Agenda 2030“ oder das Klimaschutzabkommen von Paris. Die „Agenda 2030“ wiederum verknüpft

Entwicklungsziele mit globaler Nachhaltigkeit. Damit zielt sie – anders als die Pariser Deklaration 2005 – nicht nur auf die Entwicklung bestimmter Länder, sondern auf die Lösung globaler Herausforderungen ab, bei der alle Staaten, die Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft gleichermaßen gefragt sind.

Auf Ebene des Unternehmenszwecks will die GIZ dazu beitragen, Lebensbedingungen in den Partnerländern der deutschen Entwicklungs- und internationalen Zusammenarbeit zu verbessern. Bereits seit den 1990er-Jahren verfestigte sich die Erkenntnis, dass Investitionen und die Öffnung der Märkte allein keine nachhaltige Entwicklung absichern können, wenn es an *Good Governance*, guter Regierungsführung, mangelt. Hierzu zählen beispielsweise Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Kompetenzen in partizipativer Planung, im Management öffentlicher Finanzen, Eindämmung von Korruption, regelmäßige Durchführung freier und geheimer Wahlen. Länder, deren Regierungen öffentliche Ressourcen nicht in produktive Sektoren leiten können, denen es an Vertrauen ihrer Bürger und der Privatwirtschaft in die Rechtsstaatlichkeit, an gesellschaftlichem Engagement und politischer Teilhabe in ihren Gesellschaften fehlt, entwickeln sich im Durchschnitt langsamer als Länder, denen das besser gelingt.

WILLEN ZUR VERÄNDERUNG

Doch gute Regierungsführung kann nur gedeihen, wenn die Partnerländer die Verantwortung für ihre Entwicklung und deren Gestaltung übernehmen. Diese Erkenntnis führte zu den in der Erklärung von Paris niedergelegten Prinzipien einer beiderseitigen Verantwortung für Entwicklungsziele des Partnerlandes und einer Kooperation auf Augenhöhe, denen auch die GIZ verpflichtet ist.

Damit *Good Governance* umgesetzt werden kann, sind der politische Wille zur Veränderung und Zielerreichung sowie das Wissen um Lösungsansätze im Partnerland erforderlich. Wie können diese an die lokalen Verhältnisse und Bedürfnisse angepasst und in wirksamen Prozessen umgesetzt werden? Diese Kompetenzen für *Good Governance* sind oft nur schwach ausgeprägt; deshalb unterstützt die GIZ den Aufbau dieser Kenntnisse und ihre Anwendung auf gesellschaftlicher, organisationaler und individueller Ebene. Hierzu arbeitet die GIZ in ihren Kooperationsländern nicht nur mit Regierungen, sondern auch mit Mittlerorganisationen, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft sowie den politischen Stiftungen zusammen. Die Einbindung insbesondere der Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Element zur Erhöhung von Teilhabe der Bevölkerung an politischen und gesellschaftlichen Prozessen. Eine gut informierte Bevölkerung, die ihre Rechte kennt, kann die Umsetzung von Reformen sehr viel besser einfordern und begleiten und auch besser für die Berücksichtigung ihrer Belange sorgen.

Deutschland kann auf mehreren Gebieten erfolgreiche Modelle und Methoden vorweisen, die in unseren Kooperationsländern Interesse finden: Neben Umweltschutz, regenerativen Energien oder dem Dualen Ausbildungssystem gehört auch die Dezentralisierung dazu. Dezentralisierung bedeutet die Übertragung staatlicher Aufgaben von der zentralen auf die kommunale Ebene, damit sie von den Kommunen mit ihren gewählten Vertretern – wie in Deutschland – bürgernäher geplant und umgesetzt werden können. Eine gut umgesetzte Dezentralisierung fördert auch die Demokratie. Keines der deutschen Modelle lässt sich jedoch eins zu eins in den Kooperationsländern umsetzen; so auch nicht die Dezentralisierung.

Ein wichtiger Aspekt ist aus unserer Sicht der Dialog zwischen den Kommunen und den Bürgern sowie der organisierten Zivilgesellschaft. Damit dieser auf Augenhöhe ablaufen kann, werden Bürger und Zivilgesellschaft gefördert, ihre Rechte und Pflichten zu kennen. So können sie kompetent an Planungsprozessen teilnehmen und Rechenschaft staatlicher Institutionen einfordern. In der Folge werden in der partizipativen Kommunalplanung Bürgeranliegen und -bedarfe stärker berücksichtigt sowie Dienstleistungen bürgernäher gestaltet, indem etwa Informationen über die Kommunal Finanzen öffentlich ausgehängt werden.

Die Arbeit der GIZ als eines Unternehmens für nachhaltige Entwicklung wirkt nur dann glaubwürdig, wenn auch die eigenen Prozesse nachhaltig gestaltet sind. Deshalb engagieren wir uns auf vielfältige Weise, beispielsweise im Rahmen der Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit oder durch unternehmensweite Initiativen wie den *Corporate Sustainability Handprint*[®] und einen Nachhaltigkeitswettbewerb. Die Erfahrungen damit und mit den zahlreichen bestehenden Mitarbeiterinitiativen an den deutschen GIZ-Standorten zeigen, dass das freiwillige Engagement entscheidend zur Akzeptanz, zum Mainstreaming und somit auch zur Glaubwürdigkeit unternehmerischer Nachhaltigkeit in der GIZ beiträgt.

BEEINDRUCKENDE ERGEBNISSE

Alle Kooperationsvorhaben, ob sie nun zu landwirtschaftlichen Fragestellungen, zur Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit oder in anderen Bereichen stattfinden, sollen auch immer sogenannte Querschnittsthemen bearbeiten. Dies sind Themen, die unseren Auftraggebern und der GIZ wichtig sind: Die Gleichberechtigung der Geschlechter (*gender*) und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen fallen ebenso darunter wie Umwelt, Klima oder Menschenrechte. Inwiefern sie in den Kooperationsvorhaben mit Leben erfüllt werden, hängt stark vom Engagement der Vorhabensleitung und der Mitarbeiter – der nationalen, der entsandten und der Entwicklungshelfer – ab.

In vielen Vorhaben engagieren sich die Mitarbeiter über ihre eigentlichen Aufgaben hinaus und erzielen beeindruckende Ergebnisse.

So hat beispielsweise die Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Vereinigungen von Menschen mit Behinderungen in einem Kooperationsvorhaben zu beruflicher Bildung in Togo einen Dialog mit der togoischen Arbeitsagentur entstehen lassen. Menschen mit Behinderungen können ihre Belange nun in den kommunalen Komitees zu beruflicher Bildung gezielter einbringen. Seit 2017 engagieren sich zudem Handwerker mit Behinderungen in den Partnerstädten ehrenamtlich: Sie unterstützen die lokalen Arbeitsagenturen bei der Beratung junger Frauen und Männer mit Behinderungen, die gern eine Ausbildung aufnehmen möchten, sowie ihrer Eltern und auch der betrieblichen Ausbilder. Zu häufig scheitert die Aufnahme einer Ausbildung an der Annahme, dass ein Mensch mit Behinderungen dies nicht leisten könne und für die Familie nur eine Last darstelle. Zu häufig sind Kinder mit Behinderungen daher auch nicht zur Schule gegangen, obwohl die Behinderung sie nicht am Lernen gehindert hätte. Und zu häufig schrecken Handwerksmeister von der Aufnahme eines/r Auszubildenden zurück, weil sie sich überfordert sehen, den Lehrplatz der Behinderung angemessen auszustatten. Eine Beratung durch Handwerker mit Behinderungen kann hier Wunder wirken und ungeahnte Perspektiven eröffnen.

Zusammen mit dem Angebot, der Ausbildung eine funktionale Alphabetisierung vorausgehen zu lassen, in der berufsabhängiges Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt wird, entsteht damit für eine bislang stark benachteiligte Bevölkerungsgruppe eine zweite Chance, im Arbeitsmarkt aktiv zu werden und dadurch auch eine viel stärkere Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben zu erhalten.

Diese Beispiele aus unserer Arbeit zeigen, wie wichtig kooperative Ansätze sind, um Entwicklungsprozesse wirksam und nachhaltig zu fördern. Das größte Kapital der GIZ, um diese Arbeit zu leisten, sind engagierte Mitarbeiter, die aus ihrer Motivation heraus an innovativen Lösungsansätzen arbeiten. Sie setzen sich vor Ort in unseren Partnerländern, aber auch in Deutschland für viele gesellschaftlich wichtige Themen ein und tragen damit auf vielfältige Weise zum Erfolg der GIZ bei. So konnten beispielsweise durch von der GIZ umgesetzte Kooperationsvorhaben 34 Millionen Menschen von mehr politischer Mitbestimmung profitieren. 29 Millionen Schüler haben eine bessere Ausbildung erhalten, vierzehn Millionen Menschen wurden unterstützt, mit dem Klimawandel besser umgehen zu können.

Hinweis zur geschlechtsspezifischen Diversität

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in diesem Beitrag auf eine durchgängige geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet. Die Angehörigen des jeweils anderen Geschlechts sind mitgemeint.

¹ Alle genannten Personalzahlen entsprechen dem Stand 12/2018.

„Pflegekräfte leisten Großartiges“

—
Impulse zu einem Angstthema

ANDREAS WESTERFELLHAUS

Geboren 1957 in Rheda-Wiedenbrück, 2001 bis 2008 Vize-Präsident, 2009 bis 2017 Präsident des Deutschen Pflegerates, seit 2018 Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege.

Das Thema Pflege ist vielschichtig und geht jeden an – sei es aus eigener Betroffenheit als Pflegebedürftiger, als pflegender Angehöriger, als professionelle Pflegekraft oder in der Sorge um die eigene Zukunft oder die von nahestehenden Menschen. Oft ist es mit Angst und Ungewiss-

heit besetzt. Menschen sorgen sich, als Pflegebedürftige nicht mehr selbstbestimmt leben zu können oder überfordert zu sein mit der Pflege anderer.

Damit Pflegebedürftige ihren Alltag selbst gestalten können, sind gegenwärtig gewaltige Herausforderungen zu meistern. Vor allem brauchen wir genügend Menschen, die bereit und fähig sind, zu pflegen – professionell und ehrenamtlich. Eine zentrale Säule in der Versorgung Pflegebedürftiger sind die Angehörigen. Gegenwärtig leben von 3,4 Millionen Pflegebedürftigen 2,6 Millionen in der eigenen Häuslichkeit und erhalten meist großartige

Unterstützung von Angehörigen, Nachbarn und Freunden. Um die häusliche Pflege zu stärken und dafür Sorge zu tragen, dass die Überlastung bei den Pflegepersonen nicht überhandnimmt, wurde in der letzten Legislaturperiode der Anspruch auf Entlastungsleistungen ausgebaut. Weitere Schritte müssen folgen. Denn immer noch gibt es in manchen Regionen keine ausreichenden Tages- und Kurzzeitpflegeangebote. Es müssen mehr Anreize für Anbieter geschaffen und die Auslastung muss gesichert werden. Innovative Ansätze, wie die Errichtung zentraler Onlineportale, anhand derer sich Pflegebedürftige über freie Plätze in ihrer Nähe informieren können, können zu einer verbesserten Auslastung und schnelleren Inanspruchnahme führen.

Auch Unterstützungsangebote, wie etwa die haushaltsnahen Dienstleistungen, sind ausbaufähig. Der Bundesgesetzgeber ist auch in dieser Frage aktiv geworden: Gemäß dem am 14. März 2019 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Terminservice- und Versorgungsgesetz (TVSG) werden reine Betreuungsdienste (zum Beispiel Haushaltshilfe) für die Erbringung von Sachleistungen in der ambulanten Pflege zugelassen. Damit verbessert sich die Pflege zu Hause, weil mehr Berufsgruppen zur Versorgung zur Verfügung stehen.

INDIVIDUELLES LEBENSKONZEPT FÜR ALLE BETEILIGTEN

Damit Pflegebedürftige einen besseren Überblick über die ihnen zustehenden Leistungen erhalten und sie flexibel nutzen können, sollten die Leistungsbeiträge zu einem Entlastungsbudget zusammengefasst werden. Auch hier können digitale Lösungen unterstützend wirken, um den Überblick über bereits abgerufene und noch zur Verfügung stehende Leistungen zu behalten. Solche Maßnahmen bieten eine Erleichterung in der Organisation und entlasten Pflegebedürftige und Pflegepersonen.

Häusliche Pflege wird zu einem bestimmenden Teil des eigenständigen und individuellen Lebenskonzepts aller Beteiligten. Für die Pflegepersonen entsteht oft eine Mehrfachbelastung durch Beruf, Familie und Haushalt; eigene Interessen und Bedürfnisse werden oftmals vernachlässigt. Studien weisen größere psychische und physische Gesundheitsbeeinträchtigungen nach. Daher sind ergänzende Strukturen notwendig, die dazu beitragen, dass häusliche Pflege Teil eines „normalen“ Lebens für die Beteiligten wird. Sie darf nicht isoliert aus der Perspektive des Pflegebedürftigen betrachtet werden, sondern als individuelles Lebenskonzept für alle Beteiligten. Eine umfassende, individuelle, koordinierende Begleitung und Beratung kann hierbei unterstützen.

Die bisherigen gesetzlichen Ansprüche auf Pflegeberatung sowie Pflegekurse für pflegende Angehörige reichen allerdings nicht aus, da sie keine genaue Betrachtung der jeweiligen Lebensumstände und zwischenmenschlichen

Beziehungen leisten können. Sie bieten zwar gute, punktuelle, allgemeingültige Unterstützung, insbesondere wenn es um ein Fallmanagement zur Inanspruchnahme von Leistungen der Pflegeversicherung oder die Vermittlung von Fachkenntnissen zur Pflege geht, können jedoch nicht die persönlichen Bedürfnisse der Beteiligten in der häuslichen Pflege erfassen und gezielt stärken.

Wenn Menschen plötzlich pflegebedürftig werden, brauchen sowohl sie als auch ihre Angehörigen Unterstützung und Beratung. Deshalb sollten die Beratungsbesuche nach Paragraph 37 Absatz 3 Sozialgesetzbuch XI – die sogenannten „Kontrollbesuche“ – durch eine koordinierende Beratung mit regelmäßigen Besuchen ersetzt werden, die auf ein stimmiges, gut austarierendes „Pflegesetting“ abzielt. Pflegebedürftige und Pflegenden müssen auch die Möglichkeit haben, vertrauensvoll und unabhängig auch heikle Themen wie Scham, Aggressionen oder Wut ansprechen zu können. Zwischenmenschliche Probleme, Konflikte und Gefühle müssen besprochen werden, bevor Situationen eskalieren. Ein koordinierender Pflegeberater („Pflege-Ko-Pilot“) könnte diese Aufgabe übernehmen und darüber hinaus eine Lotsenfunktion einnehmen, indem er die Pflegehaushalte mit bestehenden, gut etablierten, regional professionellen, aber auch ehrenamtlichen Hilfs-, Beratungs- und Leistungsstrukturen vernetzt.

WEG VON DER BEVORMUNDUNG!

Die Einführung eines „Pflege-Ko-Piloten“ kann wesentlich dazu beitragen, Pflegebedürftige und Pflegepersonen zu befähigen, ihre Bedürfnisse und Belange ins Gleichgewicht zu bringen, die Voraussetzungen für ihre Teilhabe schaffen und nicht zuletzt die gesundheitliche Situation und die Lebensqualität aller Beteiligten verbessern. Dies entspricht dem Paradigmenwechsel, der mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff angestrebt wurde: weg von der Bevormundung der Pflegebedürftigen hin zu individueller Unterstützung bei der Gestaltung des Alltags.

Das gilt auch für die stationäre Pflege, die sich ebenfalls an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen ausrichten muss – und nicht umgekehrt. Um das zu gewährleisten, ist ausreichendes und gut qualifiziertes Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen grundlegend. Denn Pflegekräfte leisten Großartiges für die ihnen anvertrauten Pflegebedürftigen und Patienten. Sie engagieren sich oftmals über den „normalen“ Dienst hinaus, den es in der Pflege meist per se schon nicht gibt. Viele Pflegekräfte schaffen das Arbeitspensum jedoch nicht mehr, da es an fähigen Kollegen mangelt. Zum Schutz vor Überforderung und Burnout gehen sie in Teilzeit oder verlassen das Berufsfeld – obwohl sie ihren Beruf lieben. Wenn dieser Entwicklung nicht sofort entgegengesteuert wird, werden immer mehr Fachkräfte fehlen,

die für die steigende Anzahl Pflegebedürftiger eine menschenwürdige Versorgung sicherstellen. Pflegekräfte im Beruf zu halten, mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen und ehemalige Pflegekräfte in den Beruf zurück-zuholen, ist daher das Gebot der Stunde. Dabei geht es nicht allein um eine attraktive und gerechte Vergütung, sondern vor allem auch um zeitgemäße Arbeitsbedingungen, sprich um verlässliche Regelungen für die Arbeitszeit und die Freizeit. Unfreiwillige Teilzeitregelungen darf es nicht mehr geben, genauso wenig wie immer wieder neu befristete Arbeitsverträge.

„KONZERTIERTE AKTION PFLEGE“

Die Pflege fordert Anerkennung als eigenständige Profession und benötigt einen entsprechenden Rahmen. Am 13. Juli 2018 von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey, und Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, gestartet und koordiniert durch das Bundesgesundheitsministerium, werden in der partei- und ressortübergreifenden Konzertierte Aktion Pflege (KAP) bis zum Juni 2019 konkrete Verbesserungsmaßnahmen unter Einbeziehung führender Köpfe des Sozialsystems und relevanter Akteure in der Pflege vereinbart. Die Bundesregierung hat damit deutlicher denn je das Thema Pflege in den Fokus genommen. Die Politik kann aber nicht alles regeln – gerade beim Thema Arbeitsbedingungen sind vor allem die Arbeitgeber gefragt. Nun müssen auch die Verantwortlichen in der Pflege zeigen, dass sie es ernst meinen, und in der KAP verbindliche Zusagen machen. Und wir brauchen das Engagement der Einrichtungen und Träger vor Ort, dies alles in die Praxis umzusetzen, damit die pflegebedürftigen Menschen auch künftig in Deutschland gut versorgt sind.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz, den Pflegepersonaluntergrenzen und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Pflegeberufe wichtige gesetzliche Regelungen auf den Weg gebracht. Parallel dazu wurden 13.000 zusätzliche Stellen in der Altenpflege geschaffen, Tariflohnsteigerungen werden refinanziert, und die Krankenkassen finanzieren den Krankenhäusern alle zusätzlichen Pflegestellen.

Das sind erste spürbare Schritte, weitere müssen folgen. Hierbei sind alle Akteure gefragt, vor allem die Berufsgruppe der Pflegenden, die selbst am besten weiß, wie man diesen Beruf ausgestalten kann. Zur Frage, wie wir mehr Pflege an die Patientenbetten bringen, ist ein Diskurs darüber notwendig, was Pflegekräfte in Zukunft tun sollen und wie die interprofessionelle Zusammenarbeit neu gestaltet werden kann. Gefragt ist ein Gesamtkonzept zur Steigerung der Attraktivität der Pflege, was auch seitens der Pflegenden aktiv eingefordert wird. Pflegefachkräfte sind weitaus mehr als eine einfache Assistenz zur Unterstützung des Arztes. Wenn Pflegekräfte nicht das tun

dürfen, was sie gelernt haben, zum Beispiel selbst Wunden versorgen, sondern nur auf Anordnung beziehungsweise unter Aufsicht eines Arztes agieren dürfen, dann ist das frustrierend. Mit dem Gesetz zur Reform der Pflegeberufe vom Juli 2017 wurde auch dieses Thema auf die Agenda gesetzt. Jedoch tun sich erhebliche Widerstände auf, und es wird viel Kraft kosten, dass Pflegekräfte endlich auch in Deutschland das machen können, was sie gelernt haben. Die qualitätsgesicherte Versorgung der Patienten und Pflegebedürftigen wird in Zukunft nur gelingen, wenn die Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen neu justiert wird und die gesetzten Strukturen durchbrochen werden.

Patienten sind immer stärker pflegebedürftig, dement oder leiden an Mehrfacherkrankungen. Eine Versorgung, bei der jeder nur auf seine „Zuständigkeit“ schaut, wird dieser Tatsache nicht gerecht. Wir brauchen individuelle, passgenaue Versorgungslösungen. Dazu müssen wir die Prozesse, Abläufe und die Zusammenarbeit zwischen den Berufsgruppen und Bereichen neu denken. Alle Professionen im Gesundheitswesen sollten ihre Kompetenzen in Eigenverantwortung nutzen dürfen. Die Arbeitslast kann so besser verteilt werden, und die Motivation der im Gesundheitswesen Tätigen wird durch Eigenverantwortung gestärkt.

QUALITÄT BERUHT AUF QUALIFIKATION

Tatsächlich findet gerade ein Wandel statt: In der täglichen Versorgung wird die interdisziplinäre Zusammenarbeit von vielen Berufsangehörigen der Gesundheitsberufe bereits gelebt, da es ohne Teamarbeit schon heute nicht mehr geht. Wir benötigen nun noch den rechtlichen Rahmen für die Übernahme von bisher allein Ärzten vorbehaltenen Tätigkeiten und neue leistungsrechtliche Regelungen sowie Konzepte für die Aus- und Weiterbildung. Deutschland hinkt mit seinen Ausbildungsstrukturen dem Niveau anderer Länder hinterher. Dort haben die meisten Absolventen in den Gesundheitsfachberufen einen Hochschulabschluss – in Deutschland ist das bisher immer noch die Ausnahme. Uns fehlt ein guter Mix an Qualifikationen – in den einzelnen Berufsgruppen und auch bei der interdisziplinären Zusammenarbeit. Qualität in der Pflege steht immer auch in direktem Zusammenhang mit Qualifikation.

Pflege bestimmt essenziell den Alltag vieler Menschen. Wir werden trotz technischen Fortschritts und stärker werdender Digitalisierung immer Menschen brauchen, die sich in diesem „Dienst“ am Menschen engagieren – sowohl im professionellen als auch im ehrenamtlichen Bereich. Das Bewusstsein für diese Tatsache ist da, und die Bereitschaft von Politik und Bevölkerung war noch nie so hoch wie derzeit, gemeinsam die Situation der Pflege zu verbessern – was hoffen lässt, die bestehenden und drohenden Probleme in der Pflege meistern zu können.

Menschen in Not helfen

Die „gelben Engel“ der ADAC Luftrettung im Einsatz

GERHARD WITTMANN

Geboren 1962 in Schwandorf (Bayern),
Fachbereichsleiter Flugbetrieb der
gemeinnützigen ADAC Luftrettung.

Welche Aufgaben nimmt die ADAC Luftrettung wahr?

Gerhard Wittmann: Die ADAC Luftrettung ist Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Rettungsdienstsystems und betreibt die Durchführung von Luftrettungseinsätzen, die in der Regel um 07.00 Uhr beginnen und bis zum Sonnenuntergang andauern. Wir sind ein sogenannter integrierter Dienstleister. Wir stellen den Hubschrauber, den Piloten, den Windenbedie-

ner, wenn er benötigt wird, und natürlich die medizinische Crew, bestehend aus Notarzt und Notfallsanitäter (TC HEMS) [TC HEMS = *Helicopter Emergency Medical Services Technical Crew Member, Anm. d. R.*]. Wir stellen damit ein Komplettpaket für den Auftraggeber – das sind meistens die Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung – zur Verfügung.

Wie viele Rettungseinsätze fliegt die ADAC Luftrettung pro Jahr?

Gerhard Wittmann: 2018 hat die ADAC Luftrettung gGmbH 54.356 Rettungseinsätze geflogen. Ende März war es übrigens

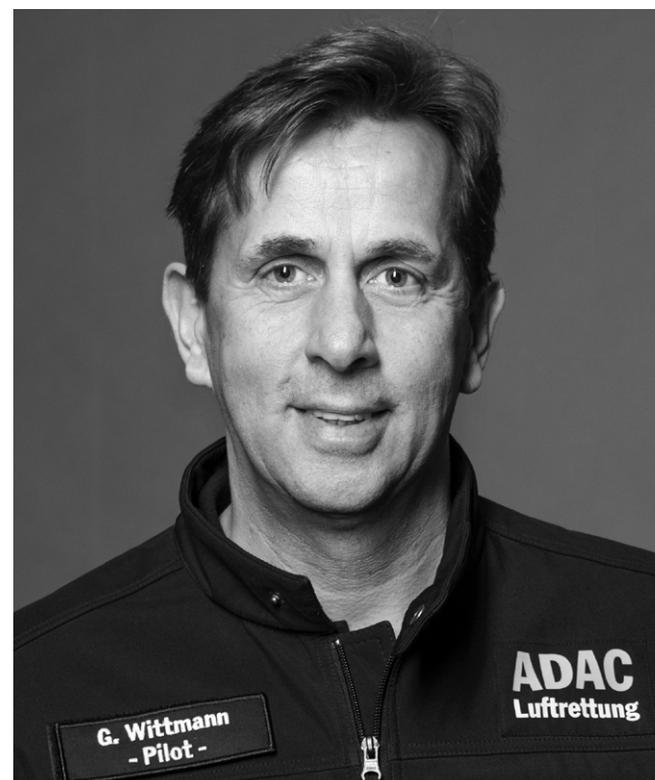


Foto: © ADAC Luftrettung

ihr 1.000.000ster Einsatz seit 1970. Stationen gibt es in ganz Deutschland; eine Station betreiben wir gemeinsam mit dem Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touring Club (ÖAMTC) in Suben an der deutsch-österreichischen Grenze. Wir fliegen auf der Station im Winterhalbjahr, und der ÖAMTC betreibt sie im Sommerhalbjahr. Ärzte und Rettungsfachpersonal kommen jeweils zur Hälfte aus beiden Ländern.

Wir betreiben 36 ADAC Luftrettungsstationen, weitere Luftrettungsbetreiber sind die DRF Luftrettung [*Deutsche Rettungsflugwacht e. V., Anm. d. R.*] und das Bundesinnenministerium mit den Bundespolizei-Hubschraubern.

Für welche Einsätze wird die ADAC Luftrettung überwiegend eingesetzt?

Gerhard Wittmann: Zu achtzig Prozent werden wir zu sogenannten Primäreinsätzen gerufen, also zu Rettungseinsätzen an einem Notfallort. Dann haben wir ungefähr elf Prozent Fehleinsätze, der Rest sind Sekundär-, also Interhospitaltransfers.

Die Primäreinsätze setzen sich mittlerweile zu 48 Prozent aus internistischen Notfällen zusammen. Hinzu kommen Freizeitunfälle, Sport- und häusliche Unfälle und elf Prozent neurologische Unfälle. Die Verkehrsunfälle, mit denen wir in den 1970er-Jahren begonnen haben, machen nur noch elf Prozent aus. Tatsächlich

war das früher anders. Ich bin seit 27 Jahren bei der ADAC Luftrettung, und 1992 betrug der Anteil der Rettungseinsätze bei Verkehrsunfällen noch etwa vierzig Prozent. Das hat sich deutlich gewandelt aufgrund der Fahrzeugsicherheit, für die der ADAC und natürlich auch die Autohersteller viel getan haben. Insofern ist der Bereich Autounfälle heute recht klein. Darüber hinaus haben wir noch Arbeits- und sonstige chirurgische Notfälle.

Wie ist eine Luftrettungsstation ausgerüstet?

Gerhard Wittmann: Das kommt ganz darauf an. Wir haben kleinere und größere Stationen. Einige Luftrettungsstationen sind mit zwei Hubschraubern ausgestattet. In jeder Station gibt es einen Einsatzwachraum. Dort befinden sich die Alarmierungsgeräte: Fax, Telefone, Pieper und Computer, wo wir die Einsätze dokumentieren. Von diesem Einsatzwachraum aus haben wir den Hubschrauber immer im Blick.

Es gibt auch einen Aufenthaltsraum, eine Küche und Ruheräume. Damit wir die langen Tage im Sommer von 07.00 bis 21.40 Uhr ohne zeit- und kostenintensiven Schichtdienst durchführen können, brauchen wir Ruheräume für Pilot, TC HEMS (oder Notfallsanitäter), aber auch für den Arzt. Daneben brauchen wir auf der Station einen Desinfektionsraum, einen Trockenraum, medizinische Lager, Lager für technische Geräte, einen Putzraum, ein Sauerstoff- und ein Gefahrstofflager. Außerdem haben wir noch einen Tank. Wir müssen nach den Einsätzen den Hubschrauber auftanken; dafür gibt es eine Tankanlage mit einem Fassungsvermögen von 20.000 bis 50.000 Litern.

Wie läuft ein Rettungseinsatz ab? Wie muss man sich das vorstellen? Sie werden alarmiert, und dann?

Gerhard Wittmann: In der Regel tragen alle Besatzungsmitglieder einen Pieper. Die Rettungsleitstelle alarmiert uns hierüber. Gleichzeitig bekommen wir auf den meisten Stationen per Funk bereits erste Informationen zum Einsatz. Der Pilot läuft, sobald der Pieper Alarm gibt, zum Hubschrauber und lässt die Triebwerke an, damit wir in rund zwei Minuten starten können. Der Notfallsanitäter wartet eventuell noch auf ein Fax, der Arzt geht, wenn er gleich da ist, mit zum Hubschrauber und überwacht den Anlassvorgang, sonst macht das der TC HEMS.

Nach etwa anderthalb Minuten hat der Pilot die Triebwerke gestartet, der Arzt steigt ein, der Notfallsanitäter geht noch einmal um den Hubschrauber, schaut, ob alle Türen, Klappen, Kabel wirklich frei sind, und steigt ein. Danach gehen wir eine kurze Checkliste durch. Meistens weiß der TC HEMS dann schon, in welche Richtung es geht, oder aber uns wurden – manche Leitstellen sind sehr modern – die Daten des Einsatzortes bereits auf unser Navigationsgerät übermittelt. Wenn das der Fall ist, sehe ich bereits auf dem Navigationsgerät den Notfallort und kann mich daran orientieren. Dann geht es in die Luft. Wir fliegen in etwa 500 bis 1.000 Fuß Höhe, das sind 150 bis 300 Meter.

An Notfallstellen müssen wir immer wieder nach einer geeigneten Landestelle suchen. Manchmal haben wir schnell Erfolg, manchmal auch nicht. Wir müssen schauen, dass wir die medizinische Besatzung, den Arzt und den Notfallsanitäter, so nahe wie möglich an die Unfallstelle bringen, damit wenig Zeit

verlorengeht, aber es darf auch sonst nichts passieren.

Wir landen bei 54.000 Einsätzen sehr häufig auf engstem Raum, an Landstellen, wo wir vorher noch nie waren. Der Hubschrauber hat, je nach Umgebungsbedingung, einen starken „Downwash“ (Abwind). Dort, wo wir landen, befinden sich sehr häufig auch Personen, es fahren Autos auf den Straßen, auf denen wir landen müssen. Da muss man genau aufpassen und mit höchster Achtsamkeit und Konzentration fliegen. Wenn wir einen entsprechend geeigneten Landeplatz finden, landen wir.

Bis der Pilot den Hubschrauber abgestellt hat, das dauert knapp eine Minute, muss der Notfallsanitäter noch vor Ort bleiben, um den Hubschrauber abzusichern. In solchen Fällen läuft der Arzt schon zum Notfallort, der Notfallsanitäter kommt nach. Häufig gelingt es den Piloten, den Hubschrauber so zu landen, dass der Notfallsanitäter gleichzeitig mit dem Arzt zum Patienten gehen kann, weil der Hubschrauber in einem abgesicherten Bereich (durch Polizei, Feuerwehr, THW) steht.

Was passiert, wenn Sie an der Unfallstelle gelandet sind?

Gerhard Wittmann: Als Erstes behandelt der Notarzt, die Notärztin den Patienten. Meist wird parallel zum Hubschrauber ein Rettungswagen ohne Notarzt alarmiert. Der Hubschraubernotearzt entscheidet nach der Behandlung, ob der Patient geflogen wird oder ob er mit dem Rettungswagen transportiert werden kann.

Hubschraubertransporte sind sehr schnell, und die Erschütterungen sind deutlich geringer als die eines Fahrzeugs, das über Wege und Straßen fahren muss.

Die Notfallstellen liegen ja nicht immer in leicht zugänglichen Bereichen. In der Regel benötigt der Rettungswagen meist doppelt so lange zum Krankenhaus, es sei denn, es befindet sich eines in unmittelbarer Nähe. Anderenfalls muss man mindestens die doppelte Fahrzeit rechnen. Nach diesen Kriterien wird entschieden, ob geflogen wird oder nicht. Je nachdem, wie weit der Hubschrauber vom Notfallort entfernt ist, tragen wir den Patienten auf der Trage, oder der Rettungswagen transportiert den Patienten zum Hubschrauber. Anschließend wird das Krankenhaus angefliegen, das die Rettungsleitstelle für uns ausgewählt hat. Wir teilen der Leitstelle das Meldebild mit, und sie entscheidet, welches Krankenhaus geeignet ist und die Kapazität hat, den Patienten aufzunehmen. Speziell in den Sommermonaten erleben wir immer wieder, dass Krankenhäuser eine Aufnahme aufgrund von Überlastung und fehlender Kapazitäten ablehnen. In solchen Fällen müssen wir eine Zwangsbelegung „durchdrücken“.

Sind die Notärzte haupt- oder nebenberuflich für die ADAC Luftrettung tätig?

Gerhard Wittmann: Die Notärzte und -ärztinnen bei der ADAC Luftrettung kommen aus Fachgebieten mit einem unmittelbaren Bezug zur Notfall- und Intensivmedizin (Anästhesie, Innere Medizin und Chirurgie). Sie sind hauptberuflich in großen Kliniken der jeweiligen Region tätig, um den Bezug zu den operativen Abläufen in der Akutmedizin und einen aktuellen Wissensstand über notfall- und intensivmedizinische Weiterentwicklungen zu garantieren. Wir sind in Deutschland zumeist in der Nähe von Kliniken

stationiert; im Ausland ist das nicht unbedingt der Fall. Da sitzen viele Rettungshubschrauber-Stationen auf der grünen Wiese. Bei uns hat es sich historisch so entwickelt.

Kommen die Ärzte wochenweise zu ihren Einsätzen?

Gerhard Wittmann: Nein, sie kommen tageweise. Zwischen zehn und fünfzehn Ärzte fliegen auf einer Station. Die Normalstation setzt sich aus drei Piloten, die bei der ADAC Luftrettung fest angestellt sind, und aus vier bis sieben TC HEMS, also Notfallsanitätern, zusammen. Mittlerweile sind viele Notfallsanitäter fest bei der ADAC Luftrettung angestellt. Wir haben jedoch auch feste Verträge mit Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, Malteserhilfsdienst, über die wir in Arbeitnehmerüberlassung Notfallsanitäter einsetzen. Die Ärzte kommen – wie eben schon gesagt – meistens von den Kliniken.

Was motiviert Sie persönlich für Ihre Arbeit?

Gerhard Wittmann: Menschen in Not zu helfen, motiviert mich. Mir wurden christliche Werte in meiner Kindheit und Jugend vermittelt, die mich überzeugt haben. Nächstenliebe und altruistisches Handeln ist mir schon immer gegeben. Bevor ich zur ADAC Luftrettung gewechselt bin, war ich Polizist und Pilot bei der Polizeihubschrauberstaffel Bayern. Ich habe mich dann 1992 entschieden, von der Polizei zur ADAC Luftrettung zu wechseln, weil mir die Nächstenliebe, das Helfen sehr wichtig war und die Hilfe im Rettungsdienst unmittelbarer am Men-

schen ist als die Polizeiarbeit mit dem Hubschrauber.

Wie und wodurch werden Gemeinsinn und Zusammenhalt in Ihrem Arbeitsalltag sichtbar und gelebt?

Gerhard Wittmann: Die Besatzung startet in der Früh mit dem sogenannten „Daily Briefing“. Es geht dabei um die sogenannte **I'm-Safe-Regel:** **I**llness **M**edication, **S**tress, **A**lkohol, **F**atigue, **E**motions, also diese ganzen „Wie geht es mir?“-Fragen. Da darf, soll, muss sich jeder äußern, damit wir wissen, wo unser Team in Bezug auf Leistungsfähigkeit steht.

Im Anschluss daran wird meistens gemeinsam gefrühstückt, und Themen, die uns und den Tagesablauf betreffen, werden besprochen. Die ganzen Checks, die ich vorhin angesprochen habe, werden gemeinsam durchgeführt, aber auch Hubschrauber waschen und die gemeinsame Abarbeitung der Einsätze. Jeder hilft jedem. Ich stehe, falls erforderlich, für die medizinische Besatzung zur Verfügung, wenn sie am Notfallort noch irgendetwas braucht. Ich halte Infusionen, unterstütze bei Reanimationen und nehme während der Versorgung schon mal die Patientendaten auf. Nach dem Einsatzende dokumentieren wir die Einsätze gemeinsam. Nach besonders belastenden Einsätzen oder bei besonderen Vorkommnissen führen wir regelmäßig gemeinsame Debriefings, also Nachbesprechungen, durch.

Während eines Einsatztages ist die Besatzung zwar nicht immer, aber meistens zusammen. Wir arbeiten im Team und tauschen aktuelle Informationen aus. Als Pilot gebe ich beispielsweise die aktuellen Wetterinformationen oder die aktuellen Flugsicherheitsinformationen weiter.

Alle Stationsmitarbeiter beteiligen sich auch an gemeinsamen Ausflügen, die zwar nicht wöchentlich, aber in einem bestimmten Zeitabstand durchgeführt werden. Stationsveranstaltungen, wie Stations- und Jahresabschlussfeiern, stärken den Gemeinschaftssinn, der sich im Einsatz und in der Freizeit zeigt.

Sind Sie neben Ihrer Aufgabe als Fachbereichsleiter Flugbetrieb auch noch aktiv in eine Station mit eingebunden?

Gerhard Wittmann: Ja, wenn auch leider nicht mehr so häufig. Ich habe in der ADAC Luftrettung eine „klassische“ Karriere absolviert. Im Jahr 1992 habe ich als Stationspilot in Ingolstadt angefangen. Nach ein paar Jahren wurde ich Stationsleiter, dann Regionalleiter, dann stellvertretender Fachbereichsleiter. Mittlerweile bin ich bereits seit zehn Jahren Fachbereichsleiter. Seit 1998 bin ich ein „Type Rating Examiner“. In dieser Funktion nehme ich den Piloten die halbjährlich geforderten Checkflüge ab. Ich fliege regelmäßig – wenn auch seltener – auf Station, weil es aus meiner Sicht wichtig ist, immer wieder den Finger am Puls der Zeit zu haben, um zu sehen, welche Bedürfnisse die Mitarbeiter haben.

In welcher Station sind Sie dann?

Gerhard Wittmann: Ich fliege hauptsächlich noch an drei Stationen. In Ingolstadt, wo ich vor vielen Jahren bei der ADAC Luftrettung gGmbH angefangen habe, sowie in München und Murnau, um meine Windenberechtigung aufrechtzuerhalten. Ich habe die Berechtigung, mit einer Rettungswinde zu fliegen, schon seit 1994. Von der Zentrale der ADAC Luftret-

tung gGmbH in München ist der Weg zu den Rettungs-Transport-Hubschrauber-(RTH)-Stationen in München-Harlaching und nach Murnau nicht so weit.

Was gefällt Ihnen an Ihrem Engagement am meisten? Was bekommen Sie durch Ihr Engagement zurück?

Gerhard Wittmann: Menschen zu helfen – das habe ich schon angesprochen –, ist das Schönste an meinem Beruf. Leben zu retten, Leid zu mindern und Hilfe zu geben, ist sehr erfüllend und befriedigend. Natürlich habe ich schon sehr viele schlimme Dinge erlebt, aber auch ganz viele tolle und schöne. Ich kann wirklich behaupten, dass wir im Team tatsächlich Leben gerettet haben. Natürlich machen wir das nicht jeden Tag. Ein Leben zu retten, ist nichts Alltägliches, auch nicht bei so vielen Einsätzen. Ich sage ja, wir haben vor wenigen Tagen den 1.000.000sten Einsatz geflogen.

Am eindrücklichsten in Erinnerung geblieben ist ein Einsatz vor vielen Jahren, bei dem ein Säugling nach einem Verkehrsunfall reanimiert werden musste. Mit zwei Fingern wurde das Mädchen erfolgreich reanimiert und lebt heute ganz gesund. Die Dankbarkeit der Menschen nach unserer Hilfeleistung ist sehr erfüllend und befriedigend.

Was bekomme ich zurück? Dankbarkeit, Unterstützung, Zufriedenheit, aber auch Demut. Zu sehen, wie wertvoll, wie kostbar und wie leicht verletzlich unser Leben ist. Das unmittelbar zu erleben, ist ein Geschenk.

Das Gespräch führte Ralf Thomas Baus am 5. April 2019.

Das „blaue Virus“

Zivil- und Katastrophenschutz im In- und Ausland

ALBRECHT BROEMME

Geboren 1953 in Darmstadt, seit 2006 Präsident der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Februar 1953: Die schwerste Nordsee-Sturmflut des 20. Jahrhunderts trifft die Niederlande. Sie kostet mehr als 1.800 Menschen das Leben.

Für die Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerks (THW) beginnt der erste Auslandseinsatz seit seiner Gründung 1950.

Januar 2019: Der Winter hat Teile von Oberbayern fest im Griff. Straßen sind unpassierbar, Ortschaften zugeschnitten, Schneemassen bringen Gebäudedächer zum Einsturz. Das THW ist vor Ort. Versorgt Menschen. Fachberater bewerten die Statik von Gebäuden. Einsatzkräfte befreien Dächer von der Schneelast.

März 2019: Über 8.000 Kilometer von Deutschland entfernt, hinterlässt der Zyklon „Idai“ in Mosambik und seinen Nachbarstaaten eine Schneise der Verwüstung, verbunden mit Hochwasser. Hunderte Tote, Tausende Verletzte und Zehntausende Obdachlose sind zu beklagen. Die Menschen sind abgeschnitten von der Versorgung mit Trinkwasser, Lebensmitteln, Medikamenten. Auch hier ist das THW als Teil der Hilfe aus Europa vor Ort. Die

Einsatzkräfte bereiten Wasser auf und versorgen bis zu 30.000 Menschen pro Tag mit Trinkwasser.

Fast siebzig Jahre liegen zwischen den Einsätzen des THW in den Niederlanden und in Mosambik. Siebzig Jahre, in denen sich das Rad der Geschichte und das Zahnrad des THW weitergedreht haben, mit Veränderungen und Entwicklungen, die die Menschen, die Gesellschaft und das Miteinander prägten. Unverändert ist jedoch die Motivation derer, die sich seit Generationen im THW für Menschen in Not einsetzen.

Das THW wurde 1950 als Zivilschutzorganisation im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums gegründet. Der damalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann beauftragte den Bauingenieur Otto Lummitzsch, der 1919 die „Technische Nothilfe“ gegründet hatte, einen „Zivilen Ordnungsdienst“ einzurichten. Hieraus entstand das THW, dessen erster Direktor Lummitzsch war. Seit 1953 ist das THW durch Errichtungserlass des Bundesinnenministeriums eine Bundesanstalt. Erst 1990 trat ein THW-Gesetz in Kraft. Der gesetzliche Auftrag des THW umfasst in Deutschland technische Hilfe im Rahmen des Zivil- und des Katastrophenschutzes. Einsätze erfolgen sowohl in Europa als auch weltweit im Auftrag der Bundesregierung.

Rund 80.000 Menschen engagieren sich insgesamt ehrenamtlich im THW, sind in 668 Ortsverbänden organisiert – darunter inzwischen übrigens auch über 300 Flüchtlinge. Ebenso unterstützen rund 1.800 Hauptamtliche die THW-Einsätze in der THW-Leitung in Bonn, in den Ausbildungszentren in Neuhausen und Hoya, den acht Landesverbänden und den 66 Regionalstellen. Ihr Schwerpunkt beinhaltet Planungs-, Beschaffungs- und Verwaltungsaufgaben. Ab 2019 werden beim THW noch bis zu 2.000 Bundesfreiwilligendienstleistende zur Unterstützung eingesetzt. Man kann damit rechnen, dass viele der „Bufdis“ nach Ablauf ihres zwölfmonatigen Dienstes freiwillig und ehrenamtlich als Helfer weitermachen.

Einer der zehn Leitsätze des THW besagt: „Wir bekennen uns zur Demokratie und dulden keine Diskriminierung.“ Die Einbindung aller Menschen in ein ehrenamtliches System – unabhängig von Glauben, Aussehen, Behinderung – spielt für das THW eine essenzielle Rolle. Damit verkörpert das THW ein Ideal. Dies beinhaltet das beispielhafte Vorleben demokratischer Werte im Sinne eines gewinnbringenden Gemeinsinnes, in das sich jeder, abhängig von seinen persönlichen Fähigkeiten, einbringen kann. Dieses Engagement hat aber noch eine weitere Facette: Sich zur Demokratie zu bekennen und diese demokratischen Werte vorzuleben, bedeutet auch, den Willen zu haben, die Gemeinschaft, in der man lebt, aktiv mitzugestalten. Mit der Übernahme eines „Amtes“ im THW trägt man diese demokratischen Werte in seinem alltäglichen Handeln nach außen. Davon profitiert die Gemeinschaft ebenso wie jeder Einzelne.

Das ehrenamtliche Engagement von rund 1,6 Millionen Menschen bildet in Deutschland die Grundlage des Bevölkerungsschutzes. Ist dieses System

noch zeitgemäß? Hat es eine Zukunft? Hilfreich ist hier folgendes Sprichwort: „Tradition bedeutet nicht die Anbetung der Asche, sondern das Weitertragen des Feuers.“ Untersuchungen und einschlägige Erfahrungen belegen nach wie vor die große Hilfsbereitschaft in Deutschland. So hätte etwa die Bewältigung der Flüchtlingslage in Deutschland ohne das umfassende Engagement der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen, des THW sowie der Spontanhelfer nicht gelingen können.

SCHWIERIGKEITEN BEIM LANGFRISTIGEN ENGAGEMENT

Ein Problem ist die mittel- und langfristige Bindung der hilfsbereiten Menschen an die Organisationen, weil sie ein beständiges Interesse – auch wenn gerade „nichts los ist“ – sowie die Bereitschaft zur Ausbildung und regelmäßigen Teilnahme an den Diensten voraussetzt. Der Lohn ist rein ideeller Natur: Man lernt neue, ebenfalls hilfsbereite Menschen kennen, erlebt die Arbeit in Teams außerhalb des Berufslebens und erwirbt neue Kenntnisse und Fähigkeiten. Beispiele beim THW sind Baggerfahren, Brückenbau, Maßnahmen in der Trinkwasserversorgung und Sprengarbeiten.

Der „Wettbewerb“ um das ehrenamtliche Engagement im Katastrophenschutz muss mit veränderten Arbeitszeiten, größerem Leistungsdruck, vielfältigen Freizeitangeboten sowie einem erstarkten Familiensinn konkurrieren. Dieser Wettbewerb hat für uns gute Chancen, wenn es gelingt, zeitgemäße Rahmenbedingungen zu schaffen: moderne Unterkünfte – also keine Baracken mehr –, gut motivierte und erfahrene Führungsmannschaften in allen 668 Ortsverbänden, positive Erlebnisse in Teams, attraktive Einsatzbekleidung sowie die zeitgemäße und bedarfsgerechte Ausstattung mit Fahrzeugen und Geräten.

Wir nennen es die „Faszination Helfen“. Das „blaue Virus“. Ansteckend, jedoch nicht bedrohlich. Aber höchst wirkungsvoll.

Insbesondere bei großflächigen Schadenlagen ist Resilienz der Menschen, der Kommunen sowie der Wirtschaft gefragt. Hier gibt es in Deutschland noch großes Entwicklungspotenzial. Gerade in schwierigen Situationen ist man auf gut ausgebildete und ausgerüstete Mitmenschen, die helfen wollen und helfen können, angewiesen.

Schlussendlich spielt die Anerkennung dieser Leistungen durch Politik und Gesellschaft eine wichtige Rolle. Sie sorgt bei den Einsatzkräften für ein positives Erlebnis. Das stärkt zum einen die Gemeinschaft im Sinne der Schadenbewältigung, zum anderen die Einsatzkräfte in ihrem Bewusstsein, dass sich ihr Engagement lohnt. Zudem werden das Zusammenleben sowie das Verständnis dafür, dass jeder einzelne Mensch Teil eines Gemeinnsinns ist und für dessen Auslegung eintreten kann beziehungsweise muss, gestärkt. Insofern

bildet das Ehrenamt im THW eine gute Plattform zur Bildung eines Gemeinnsinns zwischen der Bevölkerung und der staatlichen Aufgabenwahrnehmung. Insbesondere die örtliche Struktur und das Zusammenleben in den Ortsverbänden tragen hierzu bei.

Die Bedeutung der sogenannten kritischen Infrastrukturen, wie etwa Energie-, Wasser-, Strom- und Medizinversorgung, hat in den vergangenen Jahren einen höheren Stellenwert erhalten. Dies berücksichtigt das THW durch ein neues Rahmenkonzept.

FRAUEN STÄRKEN

Ein Fokus muss auf die Begeisterung junger und leistungsbereiter Menschen für ein Ehrenamt gelegt werden – das fängt bereits bei Kindern an. Man muss aber auch akzeptieren, wenn sich Freiwillige nicht ihr Leben lang durchgängig im Katastrophenschutz engagieren, sondern auch Pausen, also inaktive Phasen, einlegen. Helferwerbung, Helfererhalt und Nachwuchsgewinnung sind Schwerpunktprojekte, um das THW in Zukunft einsatzfähig zu halten. Bundesfreiwilligendienst, Ausbau des Doppelnutzens von Beruf und THW (etwa durch THW-Lehrgänge mit IHK-Abschluss), attraktive Ausbildungen und Übungen sowie Kooperationen mit Hochschulen und Universitäten sind Beispiele.

Das Modell „THW“ stößt auch im Ausland auf reges Interesse: In Tunesien werden Ehrenamtliche durch das THW ausgestattet und gemeinsam mit tunesischen Hauptamtlichen ausgebildet. Insgesamt 1.400 freiwillige Frauen und Männer haben mittlerweile eine fundierte Ausbildung erhalten und sind auf den unterstützenden Einsatz bei Waldbränden und Hochwassern vorbereitet. Auch in Jordanien, einem der Länder mit der größten Aufnahme von Flüchtlingen, hilft das THW – beim Aufbau von Flüchtlingscamps, bei der Integration von Freiwilligen in den Katastrophenschutz. Im Irak ist das Interesse an einer Integration Freiwilliger ebenfalls groß. In den Camps in der Region Kurdistan-Irak führt das THW zum Beispiel Schulungen für Frauen im Umgang mit schwerem Arbeitsgerät durch.

Unser Ziel ist es, Frauen im Bereich der Selbsthilfe zu stärken. Gleichzeitig verbessern die Einrichtung von Werkstätten und die Durchführung von Schulungen die Lebensbedingungen in den Camps nachhaltig. Wichtig ist, dass es bei sämtlichen Maßnahmen nicht darum geht, das THW „eins zu eins“ zu exportieren, sondern ihre Inhalte den landesspezifischen Gegebenheiten anzupassen. Bei allen Unterschiedlichkeiten der Projekte gibt es jedoch einen gemeinsamen Nenner: das Fördern und Entwickeln ehrenamtlichen Engagements im Katastrophenschutz.

„Man muss sich gegenseitig helfen, das ist ein Naturgesetz“ – davon war der französische Fabeldichter Jean de La Fontaine überzeugt. Das THW teilt diese Überzeugung.

Sicherheit statt dunkle Ecken

Mehr Aufmerksamkeit für Polizistinnen und Polizisten

THOMAS STROBL

Geboren 1960 in Heilbronn, seit Juli 2011 Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg, seit 2012 Stellv. Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands, seit Mai 2016 Stellv. Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg.

Sicherheit ist eine notwendige Voraussetzung für eine offene, liberale Gesellschaft. Deshalb ist es eine der Kernaufgaben des Staates, ja gerade seine unverzichtbare und oberste Pflicht, Freiheit zu schützen und Sicherheit zu gewährleisten. Sicherheit ist wesentlicher Bestandteil des Kitts, der unsere Gesellschaft zusammenhält, der Menschen motiviert, sich für unser demokratisches Gemeinwesen zu engagieren.

Dieses Engagement finden wir im Bereich der

Inneren Sicherheit in einem außerordentlich hohen Maß. Zum Beispiel leisten bei den Feuerwehren in Baden-Württemberg mehr als 110.000 Feuerwehrfrauen und -männer in den Einsatzabteilungen der Gemeindefeuerwehren

ihren Dienst für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, davon mehr als 108.000 ehrenamtlich bei einer Freiwilligen Feuerwehr. Dementsprechend erwarten die Bürgerinnen und Bürger Sicherheit, Stabilität und Frieden in Europa – gerade in Zeiten von Flucht, Migration und dem Ausscheren Großbritanniens aus der Europäischen Union –, Sicherheit im Straßenverkehr, bei Lebensmitteln, bei ihren Geldanlagen, im Internet und in vielen weiteren Lebensbereichen. Aus diesem Grund brauchen wir einen handlungsfähigen, starken Rechtsstaat, moderne Strukturen und ausreichende Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden.

Die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu gewährleisten – das ist die oberste Aufgabe der Polizei. Der Staat garantiert uns Menschenrechte und Schutz. Als Kehrseite der Medaille haben die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf Sicherheit; das Recht, sicher zu leben, sich sicher im öffentlichen Raum bewegen zu können, ja, sich auch frei und sicher zu fühlen. Sie wollen keine „dunklen Ecken“ oder gar ein schlechtes Gefühl – etwa die Angst vor einem Überfall – haben.

WANDEL DER POLIZEILICHEN AUFGABEN

Gleichzeitig prägt Unsicherheit die menschliche Existenz. Von elementarer Bedeutung ist daher die Frage, wie staatliche Organe mit dieser Unsicherheit umgehen. In der Fachwelt wurde der Begriff der „Risikokultur“ geprägt. Dazu gehört aus meiner Sicht für den Staat und seinen Sicherheitsapparat auch, keine vermeintliche Sicherheit zu suggerieren, sondern vielmehr einen konstruktiven Umgang mit dieser „Unsicherheit“ zu pflegen und dies den Menschen transparent zu vermitteln. Gefahren und die polizeilichen Gegenmaßnahmen müssen verständlich und vor allem realistisch dargestellt werden. Und es gilt: Angesichts zunehmender Gefährdungen durch Extremismus und Terrorismus benötigt ein wehrhafter Rechtsstaat mehr denn je eine stabile Sicherheitsarchitektur aus Polizei, Justiz und Verfassungsschutz.

Gefahren für unsere Sicherheit sind mannigfaltig. Wir leben in einer Zeit, die maßgeblich vom Wandel und von Veränderung geprägt ist. Dies trifft insbesondere auch für die Polizei zu. Konzepte, die wir für aktuelle Herausforderungen entwerfen, sind nicht selten morgen schon wieder Makulatur. Die eigentliche Herausforderung für die Sicherheitsorgane liegt mittlerweile darin, mit den Entwicklungen Schritt zu halten und auf neue Bedrohungen der Sicherheit angemessen und effektiv zu reagieren.

Dass uns dies gelingt, belegt eindrucksvoll unsere aktuelle Kriminalstatistik. Die objektive Sicherheitslage für die Menschen in unserem Land war nie besser als heute. In Baden-Württemberg verzeichnen wir die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit der Wiedervereinigung und die höchste Aufklärungsquote seit der Einführung der maschinellen Datenerfassung 1971

(bis zum 31. Dezember 1970 wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik handschriftlich durch Strichlisten erfasst). In Zahlen: Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist für das vergangene Jahr insgesamt 572.173 Straftaten aus. Das sind 1,3 Prozent weniger als 2017. Die Aufklärungsquote stieg auf 62,7 Prozent. Die Kriminalitätsbelastung in Baden-Württemberg lag bei 5.191 Straftaten je 100.000 Einwohner – und geht somit weiter zurück. Das gute Ergebnis ist kein Zufall, sondern Resultat einer zielorientierten Schwerpunktsetzung.

GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Obwohl es uns gelungen ist, in vielen Kriminalitätsfeldern mittlerweile nachhaltig eine Trendwende erreicht zu haben, gibt es auch Wermutstropfen. Die Fallzahlen der Gewalt gegen Polizeibeamte bewegen sich seit Jahren auf einem deutlich zu hohen Niveau. Der landesweite Trend steigender Fallzahlen im Bereich der Gewalt gegen Polizeibeamte erreichte 2018 einen neuen traurigen Rekord. Die Zahl der verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten stieg 2018 um 21,9 Prozent – und damit signifikant stärker als die Fallzahlen – auf 2.390 an. Es wurden 34 Polizeibeamtinnen und -beamte schwer verletzt.

Dieser Entwicklung muss entschieden entgegengetreten werden. Inzwischen hat Baden-Württemberg zügig die rechtlichen Voraussetzungen für die Nutzung einer körpernah getragenen Kamera, der sogenannten Bodycam, geschaffen. Nach einer Erprobungsphase 2017 werden alle Polizeistreifen im Land nun mit dieser Kamera ausgestattet. Das positive Potenzial zur Senkung der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte hatte die Bodycam bereits in der Testphase unter Beweis gestellt. Mit dem Einsatz der Kamera wird eine steigende Kooperationsbereitschaft gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten in Kontrollsituationen sowie ein vermindertes Aggressionspotenzial, insbesondere bei der Kontrolle von Personengruppen, erreicht – darüber sind sich alle Fachleute einig. Wir schützen die, die jeden Tag uns schützen, sprichwörtlich ihren Kopf für unsere Sicherheit hinhalten.

Neben einer guten persönlichen und technischen Ausstattung sowie rechtlichen Möglichkeiten gehört zum Erfolg der Polizei vor allem eines: die Polizeibeamtinnen und -beamten selbst. Das Engagement und der Einsatz der rund 24.300 Polizeibeamtinnen und -beamten, die in Baden-Württemberg ihren Dienst leisten, sind der Garant des Erfolgs. Auch wenn zugegebenermaßen im Vergleich der Länderpolizeien die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verhältnis zur Wohnbevölkerung am niedrigsten ist, so ist der Spitzenplatz in puncto Sicherheit sicherlich ein Qualitätsmerkmal für die Polizistinnen und Polizisten im Land. Die angespannte Personalsituation und die Auswirkungen einer nie dagewesenen Pensionierungswelle waren deshalb Anlass zu einem Maßnahmenpaket, das die größte Einstellungs-offensive in

der Geschichte der Landespolizei vorsieht. Die Zahl der Anwärterstellen und damit die Zahl der Ausbildungsplätze wurde von 2.770 im Jahr 2016 auf 4.850 im Jahr 2018 erhöht. 2018 sind über 1.700 Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger eingestellt worden – bei rund 5.600 Bewerbungen.

ATTRAKTIVITÄT DES BERUFSBILDES ERHÖHEN

Trotz anspruchsvoller Rahmenbedingungen können sich viele junge Menschen für den Polizeiberuf begeistern. Das ist auch ein wichtiges Signal: nämlich dass junge Menschen durchaus gewillt sind, Verantwortung zu übernehmen und ihr berufliches Wirken in den Dienst unserer Gemeinschaft zu stellen.

Was wir dazu beitragen können, ist, die Attraktivität des Polizeiberufs weiter zu erhöhen. Sich allein auf die Anziehungskraft eines spannenden und abwechslungsreichen Berufsbildes zu verlassen, wäre zu kurz gedacht. Für die jungen Berufseinsteiger muss deutlich sein, dass sich Leistung und Engagement lohnen – auch durch eine verbesserte Bezahlung nach Beendigung der Ausbildung im Eingangsamt der Polizistinnen und Polizisten.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Eine absolute Sicherheit kann und wird es nicht geben. Unsere Gesellschaft im Ganzen und jeder Einzelne sehen sich potenziell vielfältigen Angriffen ausgesetzt. Diese aktuelle Situation fordert uns als Staat, als Gesellschaft, jede und jeden von uns heraus. Aber sie fordert vor allem, unsere Polizistinnen und Polizisten in einer komplexer werdenden Welt zu unterstützen.

Land der Vereine

—
Deutschland lebt vom Ehrenamt

MARCO WANDERWITZ

Geboren 1975 in Chemnitz, ehemaliger Sprecher für Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit März 2018 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat.

In Deutschland engagieren sich dreißig Millionen Menschen individuell bürgerschaftlich oder ehrenamtlich. In Sportvereinen, im Technischen Hilfswerk, in den Freiwilligen Feuerwehren, Kirchengemeinden, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Parteien, sozialen Einrichtungen oder auch als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer treffen die unterschiedlichsten

Menschen für gemeinsame Anliegen zusammen. Hierdurch entstehen Zusammenhalt und Toleranz und damit wichtige Komponenten unserer Demokratie. Ehrenamt und bürgerliches Engagement sind tragende Säulen eines lebendigen und funktionierenden Gemeinwesens.

Deutschland ist das Land der Vereine und des ehrenamtlichen Engagements. Die Bereitschaft, freiwillig Zeit und Energie aufzubringen, ohne zuallererst an sich selbst zu denken, bedeutet, sich für die gemeinsame Gestaltung des erlebbaren Umfelds einzusetzen und damit das gegenseitige Verständnis sowie die Identifikation mit der Gesellschaft zu fördern.

Gerade die ländlichen Regionen sind durch eine engagierte Zivilgesellschaft geprägt und benötigen diese angesichts des demografischen Wandels umso mehr.

Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt bildet daher einen der gesellschaftspolitischen Schwerpunkte der Bundesregierung. Die Neuansiedlung des Bereichs Heimat im Bundesministerium des Innern, nun Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, unterstreicht das. Neben der Arbeit für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist auch die Ehrenamtsförderung ein Schwerpunkt. Der Begriff Heimat ist eng mit Ehrenamt und Engagement verbunden. Regionale Verwurzelung und gesellschaftliche Teilhabe sind oftmals an ein ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement vor Ort gekoppelt. Gerade auf dem Land stellen die Vereine oft die Strukturen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt organisieren.

SPORT-, FREIZEIT- UND GESELLIGKEITSVEREINE

Die Flüchtlingswelle im Herbst 2015 hat gezeigt, wie viele Zehntausende Menschen bereit sind, sich spontan ehrenamtlich zu engagieren und in Not-situationen Hilfe zu leisten. Ihr Engagement endete nicht bei der Begrüßung und Aufnahme. Bis heute leisten zahlreiche Ehrenamtler durch Sprachkurse, Gesprächsrunden, Hilfe beim Stellen von Anträgen, Begleitung zu Behörden oder Ärzten sowie Hausaufgabenhilfe für Schulkinder einen wichtigen Beitrag zur Integration. Diese große gesamtgesellschaftliche Aufgabe wäre ohne die freiwilligen Helfer nicht zu bewerkstelligen.

Die häufigste Form von Engagement in Deutschland ist die Vereinsarbeit. Nach wie vor übersteigt die Anzahl der Neueintragungen von Vereinen die Anzahl der Löschung aus den Registern. Zum traditionellen Vereinswesen gehören unzählige Sport-, Freizeit- und Geselligkeitsvereine. In den über 90.000 Sportvereinen in Deutschland leisten acht Millionen Engagierte mehr als 500 Millionen Stunden ehrenamtliche Arbeit für rund 27 Millionen Mitglieder. Hier begegnen sich Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und ethnischer Herkunft. Das gemeinsame Erleben schafft Verständigung und stärkt den sozialen Zusammenhalt. Zudem vermittelt Sport zentrale Werte sowie Verhaltens- und Orientierungsmuster, wie Fair Play, Regelakzeptanz und Teamgeist.

Im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht und damit auch des Zivildienstes wurde 2011 der Bundesfreiwilligendienst geschaffen. Über 41.000

Frauen und Männer engagieren sich damit nun jährlich im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie im Bereich des Sports, der Integration oder des Zivil- und Katastrophenschutzes. Sie unterstützen die hauptamtlichen Kräfte und sammeln wichtige Erfahrungen für ihr weiteres Leben.

Die über 22.000 Freiwilligen Feuerwehren in Deutschland sichern mit ihren ehrenamtlichen Feuerwehrleuten einen großen Teil des Brandschutzes und sind bei Unfällen und anderen Notsituationen zur Stelle.

Ob bei Hochwasser, nach Unwettern, Unfällen, Bränden oder bei der Flüchtlingshilfe: Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) leistet mit ihren knapp 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zuverlässige Hilfe im In- und Ausland. Im vergangenen Jahr investierten die Einsatzkräfte rund 900.000 Stunden in Einsätze und sonstige technische Hilfeleistung. Hinzu kommen mehrere Hunderttausend Übungsstunden. Mit einer neuen Organisationsstruktur sind seit Anfang 2018 die Aufgaben und Prozesse der Verwaltung effizienter auf den Einsatz und das Ehrenamt ausgerichtet. Zudem wurde das THW-Kontingent für Bundesfreiwilligendienstleistende von bisher 150 auf künftig 2.000 Plätze angehoben.

Im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge unterstützen und entlasten zahlreiche Einrichtungen im Sozial- und Bildungswesen die Kommunen bei ihren Aufgaben.

ENGAGEMENT IM LÄNDLICHEN RAUM

Trotz der anhaltenden Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement sind die Herausforderungen der Zukunft vielschichtig. Mit dem demografischen Wandel und der zunehmenden Abwanderung in die Städte geht eine Bedrohung für das Vereinswesen in den ländlichen Räumen einher. Viele Vereine und gemeinnützige Organisationen klagen über mangelnden Nachwuchs. Hier gilt es, an verschiedenen Punkten anzusetzen. Zum einen müssen wir uns weiterhin dafür einsetzen, Kindern aus sozial schwächeren Haushalten oder auch Kindern mit Migrationshintergrund Zugang zu dem vielfältigen Angebot von Vereinen und anderen Organisationen zu ermöglichen. Denn das gemeinsame Eintreten für eine Sache baut eventuell vorhandene Vorurteile ab, stiftet Zugehörigkeit und ist integrativ.

Ein anderes zentrales Element zur Wahrnehmung ehrenamtlichen Engagements ist die Infrastruktur vor Ort. Stehen nicht ausreichend öffentliche Verkehrsmittel bereit, wird die Abhängigkeit von Eltern, Freunden und Verwandten, um beispielsweise zum Sportverein im Nachbarort zu gelangen, schnell zum Hindernis für das Engagement junger Leute.

Eine weitere große Herausforderung für viele Ehrenamtler sind der zum Teil hohe bürokratische Aufwand und ein uneinheitlicher Rechtsrahmen.

Daher werden wir die vorhandenen Regelungen neuerlich überprüfen, entbürokratisieren, aktualisieren und vereinheitlichen, um allen in Deutschland ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten einen sicheren und klaren Rechtsrahmen zu bieten.

NEUE ZIELGRUPPEN IN DER DIGITALEN WELT

Wie in nahezu allen Lebensbereichen stellt die Digitalisierung auch bei der Förderung von Ehrenamt und Vereinswesen eine Möglichkeit der Unterstützung dar. Durch zusätzliche Kommunikation lässt sich zum einen die Wirksamkeit der Öffentlichkeitsarbeit erhöhen, wodurch mehr Aufmerksamkeit entsteht. Zudem trägt sie zu einer erheblichen Entlastung bei internen Abläufen bei und schafft Zeit sowie Kapazitäten für den Kern der ehrenamtlichen Arbeit. Darüber hinaus entstehen neue Formen des Engagements, die ausschließlich im digitalen Raum stattfinden. Durch die Unabhängigkeit von Zeit und Ort besteht hier ein erhebliches Potenzial, neue Zielgruppen zu erschließen.

Menschlichkeit und Konsequenz

Aus dem CDU-Werkstattgespräch Migration, Sicherheit und Integration

ARMIN SCHUSTER

Geboren 1961 in Andernach, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag im Ausschuss für Inneres und Heimat.

Eines stand schon vor dem Werkstattgespräch im Februar im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin fest: Die Christlich Demokratische Union (CDU) bewegt sich mit diesem Format auf einem Terrain, das es in der deutschen Parteienlandschaft in

dieser Art noch nicht gegeben hat. Die CDU als innovative Partei, als Partei, die den uneingeschränkten Austausch mit Experten und Praktikern sucht. Das Werkstattgespräch ist neuer Bestandteil des Werkzeugkastens in der Binnenkommunikation der Union und könnte als Beispiel für den Dialog zwischen Politikern und Fachleuten anderer Politikbereiche wie Gesundheit und Pflege, Verkehr und digitale Infrastruktur oder Finanzpolitik dienen.

Viele Fragen traten auf, als feststand, dass die neue CDU-Bundeschefin Annette Kramp-Karrenbauer das Gespräch mit Experten im Bereich Sicherheit und Migration suchen möchte. Was bringt das Format „Werkstattgespräch“? Wie soll es ausgestaltet sein? Von Beginn an war klar: Es sollte keine Abrechnung mit der Entscheidung der Bundeskanzlerin und damaligen CDU-Bundeschefin, Angela Merkel, im Herbst 2015 werden, einer großen Zahl von Kriegsflüchtlingen aus Syrien und dem Irak in Deutschland Schutz zu gewähren. Der Blick sollte in die Zukunft gerichtet sein.

Dennoch haben die Teilnehmer der Werkstattgespräche zurückgeschaut – aber nur kurz. Es ging zwar auch darum, einen Befund der Abläufe der vergangenen Jahre zu erstellen; in erster Linie sollten jedoch Verbesserungsvorschläge im Bereich der Migration, Sicherheit und Integration erarbeitet werden.

WAS BLEIBT VOM EUROPÄISCHEN SOLIDARITÄTSGEDANKEN?

In vier Gruppen führten rund einhundert Experten aus der Praxis, unter anderem Staatsanwälte, Verwaltungsrichter und Polizeibeamte, Wissenschaftler sowie Fachpolitiker der CDU aus Kommunen, Ländern und Bund ihre Erfahrungen, Beobachtungen und Analysen aus der Migrations- und Sicherheitspolitik zusammen. Aus den intensiven Diskussionen, in denen die Gesprächsanteile seitens der Experten deutlich größer waren, wurden signifikant mehr Empfehlungen erarbeitet, als im Ergebnis präsentiert wur-

den. Wir haben verbindende Lösungen finden müssen, die dem Motto „Menschlichkeit und Konsequenz“ entsprechen. Damit ist gemeint, die Würde jedes Menschen zu achten, gleichzeitig aber auf allen Ebenen konsequent zu handeln.

Der europäische Solidaritätsgedanke hat sich in den vergangenen Jahren in der Asyl- und Migrationspolitik zurückentwickelt. Nicht nur in den Werkstattgesprächen hat sich gezeigt, dass eine gesamteuropäische Lösung notwendig ist. Selbst wenn ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) zu scheitern droht, bleibt es dabei, dass die Union alle Anstrengungen aufbringen muss, um gemeinsame Standards für eine Asylanerkennung in Europa zu etablieren. Ziel ist es, in der Europäischen Union (EU) nur ein einmaliges Asylverfahren für einen Asylbewerber einzuführen. Es darf künftig keine Möglichkeiten für Antragstellungen in mehreren Ländern geben.

Die Experten waren sich auch darüber einig, dass die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex so zügig wie möglich zu einer operativen Grenzpolizei ausgebaut werden muss. Die anzustrebende Stärke von 10.000 Grenzpolizisten soll in zwei Schritten erreicht werden: Zunächst wird bis 2020 die Zahl der Frontex-Kräfte auf 5.000 Polizisten aufgestockt. Im nächsten Schritt soll bis 2022 die 10.000er-Marke erreicht werden. Parallel dazu muss ein elektronisches Ein- und Ausreiseregister eingerichtet werden, mit dem sich leichter nachvollziehen lässt, wer die EU betritt und woher die Person kommt. Bereits an den Grenzen des Schengenraums muss ebenfalls geprüft werden, ob ein Asylansuchen, ein Flüchtlingsstatus oder ein anderer Einreisegrund vorliegt; in Hotspots und Transitzentren

müssen die Zurückweisung nicht einreiseberechtigter Personen und die Rückführung der Personen ohne Asylgrund und ohne Flüchtlingsstatus erfolgen. Wir wollen ein einheitliches Datensystem für die Behörden, national und auch international.

ORDNUNG UND STEUERUNG IM INLAND

Die Bundesrepublik Deutschland bleibt aus verschiedenen Gründen ein beliebtes Ziel für Menschen, die in Europa ein neues Leben beginnen möchten. Die betreffenden Experten beim Werkstattgespräch machten deutlich: Die Attraktivität Deutschlands für nicht schutzbedürftige Personen muss weiter verringert werden. Für Personen aus Marokko, Tunesien, Algerien und Georgien müssen beschleunigte Asylverfahren möglich sein.

Der Bundestag hat diese Staaten zum wiederholten Male als sicher eingestuft. Die Mehrheiten im Bundesrat sind diesbezüglich unglücklich; es ist kein Geheimnis, dass die Grünen sich der Einstufung der Maghreb-Staaten und Georgiens als sichere Herkunftsstaaten verweigern. Dabei möchten wir, auch das ist ein Ergebnis des Werkstattgesprächs, noch einen Schritt weiter gehen. Viele andere Staaten mit einer Schutzquote von unter fünf Prozent müssen zügig entsprechend eingestuft werden. Auch über diese Staaten hinaus wollen wir die Asylverfahren beschleunigen.

Eine weitere wichtige Forderung ist die Frage der Grenzsicherung. Eine intelligente Überwachung der deutschen Grenzen und Zurückweisungen mit der nötigen Flexibilität sind notwendig, um anlass-

bezogen auf die Entwicklung von Brennpunkten reagieren zu können. Neben dem Dreißig-Kilometer-Grenzbereich müssen anlassbezogene Kontrollen entlang der Reisewege möglich sein. Zu diesem Zweck wollen wir die Befugnisse der Bundespolizei für grenz- und aufenthaltsrechtliche Maßnahmen in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich ausweiten.

REIZTHEMA ABSCHIEBUNG

Das Reizthema „Rückführung abgelehnter Asylbewerber und straffälliger Ausländer“ bildete einen der prominenten Themenkomplexe. Daraus ergaben sich zahlreiche konkrete Vorschläge. Gewalttätiges Verhalten, Täuschungen über tatsächlich vorhandene Finanzmittel, Verletzung der Pflicht zur Wohnsitznahme und jegliche Verletzung der Pflicht zur Mitwirkung im Asylverfahren müssen künftig mit spürbaren Sanktionen geahndet werden können.

Ausweisungen straffällig gewordener Asylbewerber müssen unter erleichterten Bedingungen möglich sein. Asylbewerber, die zu einer Strafe von neunzig Tagessätzen oder mehr verurteilt werden, die Gewalt gegen Polizisten oder Sexualstraftaten verübt haben, müssen sofort ausgewiesen werden. Diese Ausweisungen müssen für den gesamten Schengenraum gelten. Die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe sollte bereits gesetzlich zu einem Verlust des Aufenthaltsrechts führen. Asylberechtigten, Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten, die eine schwere Straftat begehen, muss der Schutzstatus leichter entzogen werden können.

In den Werkstattgesprächen haben etliche Erfahrungsberichte, unter anderem von Polizeibeamten, die regelmäßig gescheiterte Rückführungen begleiten, die Forderung verstärkt, die Ausreisepflicht endlich besser durchzusetzen. Es reicht nicht, darauf zu hoffen, dass ausreisepflichtige Personen sich freiwillig rückführen lassen. Im Ergebnis bedeutet dies: Ausreisepflichtige Personen, die versuchen, sich durch Untertauchen ihrer Abschiebung zu entziehen, müssen in Abschiebehaf genommen werden können. Dazu müssen die bislang zu strengen Voraussetzungen für die Anordnung von Abschiebehaf gelockert werden. Gleichzeitig benötigen wir zusätzliche Abschiebehafplätze.

RESTRIKTIVE VISAPOLITIK

Gerade für verurteilte Ausreisepflichtige will die Union den Ausreisegewahrsam ausweiten und gleichzeitig die Sicherungshaft für diese Personengruppe erleichtern. Dafür benötigen wir im nächsten Schritt praktikable Lösungen für die Identifizierung der Ausländer und eine unbürokratische Ausstellung von Passersatzpapieren.

Staaten, die sich nicht kooperativ zeigen, muss mit geeigneten Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und restriktiver Visapolitik begegnet werden. Schließlich haben sich die Teilnehmer des Werkstattgesprächs darauf verständigt, eine Kürzung von Leistungen für diejenigen Ausreisepflichtigen zu

fordern, die selbstverschuldet an der Ausreise gehindert sind.

Beim Themenkomplex „Integration“ sind die Teilnehmer auf das zurückgekommen, was im Jahr 2017 mit dem Integrationsgesetz seinen Anfang nahm. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ muss in der Integration konsequent umgesetzt werden. Sprache und Wertevermittlung müssen die Menschen von Anfang an mit differenzierten Angeboten erreichen. Deshalb wollen wir kommunale Integrationsvereinbarungen konsequent umsetzen und stärken. In diesem Zusammenhang sind insbesondere für Integrationsverweigerer wirksame Instrumente der Leistungskürzung notwendig. Darüber hinaus waren sich die Experten und Politiker im Werkstattgespräch einig, dass die Wertevermittlung, unabhängig von Integrationskursen, schon frühzeitig beginnen muss. Es wurde herausgearbeitet, dass neue Dialogstrukturen zwischen den Neuankömmlingen und dem deutschen Staat vonnöten sind.

Das Werkstattgespräch war ein gelungenes Instrument, um Maßnahmen und Handlungsaufforderungen für die Zukunft zu formulieren. Experten und Praktiker haben die Möglichkeit genutzt, um auf Probleme hinzuweisen und ihre Lösungsvorschläge einzubringen. Es ist klar, dass nicht alle Forderungen zur gleichen Zeit angegangen werden können, aber die Union hat sich damit einen Maßnahmenkatalog zusammengestellt, aus dem sie jederzeit schöpfen kann.

Alles offen!

Die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen
aus Sicht der Wahlforschung

VIOLA NEU

Geboren 1964 in Ludwigshafen am Rhein, Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung, Leiterin Team Empirische Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nachdem im Mai die Wahlen zum Europaparlament und die Bürgerschaftswahlen in Bremen stattgefunden haben, werden im Herbst drei weitere Landtagswahlen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken: Am 1. September wählen die Brandenburger und Sachsen, am 27. Oktober

die Thüringer ihre Landesparlamente. Nach den Wahlen im Mai wird vermutlich spekuliert, was die Ergebnisse für den Wahlausgang im Herbst bedeuten könnten. Allerdings muss vor solchen Mutmaßungen gewarnt werden.

Die Parteiensysteme in den neuen Ländern weisen seit 1990 mehrere Besonderheiten auf, da sie auf den unterschiedlichen Wahlebenen und durch ihre zum Teil erheblichen Verschiebungen im Stärkeverhältnis der Parteien besonders dynamisch sind. Seitdem die Alternative für

Deutschland (AfD) bei Wahlen kandidiert, kann sie zudem vor allem in den neuen Ländern überdurchschnittlich stark mobilisieren.

Zu den oft zu lesenden Klischees gehört, dass Sachsen und Thüringen Hochburgen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) seien und Brandenburg ein Zentrum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) darstelle. Bei näherer Betrachtung ist dies jedoch nicht zutreffend, wenn auch die SPD in Brandenburg ebenso wie die CDU in Sachsen und Thüringen Anfang der 1990er-Jahre bei Landtagswahlen das jeweilige Parteiensystem klar dominiert hat. In den 2000er-Jahren konnten sie ihre Position als stärkste Partei zwar bewahren, doch auf einem deutlich niedrigeren Niveau als zuvor. Die Linke konnte ihre Position zunächst ausbauen, stagniert aber in Sachsen und Thüringen und verliert in Brandenburg.

Grüne und Liberale spielen eher Nebenrollen, auch wenn sie gelegentlich aufgrund des Bundestrends ihre Wahlergebnisse verbessern konnten, die über die Zeit stabil sind und nur kleinere Schwankungen aufweisen. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Rolle im Parteiensystem zunehmen könnte, sollte ihnen die Funktion als Zünglein an der Waage zufallen.

WAHLEBENE UND PARTEIENSYSTEM

Je nachdem, welche Ebene man betrachtet, ergibt sich ein anderes Bild des Parteiensystems. Wenn man die Bundestags- und Europawahlen hinzuzieht, lag die

CDU in Sachsen bei mehreren Bundestagswahlen (1998, 2002, 2005 und 2017) erheblich unter ihren Landtagswahlergebnissen. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so stark im Ausmaß, verhält es sich in Thüringen: Dort erreichte die CDU bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 deutlich schlechtere Ergebnisse, als aufgrund des Landesresultats zu erwarten gewesen wäre. In Brandenburg sind die Wahlergebnisse einheitlicher; dort erzielte die Partei bei den Bundestagswahlen 1990 und 2013 ihre besten Ergebnisse überhaupt.

Die SPD in Sachsen konnte auf der Landes- wie auf der Europaebene zu keinem Zeitpunkt überzeugen. Teilweise rangieren ihre Ergebnisse nur knapp im zweistelligen Bereich. Sieht man von der Bundestagswahl 2017 ab, ist die Bilanz bei Bundestagswahlen erheblich positiver. Mitte der 1990er- bis Mitte der 2000er-Jahre gewann sie bis zu einem Drittel der Wählerstimmen. Auch in Thüringen war die SPD bei Bundestagswahlen zum Teil deutlich stärker als bei Wahlen für den Landtag oder das Europäische Parlament. Doch haben sich diese Unterschiede Ende der 2000er-Jahre eingeebnet, und seitdem rangieren ihre Ergebnisse unter 20 Prozent. In Brandenburg hingegen konnte die SPD lange sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene eine dominante Position einnehmen. Auf Bundesebene verliert die Partei hingegen seit 2002 konstant an Rückhalt und lag zuletzt bei 17,6 Prozent (2017). Auf Landesebene hat sie bis 2014 Ergebnisse von gut 30 Prozent erreicht und ist somit auf Landesebene etwa doppelt so stark wie bei der letzten Bundestagswahl.

Bei der Linken verteilen sich die Wahlergebnisse auf den drei Wahlebenen deutlich homogener. In Thüringen hat sie seit 2004 auf Landesebene recht stabile

Ergebnisse erzielt, zuletzt 2014 mit 28,2 Prozent der Stimmen, was ausreichte, um den Ministerpräsidenten zu stellen. In Brandenburg hatte sie 2014 einen erheblichen Stimmenverlust zu verzeichnen, und in Sachsen sind ihre Ergebnisse eher stabil.

Bei der AfD können aufgrund der kurzen Wahlgeschichte keine Langzeitrends verfolgt werden. Generell hat sie seit 2014 ihre Zustimmung bei Wahlen ausbauen können. Ihre Wahlergebnisse bewegten sich 2014 in den Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen etwa im unteren zweistelligen Bereich. Bei der Europawahl schnitt sie etwas schwächer ab. Bei der Bundestagswahl 2017 hat sie ihre Ergebnisse hingegen erheblich ausgebaut und in Sachsen auch drei Direktmandate gewonnen.

WECHSELFREUDIGES WAHLVERHALTEN

Eine Übersicht der langfristigen Trends verdeutlicht, dass man weder von der Vorwahl noch von einer anderen Wahlebene begründbare Schlussfolgerungen auf den Wahlausgang ziehen kann. Auch das Bundesklima wirkt im Osten in jedem Bundesland anders. Die Konstellation des Parteiensystems hat eine hohe Dynamik, vor allem aufgrund der sehr niedrigen Zahl sogenannter Stammwähler. Dieses wechselfreudige Wahlverhalten folgt keinen ideologischen Positionierungen der Parteien. So hat die AfD in den neuen Ländern bei der Wählerwanderung bislang zum Teil überproportional stark aus dem Potenzial der Linken Zuspruch gefunden und besitzt ihre Hochburgen dort, wo

etwa die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zuvor stark war. Dies gilt übrigens auch für die alten Länder: Hochburgen der AfD befinden sich dort, wo zum Beispiel in den 1990er-Jahren die Republikaner (REP) in Baden-Württemberg überdurchschnittlich gut abschnitten.

Dass die AfD ihren Zenit bereits überschritten hat, scheint aufgrund von Umfragedaten durchaus möglich. Zum einen stagniert sie in Umfragen bei leicht sinkendem Niveau, zum anderen profitiert sie vor allem vom Flüchtlingsthema, welches deutlich an Relevanz eingebüßt hat. Unklar ist auch, ob die Grünen, die in den neuen Ländern traditionell schwach verankert sind, ihren Höhenflug bei Meinungsumfragen in Wählerstimmen ummünzen können. In den alten Ländern profitieren sie vor allem von einer Wählerschaft, die sich klar gegenüber der AfD abgrenzt, was in den neuen Ländern ebenfalls eine geringere Rolle spielen dürfte. Zudem stoßen in den neuen Ländern Themen wie Strukturwandel auf andere gesellschaftliche Einstellungsmuster, Umweltthemen finden eine geringere Resonanz als in den alten Ländern.

In welche Konstellationen die Wahlergebnisse münden werden, ist Kaffeesatzleserei, da mit zu vielen Unbekannten gerechnet werden muss und – wie die „Kenia“-Koalition in Sachsen-Anhalt zeigt – mit durchaus ungewöhnlichen Bündnissen gerechnet werden kann. Dort haben zum ersten Mal CDU, SPD und Grüne eine Koalition gebildet. Da das Meinungsklima volatil ist, werden auch Umfragen selbst im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen nichts anderes als grobe Pegelstandsmessungen sein. 2019 verspricht ein spannendes Wahljahr zu werden.

Dreikampf um die Lufthoheit

Brandenburg vor der Landtagswahl

STEPHAN RAABE

Geboren 1962 in Düsseldorf, Leiter des Politischen Bildungsforums Brandenburg der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Rund um Berlin zwischen Irgendwo und Nirgendwo liegt Brandenburg. Das ist ganz und gar nicht despektierlich gemeint. Schon gar nicht im Jahr des 200. Geburtstages des großen Brandenburger Schriftstellers Theodor Fontane, der dem spröden Charme seiner Heimat mit ihren Orten und Bewohnern, Schlössern und Klöstern, Landschaften und Seen nicht

nur in seinen *Wanderungen durch die Mark Brandenburg* ein Denkmal gesetzt hat. Folgt man jedoch dem romantischen Realismus Fontanes, so führt kein Weg an der Feststellung vorbei, dass Brandenburg eben nicht durch große Städte oder Wirtschaftszentren glänzt, sieht man einmal von der preußischen Residenz- und Garnisonsstadt Potsdam vor den Toren Berlins und der Niederlausitzer Hauptstadt Cottbus mit ihrem Braunkohlerevier ab. Stattdessen wird der Charakter des Landes durch die Weite der märkischen Felder

und Wälder mit ihren kleinen Ortschaften und Städtchen von der Prignitz bis zur Uckermark, vom Havelland bis zum Oderbruch, vom Fläming über den Spreewald bis ins Lausitzer Urstromtal geprägt.

Es mag auch an diesem Charakter des Landes liegen, dass „dem Märker“ große politische Aufwallungen und Proteste eher fremd sind, wie sie etwas weiter südlich in Sachsen vorkommen. Wer würde auch schon wahrnehmen, wenn sich in Perleberg oder Prenzlau, Rathenow oder Seelow, in Luckenwalde oder Herzberg – allesamt stolze Kreisstädte – die eine oder andere Demonstration formierte? Nur in Cottbus erreichten die vom Verein „Zukunft Heimat“ unter dem Motto „Grenzen ziehen“ organisierten Demonstrationen im vergangenen Jahr ein etwas größeres Ausmaß.

So ist das Land politisch nunmehr seit fast dreißig Jahren gleichbleibend stabil konservativ ausgerichtet, allerdings rot-konservativ: Die SPD stellt seit 1990 durchgehend die Ministerpräsidenten und erreichte bei den Landtagswahlen immer mehr als dreißig Prozent. Deshalb konnte sie sich ihren Koalitionspartner stets aussuchen. Einmal, von 1994 bis 1999, regierte sie sogar ganz allein, dank einer saten absoluten Mehrheit.

STEIGENDE FLUGHÖHE

Dann kam der kürzlich verstorbene, schwarz-konservative General Jörg Schönbohm (1937–2019) nach Brandenburg, und für zehn Jahre wurde rot-schwarz regiert. Nachdem die SPD ihre einstigen Schwüre, keinesfalls mit der SED-Nachfolgepartei PDS/Die Linke zu koalieren, ad acta

gelegt hatte, folgte auf die rot-schwarze Dekade eine rot-dunkelrote.

Manch einer stimmt seitdem den Refrain der Brandenburg-Hymne *Märkische Heide* mit folgendem Text an: „Steige hoch, du roter Adler, hoch über *rotes Land*.“

Doch auch über die märkische Heide weht der politische Geist der Zeit und bringt Veränderungen mit sich. So hat jetzt erstmals seit demokratischem Angedenken in Brandenburg der „schwarze Adler“ gute Chancen, höher zu steigen als der „rote Adler“. Denn nach dem auch an Brandenburg nicht vorübergegangenen Absturz der SPD liegen Christ- und Sozialdemokraten bei knapp über zwanzig Prozent. Allein: Das politische Geschehen der letzten vier Jahre bringt es mit sich, dass aus diesem Zweikampf ein Dreikampf zu werden droht, da die sich „Alternative“ nennende Partei auch im beschaulichen Brandenburg einen Aufschwung genommen hat, will man den Sonntagsfragen Glauben schenken.

Nun kämpfen also die drei Parteien um die Oberhoheit bei den Landtagswahlen am 1. September. Etwas niedriger schwingt der dunkelrote Adler seine Flügel, der in Oppositionszeiten auf stolzen Höhen von 28 Prozent schwebte, aber in der Regierung Federn lassen musste: Die Linke rangiert aktuell nur noch bei 17 bis 18 Prozent. Bleibt dies so, wird wohl nach der Wahl ein dritter (oder sogar vierter) Partner zur Regierungsbildung gesucht. Grüne und Liberale haben traditionell nur geringen Zuspruch im Land der „dunklen Kiefernwälder“, der „blauenden Seen, Wiesen und Moore“. So manches Mal reichte es nicht einmal zum Einzug in den Landtag, wie zuletzt bei der FDP.

Doch siehe da: Jetzt stehen nicht mehr allein die „grünenden Birken am Wiesenrain“ in Brandenburg, sondern

auch die Grünen vor einem möglichen Regierungseinzug, wenn sie das vorweihnachtliche Umfrageergebnis von zwölf Prozent halbwegs stabilisieren können. Die FDP muss dagegen weiter froh sein, wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde überspringt.

DIE SPITZENKANDIDATEN

Wie die Städte im Land, so sind auch die politischen Protagonisten, die Spitzenkandidaten, über die Grenzen Brandenburgs hinaus und bei etlichen selbst im eigenen Land eher wenig bekannt: Dietmar Woidke (57), promovierter Agraringenieur aus Forst in der Lausitz, gehört seit 1994 dem Landtag an, war bereits Landwirtschaftsminister, Fraktionsvorsitzender der SPD sowie Innenminister und ist seit August 2013 Ministerpräsident und Vorsitzender der SPD.

Sein Herausforderer von der CDU, Ingo Senftleben (44), stammt aus der Schraden-Landschaft an der brandenburgisch-sächsischen Grenze, ist Hochbautechniker und seit 1999 im Landtag. Seit 2009 Parlamentarischer Geschäftsführer, übernahm er nach der Landtagswahl 2014, bei der die CDU 23 Prozent erreichte, zunächst die Fraktionsführung und im April 2015 auch die Parteiführung der CDU.

Andreas Kalbitz (46), der Landeschef der Alternative für Deutschland (AfD), wurde in einem Mitgliederentscheid im Januar nur knapp vor dem Zweitplatzierten Hans-Christoph Berndt (61), dem Vorsitzenden von „Zukunft Heimat“, zum Spitzenkandidaten gewählt. Kalbitz, geboren in München, war in jungen Jahren Mitglied der Jungen Union und der CSU, danach Mitglied der Partei Die Repu-

blikaner (REP). 2013 trat er der AfD bei, 2014 wurde er in den Landtag gewählt und trat 2017 die Nachfolge Alexander Gaulands zunächst als Landes-, dann auch als Fraktionsvorsitzender der AfD an, zu deren rechtem Rand er zählt.

Für Die Linke gehen – nach dem durch einen Pharmaskandal bedingten Verzicht von Diana Golze (43), Parteivorsitzende und zurückgetretene Arbeits- und Sozialministerin – Kathrin Dannenberg (52) und Sebastian Walter (29) in den Wahlkampf. Dannenberg aus Calau in der Lausitz ist Lehrerin für Sport, Geschichte und LER (Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde), seit 2014 im Landtag und dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Walter, früherer Vizeparteichef, ist Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Region Barnim im Nordosten von Berlin.

UNZUFRIEDENHEIT IM LAND

Bemerkenswert ist, dass trotz der bei den Brandenburgern – laut Umfragen – überwiegenden persönlichen Zufriedenheit und Zuversicht eine verbreitete politische Unzufriedenheit im Land herrscht, die sich auch in den Sonntagsfragen zur Wahl niederschlägt. Es gibt offenbar in Teilen der Bevölkerung in den „Tiefenschichten der kollektiven Gemütsverfassung“ (Peter Graf Kielmansegg) einen latenten Vertrauensverlust und Verdruss an den bislang führenden und regierenden Parteien bei gleichzeitig hohen Erwartungen an den Staat und die ihn Regierenden.

Profitieren können davon in letzter Zeit vor allem AfD und Grüne. Zugleich

haben die Parteien, die nach radikaleren rechten oder linken Alternativen streben, ein Wählerpotenzial von rund vierzig Prozent und liegen damit momentan nahezu gleichauf mit den Volksparteien SPD und CDU, die allerdings nur eine geringe Mitgliederbasis im Land haben.

Sicher, Brandenburg ist laut Statistischem Jahrbuch 2018 zweigeteilt: Es gibt die boomenden Gebiete rings um Berlin, die seit 1990 einen Bevölkerungszuwachs von bis zu 25 oder 30 Prozent vorweisen können. Und es gibt die „Jottwede“-Gebiete, „janz weit draußen“, wo es viel „Jejend“ gibt, die in den letzten drei Jahrzehnten bis zu einem Drittel an Bevölkerung verloren haben, vor allem junge, tatkräftige Menschen. Mehr als drei Viertel (77 Prozent) der Haushalte bestehen nur noch aus einer Person oder zwei Personen; vier- und mehrköpfige Familien machen lediglich zehn Prozent der Haushalte aus. Auf einen Berufstätigen kommt ungefähr ein Nichtberufstätiger über sechzig oder unter zwanzig Jahren. Obwohl der Ausländeranteil insgesamt nur rund 2,5 Prozent ausmacht, hat jeder achte bis neunte Einwohner unter 35 Jahren bereits einen Migrationshintergrund.

KEINESWEGS ABGEWIRTSCHAFTET

Gleichzeitig steht Brandenburg mit Blick auf seine ökonomischen Eckwerte gar nicht so schlecht da: Die Arbeitslosigkeit liegt mit 5,8 Prozent (April 2019) nicht allzu hoch über dem Bundesdurchschnitt von 4,9 Prozent; beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2017 steht man im Osten genau zwischen dem etwas produktiveren

Sachsen und Thüringen einerseits und dem etwas weniger produktiven Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern andererseits, auch wenn man nur 72 Prozent des Bundesdurchschnitts erreichte; die Armutsgefährdungsquote ist geringer als im deutschen Durchschnitt; beim Schuldenstand pro Einwohner belegt man sogar einen guten fünften Platz hinter Ländern wie Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg, und der Finanzierungssaldo des Haushalts ist seit mehreren Jahren positiv, was für eine solide Finanzpolitik spricht.

Abgewirtschaftet ist Brandenburg also keineswegs, wiewohl es vieles zu verbessern gilt: vor allem in der Bildungspolitik, in Forschung und Entwicklung, bei Verkehr und Infrastruktur, bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung und der inneren Sicherheit. Und natürlich steht in den nächsten zwanzig Jahren mit dem Ausstieg aus der Braunkohle die Umstrukturierung der Lausitz an. Wer das künftig an führender Stelle in die Hand nehmen soll, entscheiden die Brandenburger am 1. September. Zuvor werden die Kommunalwahlen und die Europawahlen am 26. Mai einen weiteren Anhaltspunkt für die politische Stimmung im Land geben.

Bei der letzten Europawahl lag die CDU mit 25 Prozent knapp hinter der SPD (26,9 Prozent); bei den Kommunalwahlen wurde die CDU dagegen auf Kreisebene mit 24,8 Prozent hauchdünn stärkste Kraft vor der SPD (24,5 Prozent). In den Städten und Gemeinden stehen jedoch unabhängige Wählergruppen mit 35,5 Prozent an der Spitze.

Womit wir zum Schluss wieder zu Theodor Fontane kommen, der über sein Brandenburg sagte: „Das Haus, die Heimat, die Beschränkung, die sind das Glück und sind die Welt.“

Erfolgreich, aber irritiert

—
Ein Stimmungsbild vor der Sachsen-Wahl

JOACHIM KLOSE

Geboren 1964 in Eberswalde, Leiter des Politischen Bildungsforums Sachsen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Das Selbstbild der Sachsen scheint sich vom Konsens in der alten Bundesrepublik zu unterscheiden, insbesondere, wenn man in die Medien blickt. Zwei Demonstrationen verdeutlichen dies: Nach der tödlichen Messerattacke in Chemnitz gingen zahlreiche Menschen aus Sorge um den Erhalt der gesellschaftlichen Ordnung auf die Straße. Die Alternative für Deutschland (AfD) nutzte das Ereignis für ihre antidemokratische und rassis-

tische Propaganda. Medial wurde nicht zwischen Rechtsextremen und Demonstranten unterschieden; mit Parolen wie „Hass im Herzen“, „Hetzjagden“ und „Zusammenrottungen“ eskalierte die Sprache. Im Gedächtnis haften bleiben die pöbelnde Menschenmenge und Rechtsextreme, die sowohl den Hitlergruß als auch ihren nackten Hintern zeigten. Letztlich scheinen die Sorgen der Demonstranten unberechtigt gewesen zu sein. Sie müssen nun verantworten, den Rechtsextremismus legitimiert zu haben.

An den Demonstrationen im Hambacher Forst beteiligte sich auch die Mitte

der Gesellschaft, weil sie sich um den Umgang mit der Natur und dem Klimawandel sorgte.¹ Linksradikale, die den Staat bekämpfen und vor Gewalt nicht zurückschrecken,² beteiligten sich ebenfalls. Medial wurde nicht zwischen Demonstranten und Extremisten differenziert; im Gegensatz zu Chemnitz nahm man jedoch die Bürgerinnen und Bürger nicht in Mithaftung für das extremistische Gedankengut, sondern ihre Sorgen ernst. Es wurde von „Sonntagspicknick“ und „fröhlichen Menschen“ gesprochen.

Sind phänomenologisch nicht beide Geschehen einander ähnlich? Hier sorgen sich Menschen um die Grundlagen des Zusammenlebens, dort um die natürlichen Ressourcen. Beide Demonstrationen besaßen ein hohes extremistisches Gewaltpotenzial, das sich gegen Staat und freiheitliche Demokratie wendet. Warum werden die Bürger in Chemnitz für den Extremismus in Mithaftung genommen und im Hambacher Forst nicht? Was ist los in Sachsen? Sind die Menschen dort rechts, konservativ und traditionalistisch, während sie im Westen links, progressiv und liberal sind?

ANGST UM DAS ERREICHTE

Offensichtlich resultiert der Konflikt aus konträren gesellschaftlichen Erfahrungsräumen. Während Westeuropa das Programm des individualistischen Universalismus bis in die letzte Konsequenz verfolgte, kennt Osteuropa noch weitgehende Gruppenloyalitäten und -identitäten, aber auch die Konsequenzen des vormundschafftlichen Staates und den real existierenden Sozialismus.³ In Sachsen treffen

beide Erfahrungsräume aufeinander. Während die ehemaligen DDR-Bürger die Probleme der Osteuropäer teilen, ist die Funktionselite in Sachsen überwiegend durch westeuropäische Erfahrungen geprägt – nur 23 Prozent der Führungspositionen sind mit Ostdeutschen besetzt. Allgemein sind die Einstellungen der Menschen in Ost- und Westdeutschland einander ähnlich; beide bejahen die westlichen Werte und die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Unterschiede werden aber bei praktischen Fragen wie der politischen Beteiligung, der Bedeutung von Religion und der Bewertung von Freiheitsrechten sichtbar.⁴ Wahrscheinlicher ist also ein zeitlicher Verzug der Entwicklungen in den östlichen Ländern. So werden immer noch Grundfragen und das System als Ganzes infrage gestellt.

Auch in der Bundesrepublik nahm die Zustimmung zur Demokratie in Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum erst langsam zu.⁵ Gegenwärtig glauben 77 Prozent der Westdeutschen, dass die Demokratie, die wir in Deutschland haben, die beste aller Staatsformen ist, aber nur 42 Prozent der Ostdeutschen. Bezogen auf die Marktwirtschaft nehmen 91 Prozent der Westdeutschen an, dass es kein besseres Wirtschaftssystem gibt, 48 Prozent der Ostdeutschen bezweifeln dies.⁶ Dass das Vertrauen in Rechtsstaat, Demokratie und Marktwirtschaft in den östlichen Bundesländern nicht so ausgeprägt ist wie in den westlichen, liegt auch an der dauerhaft höheren Arbeitslosigkeit⁷ und dem wirtschaftlichen Entwicklungsdefizit. So empfiehlt das Institut für Wirtschaftsforschung Halle mittlerweile, den ländlichen Raum im Osten aufzugeben.⁸ Menschen nehmen das wahr und haben Angst, das Erreichte zu verlieren.

Dabei ist nicht zu verkennen, dass Sachsen sich wirtschaftlich unter der CDU-Führung hervorragend entwickelt hat und blühende Landschaften Wirklichkeit geworden sind. Nur sind sie ungleich verteilt. Die Leuchtturmstrategie der Politik hat dazu geführt, dass sich das DHL-Drehkreuz und Porsche in Leipzig oder die Mikroelektronik in Dresden angesiedelt haben und dort solide Wachstumskerne entstanden sind, sodass man mittlerweile von der Boomtown Leipzig und dem Silicon Saxony Dresden spricht. Aber das hat auch die internen Spannungen zwischen Gewinner- und Verliererregionen und die Befürchtungen vor weiterführenden Umstrukturierungen, wie etwa durch den Braunkohleausstieg in der Lausitz und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste, verstärkt.

ZWEIFEL AN INNERGESELLSCHAFTLICHER GERECHTIGKEIT

Schon 2004 fanden „Montagsdemonstrationen“ gegen Hartz IV und die Agenda 2010 statt, weil die Menschen Sorge hatten, nicht mehr an Entwicklungen teilzuhaben, und weil die finanzielle Spreizung der Gesellschaft und damit die soziale Ungerechtigkeit zunahmen. 2015 verstärkte die unkontrollierte Einwanderung von Flüchtlingen den Effekt und führte zu einer zusätzlichen Konkurrenz. Sechzig Prozent der AfD-Wähler wählen die Partei aus Protest – linker Protest verbietet sich ja aufgrund der DDR-Vergangenheit. Allgemein scheinen die Ostdeutschen mit ähnlichen Abwertungen konfrontiert zu sein wie Muslime.⁹

Beiden Gruppen wird vorgeworfen, sich zum Opfer zu stilisieren, sich nicht

genügend vom Extremismus zu distanzieren und noch nicht im heutigen Deutschland angekommen zu sein. Damit werden sie stereotypisiert und migrantisiert. Vor allem wird ihre Leistung nicht wertgeschätzt, was die Frustrationen erhöht.

Wenn sich Anstrengungen nicht lohnen und gleiche Leistungen nicht zu gleichen Erfolgen führen, stehen Prinzipien des demokratischen Zusammenlebens infrage, und die Menschen wenden sich ab.¹⁰ Nur 0,7 Prozent der Bevölkerung sind in Sachsen Mitglied einer Partei. Viele Ostdeutsche haben nicht das Vertrauen, dass Politik eine innergesellschaftliche Gerechtigkeit herstellen kann oder diese anstrebt. Sind aber das Vertrauen und die Zustimmung in die Politiker erst einmal verlorengegangen, schwindet auch das Vertrauen in die Strukturen.¹¹

Bezüglich der Migrationskrise werden zwei Erwartungen formuliert: *erstens* die Verhinderung von unkontrollierten Masseneinwanderungen und eine klare Rechtsgrundlage für individuelle Einwanderung und *zweitens* die Unterscheidung von Asyl und Schutzbedürftigkeit einerseits und Wirtschaftseinwanderung andererseits. Die Vermischung der Argumente und das Fehlen von Lösungsansätzen führen zum Erfolg der AfD, die sich realistische Chancen ausrechnet, die Landtagswahl in Sachsen am 1. September zu gewinnen.

Die Umfragewerte für die Sächsische Union liegen seit der Bundestagswahl 2017 konstant bei 29 Prozent, die der AfD bei 25 Prozent. Trotz großer Anstrengung haben sich die Werte der CDU seit anderthalb Jahren kaum verändert. Zahlreiche Bürgergespräche führten zwar dazu, dass der Spitzenkandidat und derzeitige Ministerpräsident 62 Prozent Zustimmung

erhält, was sich jedoch bisher nicht auf die Zweitstimmenpräferenz auswirkt. Besser sehen die jüngsten Umfragen für die Erststimmen aus. Lagen in den sechzig Wahlkreisen CDU und AfD im Januar mit jeweils 28 Direktmandaten noch gleichauf, hat sich dieser Wert im März zugunsten der CDU auf 36 Mandate verbessert (AfD 19).¹² Noch also gibt es Spielräume, die Stimmung weiter positiv zu verändern.

Ein Lackmustest sind die Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai 2019. Nach den derzeitigen Umfragen wäre die Regierungsbildung im Herbst schwierig. Der CDU-Spitzenkandidat Michael Kretschmer hat sich gegen eine Koalition mit der Linken (17 Prozent) und der AfD ausgesprochen. Derzeit würde er neben den CDU-Stimmen auch die von FDP (6 Prozent), Grünen (9 Prozent) und SPD (9 Prozent) für seine Wiederwahl benötigen.¹³

¹ Siehe Wikipedia: Hambacher Forst, de.wikipedia.org/wiki/Hambacher_Forst [Zugriff am 19.01.2019].

² Axel Spilcker: „Die Hintermänner der Gewalt. Linksextremisten ziehen die Fäden im Hambacher Forst“, in: Kölner Stadtanzeiger, 27.10.2018, www.ksta.de/region/die-hintermaenner-der-gewalt-linksextremisten-ziehen-die-faeden-im-hambacher-forst-31500084, s. auch theworldnews.net/de-news/hambacher-forst-vier-busse-ausgebrannt-polizei-pruft-anonymes-schreiben [Zugriff am 19.01.2019].

³ Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1989.

⁴ Ulrike Ackermann / Thomas Petersen: Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? IfD Institut für Demoskopie Allensbach. „Freiheitsindex Deutschland“ 2011, John Stuart Mill Institut. www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/7691_Freiheitsindex.pdf [Zugriff am 27.02.2019].

⁵ Oscar W. Gabriel: „Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellung in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37 (1987), B 22, S. 32–45, elib.uni-stuttgart.de/bitstream/11682/7452/1/gab45.pdf [Zugriff am 26.02.2019].

⁶ Patrick Reichelt: „Allensbach-Umfrage. Ostdeutsche vertrauen Demokratie weniger als Westdeutsche“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.01.2019.

⁷ Markus Gangl / Carlotta Giustozzi: The erosion of political trust in the Great Recession. CORRODE Working Paper #5, Goethe-Universität, Frankfurt 2018, www.corrode-project.org, Version vom 29.01.2018. www.researchgate.net/publication/323935024_The_erosion_of_political_trust_in_the_Great_Recession [Zugriff am 27.02.2019].

⁸ Carla Neuhaus / Matthias Punz: „Stadt statt Land“, www.tagesspiegel.de/wirtschaft/iwh-chef-verteidigt-studie-stadt-statt-land/24068788.html [Zugriff am 08.04.2019].

⁹ Naika Foroutan / Frank Kalter / Coşkun Canan / Mara Simon: Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung. DeZIM-Institut, Berlin 2019.

¹⁰ Ebd., S. 23.

¹¹ Jan Timmer: Vertrauen. Eine Ressource im politischen System der römischen Republik. Campus Historische Studien Band 74, Campus Verlag, Frankfurt / New York 2017.

¹² Erststimmenprognose LTW Sachsen, wahlkreisprognose.de/prognose-saechsische-landtagswahlkreise.html [Zugriff 08.04.2019].

¹³ Sächsische Zeitung (6./7. April 2019): Sonntagsfrage: CDU knapp vor AfD.

Kopf an Kopf

Thüringen wählt am 27. Oktober

DANIEL BRAUN

Geboren 1976 in Apolda, seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter und seit April 2019 kommissarischer Leiter des Politischen Bildungsforums Thüringen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nach Sachsen und Brandenburg wird in Thüringen am 27. Oktober ein neuer Landtag gewählt. Die Thüringer Spitzenkandidaten der drei in den Umfragen stärksten Parteien sind bundesweit bekannt. Der Landesvorsitzende der CDU und Spitzenkandidat seiner Partei, Mike Mohring, konnte sich bereits bundespolitisch profilieren. Ein Schicksalsschlag – seine Krebs-

erkrankung – rückte ihn überdies in den Fokus der Öffentlichkeit.

Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) ist der erste Politiker seiner Partei, der eine Landesregierung führt, während der Landesvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD) Björn Höcke als Symbolfigur des rechten Flügels bereits mehrfach für Kontroversen sorgte. Die letzte Umfrage sah die CDU bei 27,7, Die Linke bei 24,7 und die AfD bei 19,2 Prozent. Sollten sich diese Umfrageergebnisse im Wahlergebnis widerspiegeln, wird eine Regierungsbildung schwierig. Dennoch sind vereinzelte Gedankenspiele aus der Union in Schleswig-Holstein und

Brandenburg, die Koalitionsoptionen zwischen CDU und Linke beziehungsweise CDU und AfD ins Spiel brachten, wenig realistisch.

Oberste Priorität der Thüringer Union ist es, wieder als stärkste Partei aus den Landtagswahlen hervorzugehen, um Anspruch auf die Regierungsführung erheben zu können.

Die politische Situation im Landtagswahljahr 2019 ist geprägt von einer Rot-Rot-Grünen Landesregierung, die kaum noch inhaltliche Akzente setzt. Der Koalitionsvertrag ist weitgehend abgearbeitet, und beim zentralen Thema, der Verwaltungs- und Gebietsreform, ist die Landesregierung gescheitert. Neben juristischen Mängeln wurde der ideologische Eifer bei diesem Projekt, der auch eine Vielzahl von Kommunalpolitikern aus den eigenen Reihen in offenen Widerspruch zur Regierung brachte, der Koalition zum Verhängnis. Die Landesregierung ignorierte insbesondere, dass das Thema Heimat und (regionale) Identität für die Thüringer von großer Relevanz ist.

Mit dem neuen Thüringer Schulgesetz wird derzeit ein ähnliches Thema kontrovers debattiert, plant doch die Landesregierung, Mindestschülerzahlen für Schulen vorzuschreiben, wodurch eine Schulschließungswelle im ländlichen Raum befürchtet wird. Die Landesregierung versucht dabei, zu kaschieren, dass sie nicht in der Lage war, ausreichend neues Lehrpersonal einzustellen und sich infolgedessen der Unterrichtsausfall bis hin zu einem Totalausfall einzelner Fächer auf Rekordniveau bewegt. Höhepunkt dieses Desasters war Anfang 2019 die Meldung, eine Grundschule müsse aufgrund des Lehrermangels eine Vier-Tage-Woche einführen.¹

Gleichwohl verfügt die jetzige Landesregierung durch die gute gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland über finanzielle Spielräume wie keine andere vor ihr. Bei der Haushaltsplanung lässt sie sich auch nicht davon abhalten, bereits Fakten für das neu zu wählende Landesparlament zu schaffen, indem man noch im Sommer 2019 den Haushalt für 2020 beschließen will.

MIKE MOHRING UND DIE THÜRINGER UNION

Der Thüringer Landesvorsitzende und Spitzenkandidat der CDU, Mike Mohring, konnte seine Führungsposition in der Thüringer Union behaupten. Der unerwartete Rückzug von Landtagspräsident Christian Carius aus der Politik Ende vergangenen Jahres verhinderte eine in der Presse kolportierte Gegenkandidatur um das Amt des Spitzenkandidaten.

Die Krebserkrankung ist für Mohring ein Schicksalsschlag, dennoch zeigt er mit regelmäßiger Präsenz in den Medien und auf Veranstaltungen seine feste Entschlossenheit, einen erfolgreichen Wahlkampf zur Rückeroberung der Thüringer Staatskanzlei zu führen. Die seit Wiedergründung des Freistaats Thüringen erstmalige Oppositionsrolle der CDU nahm die Partei nach Anlaufschwierigkeiten an; seither übt sie ihre parlamentarischen Oppositionsrechte gegenüber der Landesregierung akribisch aus. Gleichwohl kann die Union die auch in Thüringen wichtigen Themen Innere Sicherheit sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik nicht allein dominieren, da die AfD diese Themen für ihre populistischen Botschaften nutzt.

Sowohl nach der Bundestagswahl 2017 als auch nach den Bürgermeister- und Landratswahlen 2018 zeichnete sich insbesondere im ländlichen Raum, also in den Hochburgen der Union, ein massiver Stimmengewinn der AfD ab. Es wird daher große Anstrengungen erfordern, diese Direktmandate zu behaupten. Zudem wird bei der kommenden Wahl ein Generationenwechsel erfolgen, kandidieren doch langjährige Fraktionsmitglieder, wie beispielsweise die ehemalige Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, nicht mehr. Auf Bundesebene ist die Thüringer Union mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Christian Hirte, gut aufgestellt.

BODO RAMELOW UND DIE R2G-KOALITION

In Thüringen gelang es der Linken 2014 erstmals mit Bodo Ramelow, einen Ministerpräsidenten zu stellen. Der Stil Ramebows ist betont präsidial und repräsentativ, sodass zuweilen der Eindruck entsteht, er sei an der Tagespolitik seines Kabinetts unbeteiligt. Ramelow gilt durchaus als Sympathieträger und paart rhetorisches Talent mit bürgerlichem Auftreten. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Partei und Fraktion noch immer ehemalige Mitglieder der „bewaffneten Organe der DDR“ zentrale Funktionen besetzen und einzelne Fraktionsmitglieder sich nicht immer eindeutig von linksradikalen Gruppen abgrenzen. Zudem bleibt das Verhältnis zu den Sicherheitskräften ambivalent. Fotos von Politikern der Linken und anderen Mitgliedern der Regierungskoalition mit „zufälligen“ ACAB-

Schmierereien („All Cops Are Bastards“) im Hintergrund,² die konsequente Blockierung einer besseren Personalausstattung des Thüringer Verfassungsschutzes und die paradoxe Situation, dass die Regierungsfraktion der Linken die meisten kleinen parlamentarischen Anfragen an das vom Koalitionspartner SPD geführte Innenministerium stellt,³ zeugen von Misstrauen und Geringschätzung gegenüber den Sicherheitsbehörden. Bodo Ramelow mag dies zuweilen selbst kritisieren, aber ohne diese Akteure seiner Partei wäre er nicht Ministerpräsident.

Die Thüringer SPD hat mit dem Koalitionswechsel von der CDU zu Rot-Rot-Grün (R2G) nicht den erhofften Schub erhalten, der mit der vermeintlichen Hinwendung zu linkeren Positionen erwartet wurde. Hinzu kommt, dass die gescheiterte Gebietsreform in der Ressortverantwortung des inzwischen zurückgetretenen SPD-Innenministers Holger Poppenhäger lag.

Der 2018 zum SPD-Landesvorsitzenden aufgestiegene Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee kann zwar auf gute Wirtschaftsdaten verweisen, doch Digitalisierungsprojekte konnte auch er nicht vorantreiben. Im kürzlich erschienenen *Deutschland-Index der Digitalisierung 2019* belegt Thüringen den letzten Platz. Tiefensee ist zwar Spitzenkandidat seiner Partei, bei seiner Wahl in dieses Amt betonte er jedoch realistisch, dass er nicht als Ministerpräsidentenkandidat antrete.

Welche Koalitionsoptionen die SPD ergreifen wird, bleibt offen. Dass der ehemalige SPD-Landesvorsitzende und Erfurter Oberbürgermeister Andreas Bausewein die erste Thüringer R2G-Koalition in Erfurt Ende 2018 zugunsten eines Bündnisses mit der CDU platzen ließ, verweist

auf die unsichere Positionierung der Sozialdemokraten.

Die Grünen, kleinster Partner der Regierungskoalition, konzentrieren sich auf ihr Kernthema Umwelt und profitieren zurzeit vom positiven bundesweiten Trend ihrer Partei. Auch aufgrund ihrer Affinität zu urbanen Themen sind sie vor allem in den größeren Städten attraktiv.

DIE AfD IN THÜRINGEN

Die AfD zog bereits 2014 in den Thüringer Landtag ein, damals allerdings noch unter dem Label einer eurokritischen Partei. Die Flüchtlingskrise 2015 verstärkte den Rechtsdrall der Partei und beförderte ihre Zustimmungswerte. Den hinreichend bekannten Äußerungen zur Erinnerungskultur und Zuwanderung ihres Landeshofs Björn Höcke schloss sich der Großteil der Partei und Fraktion an. Zwar verlor die AfD-Fraktion inzwischen vier ihrer ursprünglich elf Abgeordneten durch Austritt oder Parteiwechsel,⁴ doch wird die neu gewählte Fraktion nach der bevorstehenden Landtagswahl den Kurs Björn Höckes voraussichtlich geschlossen unterstützen.

Björn Höcke strebt an, dass die AfD stärkste Partei im Landtag wird. Doch selbst in diesem Fall dürfte sie keine Koalitionspartner für eine Regierungsbildung finden. Die vergangenen Wahlen zeigten aber, dass die AfD selbst in Wahlkreisen, wo sie ohne Kandidaten antrat, Gewinne verbuchen konnte. Ein Stimmenzuwachs

für die Partei und der Wiedereinzug in den Landtag gelten somit als sicher. Dies würde bedeuten, dass die AfD staatliche Mittel für die Bildungsarbeit politischer Stiftungen erhalten könnte. Darauf bereitete sie sich kürzlich mit der Gründung der Joseph-Meyer-Stiftung vor.⁵

Alle Parteien gehen derzeit mit unsicheren Aussichten auf stabile Regierungsbündnisse in die Landtagswahl am 27. Oktober 2019. Aus Sicht der CDU wäre es daher zu früh, bereits jetzt über mögliche Szenarien zu diskutieren, da viele Faktoren, beispielsweise ein Einzug der FDP in den Landtag, offen sind. Es gilt daher, sich als zuverlässige bürgerliche Regierungsoption zu linker Ideologie und rechtem Populismus in Position zu bringen und die Herausforderungen der Zukunft anzusprechen.

¹ www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Lehrermangel-in-Thueringen-Vier-Tage-Woche-fuer-Grundschueler-in-Unterwellenbor-504269470, 18.01.2019 [Zugriff am 10.04.2019].

² www.deutschlandfunk.de/debatte-ueber-polizei-in-thueringen-ein-bild-bringt-die.862.de.html?dram:article_id=368512, 13.10.2016 [Zugriff am 10.04.2019].

³ www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Die-hauseigene-Opposition-in-der-rot-rot-gruenen-Koalition-1750515925, 14.02.2019 [Zugriff am 10.04.2019].

⁴ Pikant ist in diesem Zusammenhang, dass der ehemalige AfD-Abgeordnete Oskar Helmerich mit seinem Übertritt zur SPD die Ein-Stimmen-Mehrheit von R2G im Landtag garantiert.

⁵ www.insuedthueringen.de/region/thueringen/thuefwthuedeu/AfD-spannt-Joseph-Meyer-fuer-Stiftung-ein;art83467,6598074, 02.03.2019 [Zugriff am 10.04.2019].

Krisen- und Partnerregion

Aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika

STEFAN REITH

Geboren 1978 in Fulda, Leiter Team Lateinamerika, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Lange Zeit spielte Lateinamerika in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit kaum eine Rolle. Seit dem sich zuspitzenden Machtkampf zwischen dem Regime von Nicolás Maduro und dem Übergangspräsidenten Juan Guaidó in Venezuela nimmt das mediale In-

teresse an der Region jedoch sichtlich zu; nicht zuletzt, weil die dortige humanitäre und politische Krise inzwischen die Stabilität der gesamten Region bedroht. Vor allem das Nachbarland Kolumbien, das sich in einem fragilen Friedensprozess befindet, ist betroffen. Weit über eine Million Venezolaner sind nach Kolumbien geflohen. Mehrere Hunderttausende befinden sich in Peru und anderen Ländern der Region. Die Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme der lateinamerikanischen Nachbarn drohen an der massiven Herausforderung zu scheitern.

Nachdem die demokratische Opposition bei den Parlamentswahlen 2015 einen deutlichen Wahlsieg erzielt hatte, entmachtete das Regime durch Einrichtung einer „verfassungsgebenden Versammlung“ das Parlament. Die

vorgezogenen Präsidentschaftswahlen vom Mai 2018 gerieten zur Farce und wurden von der westlichen Staatengemeinschaft nicht anerkannt. Führende Köpfe der demokratischen Opposition wurden verhaftet oder ins Exil getrieben, die Repressionsschraube noch einmal angezogen.

Seitdem sich Parlamentspräsident Juan Guaidó am 23. Januar 2019 unter Berufung auf die venezolanische Verfassung zum Übergangspräsidenten ausgerufen hat, um das Land in freie und glaubwürdige Wahlen zu führen, ist ein Machtkampf mit ungewissem Ausgang entbrannt. Während eine Mehrheit der Venezolaner Guaidó unterstützt, stehen nur noch der vom kubanischen Geheimdienst durchgesetzte Sicherheitsapparat und die Führungsspitze des Militärs zu Maduro. Der Machtpoker hat längst eine geopolitische Dimension angenommen. Ähnlich wie im Kalten Krieg stehen sich zwei Staatengruppen gegenüber – die liberalen Demokratien westlicher Prägung, die Guaidó unterstützen, und autoritäre Staaten wie Russland, China, Türkei, Kuba und Iran, die am Regime Maduro festhalten.

Leidtragende ist die Zivilbevölkerung, die die lebensnotwendigen Grundbedürfnisse kaum decken kann. Es fehlt nicht nur an Nahrungsmitteln und Medikamenten; die Strom- und Wasserversorgung ist ebenfalls zusammengebrochen. Die Kinder- und Müttersterblichkeit hat dramatisch zugenommen, und Hunderttausende Kinder leiden an lebensbedrohlicher Mangelernährung.

Im Schatten der Venezuelakrise finden die Entwicklungen in Nicaragua international kaum Beachtung. Dort hat sich der einstige sandinistische Kämpfer Daniel Ortega zu einem autoritären Herrscher entwickelt, der sich mit allen Mitteln an die Macht klammert. Bei der Unterdrückung der Massenproteste 2018 gegen die Diktatur des Familienclans Ortega – die Ehefrau Ortegas, Rosario Murillo, ist Vizepräsidentin, und sieben Kinder des Paares besetzen wichtige Positionen in Politik und Wirtschaft des Landes – ließ Ortega auf die Demonstranten schießen. Hunderte Personen kamen ums Leben, noch mehr wurden verletzt oder festgenommen. Trotz verschiedener Verhandlungssinitiativen und internationalen Drucks auf das Regime ist eine friedliche Lösung des Konflikts nicht in Sicht.

POLITISCHE VERTRAUENSKRISE SCHÜRT POPULISMUS

Von diesen akuten Krisenszenarien abgesehen, lässt sich in anderen Ländern der Region eine politische Vertrauenskrise beobachten, die sich in der Wahl vermeintlicher Outsider oder Populisten linker und rechter Prägung äußert. So gelang in Guatemala dem Fernsehkomiker Jimmy Morales bei den Präsidentschaftswahlen 2015 unter dem Slogan „ni corrupto, ni ladrón“ („weder korrupt, noch ein Dieb“) ein überraschender Wahlsieg. Nachdem die UNO-Kommission CICIG (*Comisión Internacional contra la Impunidad en Guatemala*,

Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala) jedoch wegen illegaler Wahlkampffinanzierung gegen Morales ermitteln wollte, beendete dieser das Mandat der Kommission und verweigerte ihrem Vorsitzenden Iván Velásquez die Wiedereinreise nach Guatemala.

Die Wahlen in Mexiko entschied im Juli 2018 der Linkspopulist Andrés Manuel López Obrador („AMLO“) für sich. Er profitierte von der verheerenden Bilanz seiner Vorgänger bei der Bekämpfung von Korruption und Drogen Gewalt. Nach zwei erfolglosen Kandidaturen 2006 und 2012 schaffte „AMLO“ den Wahlsieg und konzentriert seitdem die Macht im Präsidentenpalast. Die Autonomie der Bundesstaaten wurde durch eine Rezentralisierung beschnitten. Regiert wird in Form von beinahe täglichen, mehrstündigen Fernsehauftritten des Präsidenten.

Anders verhält es sich in Brasilien, wo der im Oktober 2018 ins Amt gewählte Rechtspopulist Jair Bolsonaro à la Trump Twitter zu seinem bevorzugten Kommunikationskanal erhoben hat. Schon im Wahlkampf hatte der vermeintliche Außenseiter auf soziale Medien und eine WhatsApp-Kampagne gesetzt. Einerseits fällt der Präsident weiterhin durch diffamierende Äußerungen gegen Frauen, Homosexuelle und Afro-Brazilianer auf und verherrlicht die brasilianische Militärdiktatur. Andererseits besetzte er wichtige Positionen des Kabinetts mit anerkannten Experten, die populistische Argumente meiden. Ob es dem renommierten Wirtschafts- und Finanzminister Paulo Guedes gelingt, die überfällige Rentenreform durch das Parlament zu bringen, und dem Justizminister Sérgio Moro, die Korruption wirksam zu bekämpfen, hängt auch vom Präsidenten ab. Setzt Bolsonaro sein rechtspopulistisches Wahlkampfgetöse fort, dürfte dies die politische Landschaft innerhalb und außerhalb des Parlaments weiter polarisieren und den dringend notwendigen Konsens für sozial- und wirtschaftspolitische Reformen torpedieren.

WAHLEN IN URUGUAY UND ARGENTINIEN

Bei den 2019 anstehenden Wahlentscheidungen stehen vor allem Argentinien, Bolivien und Uruguay im Fokus. In Uruguay könnte sich die konservative Trendwende nach dem Ende der rosaroten Welle fortsetzen. Nach drei Legislaturperioden unter der linksgerichteten Regierung der *Frente Amplio* („Breite Front“) stagniert die wirtschaftliche Entwicklung, und der Verschleiß der Regierungspartei könnte der Opposition zugutekommen.

In Argentinien kommt es zu einer Abstimmung über das Reformprojekt der Regierung Macri. Trotz Wirtschaftsreformen und Reintegration in den Weltmarkt bleibt der Wirtschaftsaufschwung bislang aus. Die unvermindert hohen Inflationsraten reduzieren die Kaufkraft der Argentinier und schüren Ungeduld und Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Ob Präsident Mauricio Macri die Wahlen gewinnen und begonnene Reformen fortführen kann oder

ob die Peronisten, möglicherweise erneut in Gestalt von Cristina Kirchner, in den Präsidentenpalast einziehen, hat erhebliche Signalwirkung für die Region. Auch die Wahlen in Bolivien, wo Evo Morales, langjähriger Präsident und Wegbegleiter von Hugo Chávez, trotz des in der Verfassung festgelegten Wiederwahlverbots erneut antritt, werden in der Region aufmerksam verfolgt. Bei einem Wahlsieg von Morales besteht das Risiko einer Verfestigung autoritärer Tendenzen.

Bei aller Heterogenität und Diversität stehen viele Länder Lateinamerikas vor gemeinsamen Herausforderungen. Oben auf der Agenda steht das Thema Sicherheit. Zwar gibt es keine zwischenstaatlichen Kriege, doch nirgends auf der Welt ist das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, so hoch wie dort. Bei einem Anteil von acht Prozent an der Weltbevölkerung verzeichnen die Staaten Lateinamerikas und der Karibik 35 Prozent aller weltweiten Tötungsdelikte. Von den fünfzig gefährlichsten Städten weltweit befinden sich 43 in Lateinamerika. Brasilien und Mexiko verzeichnen pro Jahr mehr Gewalttote als Syrien und Afghanistan. Damit eng verbunden sind die Herausforderungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Straflosigkeit. In Mexiko werden 98 Prozent der Straftaten niemals aufgeklärt. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte verfügen in der Region oft nicht über ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen und sind daher korruptionsanfällig. Neun von dreizehn Ländern mit der höchsten Straffreiheit weltweit liegen in der Region Lateinamerika und Karibik.

SKANDALE UND KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Die weitverbreitete Korruption schwächt die Demokratie und behindert eine nachhaltige Entwicklung. Auf dem *Corruption Perceptions Index 2018* von Transparency International belegen von 180 Ländern Mexiko (138), Guatemala (144), Nicaragua (152), Haiti (161) und Venezuela (168) hintere Plätze. Der Skandal um den brasilianischen Bauunternehmer Odebrecht erschütterte die gesamte Region, weil sich bei den Ermittlungen herausstellte, dass die Korruption bis in die höchsten Staatsämter reichte, und zwar unabhängig von Land und politischem Lager. Allerdings bleibt festzuhalten, dass eine kritische Zivilgesellschaft, investigative Medien und mutig agierende Strafverfolgungsbehörden im Kampf gegen die Korruption wichtige Erfolge erzielt haben. In Brasilien, Peru, Guatemala und weiteren Ländern wurden Ex-Präsidenten und Minister wegen Korruption zu Haftstrafen verurteilt.

Selbst Vertreter der gesellschaftlichen und politischen Elite, die sich lange Zeit für unantastbar hielten, sind nicht mehr aufgrund ihres Status vor Strafverfolgung geschützt. Der Selbstmord des ehemaligen peruanischen Präsidenten Alan García, der sich im April 2019 nur durch einen Kopfschuss

dem Zugriff der Justiz zu entziehen wusste, machte dies auf dramatische Weise deutlich.

Ebenso verflochten mit dem Thema Korruption ist die Unterwanderung staatlicher Institutionen durch die organisierte Kriminalität. Insbesondere das „Nördliche Dreieck“ Zentralamerikas (El Salvador, Guatemala, Honduras), Mexiko, Kolumbien und Venezuela sind stark betroffen. Experten sprechen im Falle Venezuelas bereits von einem Mafia-Staat, dessen höchste Regierungskreise in Drogenschmuggel, Menschenhandel und illegalen Abbau von Edelmetallen verwickelt sind. Das „Kartell der Sonnen“, dem Generäle und hohe Regierungsvertreter angehören, kontrolliert nach Recherchen der Organisation *InSight Crime* große Teile des Kokainhandels, der über Venezuela abgewickelt wird.

Armut und enorm ungleiche Einkommensverteilung sind weitere Herausforderungen. Die meisten Länder Lateinamerikas und der Karibik werden von der Weltbank als Länder mit mittlerem Einkommen klassifiziert (25), elf Staaten als Länder mit hohem Einkommen und nur Haiti als Land mit niedrigem Einkommen. Dennoch kommt die Armutsbekämpfung nur sehr langsam voran; noch immer gelten einer aktuellen OECD-Studie zufolge 25 Prozent der Bevölkerung mit einem täglichen Einkommen von weniger als 5,50 US-Dollar als arm. Zudem gilt Lateinamerika als die Region mit den größten Einkommensunterschieden weltweit.

PARTNER FÜR DIE EINE WELT

Der Demokratieindex 2018 der Zeitschrift *The Economist* klassifiziert Kuba, Venezuela und Nicaragua als autoritäre Regime und die Staaten des „Nördlichen Dreiecks“ Zentralamerikas sowie Bolivien als hybride Regime. Costa Rica und Uruguay werden als vollständige Demokratien, die weiteren Staaten als mangelhafte Demokratien eingeordnet. Damit ist Lateinamerika nach Europa und Nordamerika immer noch die demokratischste Weltregion.

Schon heute treten die Europäische Union (EU) und die meisten lateinamerikanischen Staaten in multilateralen Foren wie den Vereinten Nationen für die gemeinsame Überzeugung ein, dass demokratische Regierungsformen und offene Märkte die Grundvoraussetzung zur Erreichung der in der Agenda 2030 vereinbarten Entwicklungsziele sind. Gemeinsam verfügen die EU und die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (*Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños*, CELAC) über eine kritische Masse, um gemeinsamen Werten und Interessen auf globaler Ebene Geltung zu verschaffen. Zusammengerechnet leben in beiden Regionen über eine Milliarde Menschen, die vierzig Prozent des globalen Bruttonationaleinkommens erwirtschaften. Mit 61 Staaten stellen EU und CELAC zudem knapp ein Drittel aller Mitglieder der Vereinten Nationen.

Doch auch andere internationale Akteure haben die strategische Bedeutung Lateinamerikas erkannt. Vor allem China nutzt das durch den Rückzug der USA infolge von Präsident Trumps *America first*-Politik entstandene Vakuum. Die ökonomische und politische Durchdringung der Region geht dabei Hand in Hand. Politische Kommentatoren sprechen bereits von einem Wandel Lateinamerikas vom Hinterhof der USA zum Vorhof Chinas. Denn China ist inzwischen der wichtigste Handelspartner von Argentinien, Brasilien, Chile und Peru sowie Hauptgläubiger von Brasilien, Venezuela und Ecuador. Das Handelsvolumen zwischen Lateinamerika und China betrug 2017 fast 260 Milliarden US-Dollar – mehr als zwanzigmal so viel wie noch zur Jahrtausendwende. Im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ ist China zudem zu einem der wichtigsten Investoren und Kreditgeber in Lateinamerika geworden. 250 Milliarden US-Dollar will China nach offiziellen Angaben 2015 bis 2025 in Lateinamerika investieren.

Dem zunehmenden Einfluss Chinas mit seinem autoritären Gesellschaftsmodell sollten Deutschland und Europa auch in Lateinamerika eine ökonomisch nachhaltige und faire sowie demokratische Alternative entgegenhalten. Um angesichts der aktuellen Herausforderungen die freiheitlich-demokratische Weltordnung stabilisieren zu können, bedarf es verlässlicher Partnerschaften im Rahmen einer internationalen Werteallianz. Die meisten lateinamerikanischen Staaten sind dafür zentrale Partner und sollten daher in ihrem Bestreben unterstützt werden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung in ihrer Region zu festigen.

Venezuela und das „Nördliche Dreieck“

—
Migrationskrisen in Lateinamerika

CHRISTIAN BILFINGER

Geboren 1990 in São Paulo (Brasilien), Referent für Flüchtlings- und Migrationspolitik, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Auch in Lateinamerika sind Migrationskrisen zu einem entscheidenden Thema geworden. Von besonderer Bedeutung ist einerseits die Transmigration aus dem sogenannten „Nördlichen Dreieck“ Zentralamerikas durch Mexiko mit dem Ziel USA und andererseits die Flüchtlingsbewegung aus Venezuela.

Während die Migration in die USA bereits seit den 1980er-Jahren stetig wächst und vor allem durch die große öffentliche Wahrnehmung der „Migrantenkarawanen“ sowie den US-amerikanischen Streit über Grenzschutzmaßnahmen der Trump-Administration im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, handelt es sich im Fall Venezuelas um eine vergleichsweise neue und kaum beachtete Krise. Venezuela war traditionell Einwanderungsland; noch 2005 lebten weniger als eine halbe Million Venezolaner im Ausland. Die seit dem Machtwechsel 2013 zunehmend katastrophale Versorgungslage hat rund dreieinhalb Millionen Venezolaner dazu gezwungen, das Land zu verlassen; die meisten von ihnen finden Zuflucht in Kolumbien und Peru.

In den USA stehen Migrationspolitik und Grenzsicherung nicht erst seit dem jüngsten und bisher längsten „Government Shutdown“ vom 22. Dezember 2018 bis 25. Januar 2019 im Zentrum der politischen und öffentlichen Wahrnehmung. Zum „Shutdown“ kam es vor allem aufgrund von Präsident Donald Trumps Forderung nach Bundesmitteln in Höhe von 5,7 Milliarden US-Dollar für den Bau der von ihm propagierten Grenzmauer, der sich die Demokraten und das von ihnen kontrollierte Abgeordnetenhaus vehement widersetzen. In Mexiko hingegen war das Thema viele Jahre lang nur eine Randnotiz; erst die resolute Rhetorik Trumps, beispielsweise bezogen auf die „Migrantenkarawane“ aus Zentralamerika, und seine Verquickung des Themas mit anderen Feldern der bilateralen Beziehungen haben es ganz oben auf die politische Tagesordnung gebracht; auch für den neu gewählten Präsidenten Andrés Manuel López Obrador.

Obwohl Trumps größtes migrationspolitisches Anliegen, der Bau der Grenzmauer, weit von einer Umsetzung entfernt ist, hat seine Administration andere umfassende Änderungen in der Migrationspolitik vorgenommen: Unter anderem wurde der Umfang des humanitären Umsiedlungsprogramms von Flüchtlingen mehr als halbiert, die Ausweisung von illegal in den USA lebenden Migranten im ersten Jahr unter Trump um fast vierzig Prozent erhöht sowie das Prüfungsverfahren für Asylanträge verlangsamt oder erschwert. Auch das DACA-Programm der Obama-Administration (*Deferred Action for Childhood Arrivals*), das illegale Einwanderer, die bereits als Minderjährige in die USA gekommen sind, temporär vor einer Abschiebung schützt und eine Arbeitserlaubnis ermöglicht, ist ausgesetzt worden. Die Familientrennungen an der Grenze, die auch in den USA für mediale Empörung sorgten, und die „Remain in Mexico“-Richtlinie, nach der Asylsuchende in Mexiko ausharren müssen, während sie auf die Bearbeitung ihrer Anträge in den Staaten warten, sind weitere Schritte. Obwohl viele dieser Maßnahmen durch Gerichtsverfahren, politischen und gesellschaftlichen Widerstand weiterhin verzögert oder verhindert werden, stellen sie dennoch einen Paradigmenwechsel in der amerikanischen Migrationspolitik dar.

MEXIKO: ZENTRALAMERIKANISCHE (TRANS-)MIGRATION

Den Konsequenzen kann sich auch Mexiko nicht entziehen, das zwar traditionell den eigenen Bürgern in den USA immer große Aufmerksamkeit eingeräumt, jedoch das Phänomen der Transmigration von Zentralamerikanern durch Mexiko in die USA bisher nicht als eigenes Problem erachtet hat. Die etwa zwölf Millionen in den USA lebenden Mexikaner spielen für den mexikanischen Staat nicht zuletzt aufgrund der Rücküberweisungen von jährlich mehr als 25 Milliarden US-Dollar eine wichtige Rolle. So unterhält Mexiko fünfzig Konsulate in den USA. Die Einwanderung von Mexikanern ist jedoch

in den letzten zehn Jahren stark rückläufig. Seit 2016 kehrten jährlich mehr Mexikaner aus den USA zurück als umgekehrt. Die Migration aus dem „Nördlichen Dreieck“ Zentralamerikas – Guatemala, Honduras und El Salvador – gegen Norden steigt dagegen deutlich an. Die ersten „Migrantenkarawanen“ erhielten breite Unterstützung durch die mexikanische Zivilbevölkerung, und der mexikanische Staat vergab 13.000 einjährige humanitäre Visa sowie Arbeitserlaubnisse in den südlichen Bundesstaaten, um den Migrationsdruck an der US-mexikanischen Grenze zu lindern. Dieses Visaprogramm musste jedoch kurzfristig eingestellt werden, da es das mexikanische Migrationssystem lahmzulegen drohte. Außerdem nahm die zivilgesellschaftliche Unterstützung für Migranten stark ab. In den mexikanischen Grenzstädten zu den USA, in denen Tausende zentralamerikanische Migranten gestrandet sind, kommt es bereits zu sozialen Spannungen und Gewalt gegen Migranten.

López Obrador möchte die Migrationskrise durch einen Entwicklungsplan für die südlichen Bundesstaaten Mexikos, zu denen auch sein Heimatstaat Tabasco gehört, und einen „Marshallplan“ mit einem finanziellen Umfang von dreißig Milliarden US-Dollar für die drei Länder des „Nördlichen Dreiecks“ lösen. Die USA sollen sich laut Obrador an beiden Plänen beteiligen. Tatsächlich haben sie bereits 5,8 Milliarden US-Dollar für den „Marshallplan“ zugesichert. Diese mögliche Kooperation der USA und Mexikos in der Migrationspolitik scheint jedoch zum Scheitern verurteilt, da ähnliche durch die USA gesponserte Programme wie die *Alliance for Prosperity* („Bündnis für Wohlstand“) in der Region keine erkennbaren Verbesserungen bewirkt haben. Zudem werden die entscheidenden Bedingungen für eine langfristig positive wirtschaftliche und sicherheitspolitische Entwicklung im „Nördlichen Dreieck“, nämlich der Aufbau unabhängiger demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen, einerseits kaum von einem Präsident López Obrador, der in Mexiko etwa unabhängigen staatlichen Stellen, die seine Macht einschränken könnten, die Budgets kürzt, und einem Präsident Trump, der Richter aufgrund ihm missfallender Rechtsprechung persönlich angeht, umgesetzt werden. Andererseits stehen López Obrador und Trump die Präsidenten von Guatemala, Honduras und El Salvador gegenüber, denen massive Korruption und umfangreicher Demokratieabbau vorgeworfen werden.

VENEZUELA: ESKALATION EINER KRISE

Hyperinflation, Stromausfälle, Nahrungsmittelknappheit, fehlende Medikamente, ausufernde Kriminalität und Gewalt – dies sind nur einige Konsequenzen der inzwischen katastrophalen Lage im Land. Die von Nicolás Maduro und durch mafios durchgesetzte staatliche Strukturen zugrunde gerichtete Volkswirtschaft vermag die Venezolaner nicht einmal mehr mit dem Nötigsten zum Leben zu versorgen: Über die Hälfte der Krankenhäuser musste

geschlossen werden, es mangelt zu achtzig Prozent an Medikamenten, und allein 2017 verloren über zwei Drittel der Venezolaner durchschnittlich mehr als elf Kilo Körpergewicht durch Mangelernährung. Währenddessen weist Maduro jegliche persönliche und politische Schuld von sich; er begründet die zuletzt wöchentlich vorkommenden Stromausfälle mit vermeintlichen Hacking-Angriffen aus den USA.

Aufgrund dieser eskalierten Versorgungskrise verließen 2018 im Schnitt täglich 5.000 Menschen das Land, über 1.825.000 Menschen im Jahr. Während in der ersten Migrationswelle vor allem die Wohlhabenden das Land mit dem Flugzeug in Richtung USA und Spanien verließen, flüchten jetzt auch die Ärmsten, meist zu Fuß. Kolumbien beherbergt mit über 1,3 Millionen die meisten Venezolaner, doch auch Peru (506.000), Chile (288.000), Ecuador (221.000), Argentinien (130.000) und Brasilien (96.000) tragen eine große Last. Während der Machtkampf zwischen Übergangspräsident Juan Guaidó und De-facto-Präsident Maduro die internationale Aufmerksamkeit auf sich zieht, haben diese Länder fast unbemerkt über zwei Millionen venezolanische Migranten aufgenommen.

ÜBERFORDERTE NACHBARLÄNDER

Trotz mehrheitlicher Solidarisierung der lateinamerikanischen Nachbarländer mit den venezolanischen Migranten stellen sie eine große Belastung dar, die auch durch den immensen Einsatz zahlreicher Freiwilliger, kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen und des UN-Flüchtlingshilfswerks nicht aufgefangen werden kann. Der 2018 extrem gestiegene Migrantenstrom hat vor allem strukturschwache Grenzregionen in Brasilien, Peru und Kolumbien getroffen. In Brasiliens nördlichem Bundesstaat Roraima kam es zu Ausschreitungen gegen Migranten, und auch das „Bruderland“ Kolumbien scheint allmählich überfordert zu sein. Das besondere Verhältnis zwischen Kolumbien und Venezuela ist vor allem der Migrationserfahrung von Hunderttausenden Kolumbianern in Venezuela während des fünfzigjährigen bewaffneten Konflikts von 1966 bis 2016 geschuldet. Doch auch hier beginnt die Stimmung zu kippen: In dem noch fragilen Land reichen die Arbeitsplätze für die venezolanischen Migranten ohne negative Konsequenzen für Kolumbianer, vor allem im Niedriglohnssektor, nicht aus.

Während Kolumbiens Präsident, Iván Duque Márquez, die Weltgemeinschaft zu stärkerer Unterstützung der Nachbarstaaten Venezuelas aufruft, kann nur die Ablösung Maduros und der Wiederaufbau der venezolanischen Wirtschaft nach der Abhaltung freier Wahlen zu einer Lösung der Migrationskrise führen. Wie lange sich Maduro an die Macht klammern kann und die venezolanische Bevölkerung leiden muss, ist zu diesem Zeitpunkt nicht abzusehen.

Ein Pyrrhusfrieden

Der Versailler Friedensvertrag im Lichte neuerer Literatur

JAN PHILIPP WÖLBERN

Geboren 1980 in Marburg, Wissenschaftlicher Referent, Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Andreas Platthaus: Der Krieg nach dem Krieg: Deutschland zwischen Revolution und Versailles 1918/19, Rowohlt Verlag, Berlin 2018, 448 Seiten, 26,00 Euro.

Howard Elcock: Could the Versailles System have Worked?, Springer Inter-

national Publishing – Palgrave Macmillan, London / New York / Shanghai 2018, 193 Seiten, 69,54 Euro.

Eckart Conze: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, Siedler Verlag, München 2018, 560 Seiten, 30,00 Euro.

Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt, 1918–1923, C. H. Beck Verlag, München 2018, 1.531 Seiten, 39,95 Euro.

Vor einhundert Jahren, im Juni 1919, endete mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Spiegelsaal von Versailles der Kriegszustand zwischen Deutschland und seinen Hauptgegnern Frankreich und Großbritannien sowie 25 weiteren „alliierten und assoziierten Mächten“. Der Vertrag war dabei nur einer der fünf Pariser Vorortverträge: Neben Versailles wurden die Verträge von Saint-Germain-en-Laye mit Österreich, Neuilly-sur-Seine mit Bulgarien, Trianon mit Ungarn und Sèvres mit dem Osmanischen Reich geschlossen. Da der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika 1920 die Ratifizierung des Versailler Vertrages ablehnte, schlossen die USA und Deutschland 1921 einen Separatfrieden.

Die wesentlichen Bedingungen des Versailler Vertrages bestanden in umfangreichen Gebietsabtretungen, durch die das Deutsche Reich circa dreizehn Prozent seines Territoriums einbüßte, der Pflicht zur Leistung von Reparationen in noch zu bestimmender Höhe, der Schaffung eines Berufsheeres von maximal 100.000 Mann sowie der Anerkennung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands. Außerdem wurde ihm der Beitritt zum Völkerbund in Aussicht gestellt, dessen Satzung in Teil I des Vertrages niedergelegt war.

Bereits 1919 hatte der Vertrag eine schlechte Presse. Selbst einflussreiche Stimmen aus den Reihen der Siegerstaaten kritisierten ihn scharf. Der britische Ökonom John Maynard Keynes, der auf britischer Seite an den Friedensverhandlungen teilgenommen hatte, zog sich aus Protest gegen den Vertrag aus der Delegation zurück und veröffentlichte wenig später sein Buch *The Economic Consequences of the Peace*. Diese harsche Abrechnung mit dem Vertragswerk erlangte besonders im

englischsprachigen Raum großen Einfluss. In Deutschland wurde der Vertrag bekanntermaßen über alle politischen Lager hinweg als nationale Demütigung empfunden und stellte sich als schwere Bürde für den demokratischen Neubeginn heraus.

MORALISCHE ANKLAGE DES KRIEGSGEGNERS

Von den zahlreichen Neuerscheinungen zu den Pariser Vorortverträgen sollen hier vier besprochen werden. Andreas Platthaus, Feuilleton-Redakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, bemerkt in seinem Buch *Der Krieg nach dem Krieg. Deutschland zwischen Revolution und Versailles 1918/19*, es herrsche unter den Historikern weitgehend Einigkeit darüber, dass der Vertrag kaum Chancen auf Erfolg gehabt habe. Umstritten sei „lediglich die Frage, wie es geschehen konnte, dass man dem Abkommen überhaupt diese Form gab“ (S. 11).

Die Phase zwischen dem Waffenstillstand in Compiègne im November 1918 und der Vertragsunterzeichnung im Juni 1919 beschreibt Platthaus als „Krieg, den keiner so nennt“. Damit greift er die vielzitierte Charakterisierung von Gerd Krumeich auf, der von der Fortdauer des „Krieges in den Köpfen“ auch nach Einstellung der Kampfhandlungen gesprochen hat. Wie Platthaus eindrücklich am Beispiel der fünf „Gueules cassées“ (deutsch: „zerschlagene Fressen“) zeigt – jener Delegation französischer Soldaten mit grauenhaften Gesichtsverletzungen, die bei der Vertragsunterzeichnung im Spiegelsaal gegenüber den Deutschen platziert wurde –, diente ihre Zurschaustellung nicht als Mahnung vor dem Krieg

als solchem und Appell zur friedlichen Konfliktlösung, sondern zur visuellen Untermauerung der moralischen Anklage des unterlegenen Kriegsgegners.

Eingestreut in die detaillierte Darstellung der Friedensbedingungen sind drei biographische Exkurse: Albert Einstein, der die internationale Sicht eines überzeugten Pazifisten auf die Ereignisse repräsentiert, die Wahrnehmung des Chefredakteurs des *Berliner Tageblatts* Theodor Wolff als Meinungsmacher und scharfem Kritiker des Friedens sowie die Perspektive des Malers Claude Monet als Vertreter der Siegnation. Insgesamt ist die Darstellung flüssig geschrieben und eignet sich zum Einstieg in die Thematik.

KRIEGSSCHULDARTIKEL 231 VERGIFTETE ATMOSPHERE

In seinem posthum veröffentlichten Buch fragt Howard Elcock, Professor an der Northumbria University in Großbritannien, ob das Versailler Vertragssystem hätte funktionieren können (*Could the Versailles System have Worked?*). Elcock konzentriert sich dabei auf die Beziehungen zwischen den Hauptmächten USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland von 1919 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Seit dem Vertrag von Locarno 1925, so seine Argumentation, habe es durchaus Chancen auf „einen stabilen und dauerhaften Frieden“ gegeben. Bereits Ende der 1920er-Jahre hätten die Außenminister Gustav Stresemann und Aristide Briand die Idee einer föderal organisierten europäischen Union diskutiert. Folglich müssten die Weltwirtschaftskrise und der Aufstieg Adolf Hitlers

viel stärker als Gründe für das Scheitern des Versailler Vertragssystems gewichtet werden (S. 12).

Diese Argumentation überzeugt nicht. Das beginnt mit der perspektivischen Einengung auf Deutschland. Noch dazu werden die (innenpolitischen) Entwicklungen sowie die Wahrnehmung des Versailler Vertrages in Deutschland nur oberflächlich thematisiert. Wenn der Autor Reichsaußenminister Gustav Stresemann zum Chef der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) statt der Deutschen Volkspartei (DVP) macht, zeugt das von Elcocks Unkenntnis der innenpolitischen Situation im Deutschen Reich, denn die Deutschnationalen hatten den Vertrag von Locarno vehement bekämpft – und eben nicht unterstützt.

Auch geht die Analyse nirgends auf den Kriegsschuldartikel 231 ein, der die Atmosphäre weit mehr vergiftete als die übrigen Vertragsbestimmungen. Elcocks Behauptung, der Vertrag von Locarno habe den Weg hin zu einer dauerhaften Verständigung eröffnet, verkennt außerdem, dass er die grundsätzlichen Differenzen ja nicht beseitigte. Weder für die Reparations- noch für die territoriale Frage zeichnete sich bis Ende der 1920er-Jahre eine einvernehmliche Lösung ab. Es war sogar erst die Weltwirtschaftskrise, die zum faktischen Ende der Reparationszahlungen auf der Konferenz von Lausanne (1932) führte. Auch der Bau der Maginot-Linie – das Befestigungsbollwerk an Frankreichs Westgrenze – noch 1927 spricht gegen den behaupteten Geist der Verständigung. Selbst wenn es Ansätze zu einer Entspannung gab, steht doch außer Frage, dass das Versailler Vertragssystem als solches einem friedlichen Neuanfang im Weg stand.

In ihrem Ansatz vergleichbare Darstellungen des Versailler Vertragssystems legen die Neuzeithistoriker Eckart Conze aus Marburg (*Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*) und Jörn Leonhard aus Freiburg (*Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt, 1918–1923*) vor. Beide Autoren gehen davon aus, dass die Geschichte des Vertragswerks nicht aus der Perspektive seines Scheiterns mit Beginn des Zweiten Weltkriegs als teleologische Zwangsläufigkeit geschrieben werden darf. Sie kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass die Nachkriegsprobleme zu komplex waren, als dass sie unter den gegebenen Umständen dauerhaft und für alle Beteiligten zufriedenstellend hätten gelöst werden können.

TEILS GEGENSÄTZLICHE INTERESSEN

Das Ausmaß an Problemen war in der Tat gewaltig: So lastete auf den Verantwortlichen ein bisher nie gekannter Druck öffentlicher Erwartungen, die im Krieg immer höher geschraubt worden waren. Dabei waren die Interessen der Siegermächte – insbesondere der USA und Großbritanniens auf der einen und Frankreichs auf der anderen Seite – teils gegensätzlich. Über ein Treffen mit dem britischen Premierminister David Lloyd George bemerkte der französische Premierminister Georges Clemenceau, es sei vorzüglich verlaufen – man habe in allen Fragen unterschiedliche Ansichten („Splendidly. We disagreed about everything.“). Während Briten und Amerikaner mildere Bedingungen bevorzugten, war Frankreich aus einem außerordentlichen Sicherheitsbedürf-

nis heraus an einer möglichst weitgehenden Schwächung Deutschlands interessiert.

Hinzu kam, dass die Herrschaftsräume dreier Imperien nach dem nationalstaatlichen Modell binnen weniger Monate neu geordnet werden sollten: das ehemalige Vielvölkerreich Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und teilweise auch frühere russische Gebiete. In der Kürze der Zeit und angesichts der ethnischen Landkarten, die einem Flickenteppich glichen, war dies eine schier unlösbare Aufgabe.

„HAUSGEMACHTE“ PROBLEME

Freilich waren zahlreiche Probleme „hausgemacht“. So brach die Pariser Friedenskonferenz im Vergleich zu den großen Friedensschlüssen der vorangegangenen Jahrhunderte (besonders 1648 und 1815) mit erprobten Grundsätzen: Die Verliererstaaten wurden 1919 nicht gleich-, sondern als unterlegene Bittsteller behandelt, Kriegsverbrechen moralisierend ausschließlich ihnen zur Last gelegt. Anstatt das demokratische Deutsche Reich einzubinden, wurde ihm, dem „Paria“ der Völkergemeinschaft, der Beitritt zum neugegründeten Völkerbund zunächst verwehrt.

Schwierige Charakterzüge der beteiligten Politiker wirkten sich ebenfalls nachteilig aus, beispielsweise die Selbstüberschätzung des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, der die Verhandlungen ohne Einbindung der den US-Senat dominierenden Republikaner führte und allein auf sein Charisma vertraute, was die Ablehnung des Vertrages durch den US-Senat nachgerade provozierte. Durch die Nichtbeteiligung der

USA konnte der Völkerbund nicht die erhoffte Wirkung entfalten.

Auch mit Blick auf die globalen Gegebenheiten handelten die Siegermächte widersprüchlich: Einerseits traten sie für das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die demokratische Regierungsform ein. Das galt jedoch nicht für die Kolonialvölker, denen die Selbstregierung weitgehend vorenthalten wurde. Andere Mächte sahen sich um ihre berechtigten Interessen betrogen. So musste es China zunächst hinnehmen, dass die ehemalige deutsche Kolonie Kiautschou auf dem chinesischen Festland Japan zugesprochen wurde – eine als Demütigung empfundene Entscheidung, die in China bis heute präsent ist.

„DOLCHSTOSSLEGENDE“

Selbstverständlich fehlte auch auf deutscher Seite, vor allem in den Reihen der ehemaligen kaiserlichen Eliten, die Einsicht in die eigene Verantwortung für die Niederlage. Dass das innenpolitische Klima durch die „Dolchstoßlegende“ und die Hetze gegen „Erfüllungspolitiker“ eine schwere Belastung für die junge Weimarer Republik darstellte, war einer der Gründe, warum auf den teuer erkaufte Sieg ein „Pyrrhusfrieden“ folgte: ein Frieden, der einem Fehlschlag gleichkam.

Ein Aspekt, den sowohl Eckart Conze als auch Jörn Leonhard anreißen, ist die interessante Frage, inwieweit die Erfahrungen mit dem Versailler Vertragswerk und seinem Scheitern die Neuordnung der Welt nach 1945 bedingten. Wieviel „Lehren aus Versailles“ beeinflussten das Handeln der politisch Verantwortlichen

aller Seiten nach 1945? Hier bieten sich durchaus interessante Ansätze für eine systematische, international vergleichende Darstellung beider Friedensordnungen. Schließlich hatten einige der Architekten der Friedensordnung nach 1945 ihre Erfahrungen mit der Friedensordnung von Versailles gemacht. Jean Monnet, einer der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften, war 1920 stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes gewesen, und Konrad Adenauer, der nach 1945 maßgeblich den Aufbau der Bundesrepublik prägte, hatte als Kölner Oberbürgermeister den Krieg und die französische Rheinlandbesetzung in den 1920er-Jahren aus nächster Nähe erlebt. Letztlich könnte eine solche Betrachtung der Friedensordnung nach 1945 im Lichte der Erfahrungen mit dem Frieden von Versailles dazu beitragen, die 1950er- und 1960er-Jahre mehr aus ihrer Vorgeschichte heraus zu beurteilen, als sie an den Maßstäben der Gegenwart zu messen.

Eine Studienreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Thinktank *Cambrian.ai* ging der Frage nach, wo Deutschland mit Blick auf die Künstliche Intelligenz (KI) im internationalen Wettbewerb steht. Am 15. März 2019 stellten die Autoren Olaf Groth und Tobias Straube die Ergebnisse der mehrteiligen Studie *Vergleich nationaler Strategien zur Förderung von Künstlicher Intelligenz* vor. Dabei stellte sich heraus, dass Deutschland zwar großes Potenzial als KI-Standort besitzt, bei der Förderung der Technologie jedoch nur im Mittelfeld rangiert.

Die Verabschiedung des Grundsatzprogramms *Freiheit in Verantwortung* auf dem Hamburger CDU-Bundesparteitag im Februar 1994 war eine Reaktion auf die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche nach 1989. Die Initiatoren des Programms gingen davon aus, dass sich die Politik in einer Zeit großen Wandels ihres Wertefundaments vergewissern müsse. 25 Jahre nach der Verabschiedung des Grundsatzprogramms erinnerte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 25. März an dessen Bedeutung. Dabei richtete sich der Blick auch auf die aktuelle CDU-Grundsatzprogrammdebatte. In einer Diskussion mit der Bundesvorsitzenden der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer, Reinhard Göhner, 1991 bis 1994 Vorsit-

zender der CDU-Grundsatzprogrammkommission, der Bonner Politikwissenschaftlerin Grit Straßenberger und Berthold Kohler, Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, stand die Frage im Zentrum, vor welchen Herausforderungen die CDU als Volkspartei heute steht.

Mit der Veranstaltungsreihe *Forum 20. Juli 1944 – Vermächtnis und Zukunftsauftrag* ehrt die Konrad-Adenauer-Stiftung in jedem Jahr die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Überdies werden in der mit der Stiftung 20. Juli 1944 veranstalteten Reihe Aspekte von Zivilcourage und bürgerschaftlichem Engagement debattiert. Im Mittelpunkt des Forums am 19. März 2019 stand die Bedeutung des Widerstands gegen staatliche Willkür für Gegenwart und Zukunft. Als Gastredner appellierte Bundespräsident a. D. Joachim Gauck an das Verantwortungsbewusstsein aller Bürger. In der anschließenden Podiumsdebatte diskutierte Gauck mit Annette von Schlabrendorff, Mitglied des Vorstands der Stiftung 20. Juli 1944, Leutnant zur See Nariman Hammouti-Reinke sowie Lilly Anacker und Jesko von Bernuth, Schüler des Willi-Graf-Gymnasiums beziehungsweise der Sophie-Scholl-Schule, Berlin.

Die diesjährige *Hommage* am 27. März feierte *Christo* als eine der prägenden Künstlerpersönlichkeiten unserer Zeit. In seiner Laudatio würdigte der Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble, Christos *Verpackung des Reichstages* als ein identitätsstiftendes Ereignis der unmittelbaren Nachwendezeit. Hans-Jörg Clement, Leiter Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung, beschrieb die Werke von Christo als Feste der Phantasie. Musikalische Darbietungen des Mahler Chamber Orchestra sowie eine Aufführung des Staatsballetts Berlin rundeten die *Hommage* ab.

Knapp zwei Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament lud die Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen der *10. F.A.Z.-KAS-Debatte* am 2. April nach Mainz ein, um zu diskutieren, welche Gefahr Populisten für den Kontinent darstellen, was sie zusammenführt, was sie trennt, aber auch, warum sie nicht dämonisiert werden sollen. Nach einer Einführung durch den Stiftungsvorsitzenden diskutierten Andreas Rödter, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Eckart Lohse, Leiter der *F.A.Z.-Hauptstadtredaktion* Berlin, und Caroline Kanter, Leiterin

des Auslandsbüros Rom der Konrad-Adenauer-Stiftung, über aktuelle Herausforderungen der Europäischen Union im Umfeld der Europawahlen.

Seit dem 27. März ist die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem Auslandsbüro in Genf vertreten, um künftig an dem Standort mehrerer internationaler Organisationen an der Stärkung einer globalen Ordnung des Friedens mitzuwirken. Hermann Gröhe, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wohnte der Eröffnung bei und betonte in seiner Rede die Bedeutung der multilateralen Zusammenarbeit für die Lösung internationaler Fragen.

Am 9. April feierte das *Auslandsbüro Seoul* der Konrad-Adenauer-Stiftung sein vierzigjähriges Bestehen. Dem Festakt wohnte Chun Hae-sung, südkoreanischer Vizeminister für Wiedervereinigung, bei. Der Vorsitzende sprach unter anderem im südkoreanischen Parlament und besuchte eine Schule für junge Geflüchtete aus Nordkorea.

Zusammengestellt vom Vorstandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die nächste Ausgabe erscheint im Juli 2019
zum Thema

Entgleist?

Wandel der Sprach- und Debattenkultur

Mit Beiträgen unter anderen von Husch Josten, Kathrin Kunkel-Razum,
Henning Lobin und Bernhard Pörksen.

IMPRESSUM

Nr. 556, Mai/Juni 2019, 64. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Gemeinsam mehr erreichen

Der Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Die Förderer des Freundeskreises gehören zur „Familie“ und stehen in regel-
mäßigem Austausch mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie erhalten kosten-
los aktuelle und wertvolle Informationen zur Stiftungsarbeit im In- und
Ausland. Exklusiv für den Freundeskreis bietet die Stiftung Seminare und
regionale Veranstaltungen wie Stammtische mit hochkarätigen Referenten an.
Im Rahmen von politischen Studienreisen – unterstützt vom internationalen
Netzwerk der Stiftung – bekommen die Förderer einmalige Einblicke und
unvergessliche Eindrücke der besuchten Länder und ihrer Politik, Geschichte,
Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Als Förderer im Freundeskreis tragen Sie dazu bei, die Leistungsfähigkeit
und hohe Qualität des Angebots der Konrad-Adenauer-Stiftung langfristig
zu sichern. Wir bedanken uns für Ihr Engagement!

Weitere Informationen über den Freundeskreis und den jährlichen Förder-
beitrag finden Sie unter www.kas.de/freundeskreis.

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Christine Wagner
Telefon: 030/26996-3256
Telefax: 030/26996-53256
christine.wagner@kas.de
Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23 | 10785 Berlin

20 JAHRE
Freundeskreis der
Konrad-Adenauer-
Stiftung



Foto: © Amy Weaver



Auswärtiges Amt  @AuswaertigesAmt · 3. Mai 

Traute Lafrenz ist die letzte Überlebende der "Weißen Rose". Sie gehört zu den Wenigen, die den Mut hatten, sich gegen die Verbrechen der Nationalsozialisten aufzulehnen. Heute hat Generalkonsulin Heike Fuller ihr in tiefem Respekt das Bundesverdienstkreuz überreicht.

